

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 48.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 5. Dezember 1916.

Inhalt: Inland: Zu den Landtagsverhandlungen über die polnische Frage, S. 1451—1464. — Die polnische Irredenta, S. 1464—1466. — Zur Zivildienstpflicht, S. 1466. — Die Hornbläser der Nationaldemokratie, S. 1466. — Die polnische Fraktion und die Unabhängigkeit Polens, S. 1468. — Die russische Autonomie, S. 1468—1471. — Zu den Protesten gegen die Proklamierung Polens, S. 1471—1476. — Die russisch-polnischen Arbeiter und die Wiedererrichtung Polens, S. 1476. — Zur Wiedererrichtung Polens, S. 1477. — An die Landbevölkerung, S. 1477. — Der November-Jahrestag, S. 1478—1479. — Die Alideutschen und Bulgarien, S. 1479. — Franz Joseph und die Polen, S. 1480. — Die Posener Schuldeputation, S. 1480. — Bejates Gebiet: Die künftige polnische Regierung und das künftige polnische Heer, S. 1481—1484. — Litauisches, S. 1484—1485. — Ausland: Franz Joseph und die Polen, S. 1485. — Die Arbeiten des Obersten Nationalkomitees, S. 1486. — Das Oberste Nationalkomitee, Posen und das Königreich, S. 1487. — Erklärung der Polen Österreich-Schlesiens, S. 1488. — Polnische Aufgaben im Ausland, S. 1488. — Der Protest der Zwanzig, S. 1489—1492. — Die Bedeutung des 5. November, S. 1493. — Rußland und Polen, S. 1495—1496. — Rußlands neuester Sieg, S. 1497. — Die Petersburger Erklärungen, S. 1498—1500. — Ein Wort über Frankreich, S. 1500.

Die polnische Frage in Deutschland.Aus Nr. 125 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 24. November 1916.**Die polnische Sache im preussischen Landtag.**

In Nr. 123 unseres Blattes haben wir den Antrag der Konservativen und Nationalliberalen betreffend die polnische Sache sowohl im Bereich der preussischen Monarchie, als auch im Königreich Polen wiedergegeben, und wir bieten ausführlich die Verhandlungen, die über diesen Antrag am 20. d. Mts. im Landtag stattgefunden haben. Die Tendenz der Antragsteller ist klar: Es handelte sich ihnen um die weitestgehenden Garantien für die deutschen Interessen im Königreich Polen, sowie um die Nichtzulassung einer solchen Regelung der inneren Verhältnisse in den Ostmarken der preussischen Monarchie, die deren deutschen Charakter schädigen könnte. Es klingt durch den Antrag der Ton eines Vorwurfs an die Adresse der königlichen Regierung, die sich vor Bekanntgabe des Manifests in Sachen des Königreichs Polen mit dem Landtag nicht verständigt hat. Es handelte sich den Antragstellern vielleicht vor allem gerade darum, diesen Ton anzuschlagen.

Der Abgeordnete v. Heydebrand bemerkte bei Begründung des Antrags, daß die Regelung der Verhältnisse in Polen einen großen Einfluß auf die inneren politischen Verhältnisse der preussischen Ostprovinzen haben werde. Seine politischen Freunde behielten sich daher vor, gegenüber den politischen Schritten Stellung zu nehmen, welche die Bevölkerung jener Provinzen betrafen, und sie würden nicht gestatten, an dem deutschen Charakter der Ostmarken zu rütteln, noch würden sie deren deutsche Bewohner im Stiche lassen.

Für uns war weit interessanter, als die Rede des Abgeordneten v. Heydebrand, deren Inhalt uns schwer vorausszusehen war, die Antwort, welche der Minister des Innern v. Loebell erteilt hat. (Es folgt eine Skizze der Antwort; dann heißt es weiter:)

Wie wir sehen, sind Ton und Inhalt der Reden des Abgeordneten v. Heydebrand und des Ministers völlig verschieden. Heydebrand sprach von Dingen und

Aufgaben, die, wie im weiteren Verlauf der Beratungen der Abgeordnete Pachnietz sagte, ganz selbstverständlich sind. Wenn die Antragsteller sie trotzdem zur Sprache gebracht haben, so wollten sie der Regierung offenbar zu verstehen geben, daß sie es angesichts der neuen Wendung der polnischen Sache als erforderlich erachteten, ihr die Pflichten in Erinnerung zu rufen, die sie gegenüber dem Deutschtum in den Ostprovinzen habe. Freiherr v. Zedlitz, der nach dem Minister sprach, drückte sogar offen die Befürchtung der Konservativen und Nationalliberalen aus, daß die Regierung in ihren Zugeständnissen für die Polen zu weit gegangen sei oder gehen werde. Sie sind gewissermaßen auf die Polen neidisch.

In der Rede des Ministers begrüßen wir die erneute Ankündigung eines neuen Kurses in den polnischen Angelegenheiten, eine Ankündigung von Änderungen, die auf Wohlwollen gestützt seien. Für uns ist es begreiflich, daß die Regierung heute nicht mit gesetzgeberischen Projekten nach der Richtung solcher Änderungen hin hervortritt, da die Konservativen und Nationalliberalen im Landtage die Mehrheit haben. Sie würden, wie aus ihrem Antrag hervorgeht, allen für die Polen günstigen Projekten harten Widerstand entgegensetzen, jetzt während der Kriegszeit aber handelt es sich der Regierung vor allem darum, den inneren Frieden aufrecht zu erhalten.

Was werden uns Polen also die Zugeständnisse der Regierung nützen, wenn die Mehrheit im Landtage ihre Ausführung vereitelt? Dieser Vorwurf wird zweifellos erhoben werden, denn wir sind ihm schon vor dem Antrag Heydebrand manchmal begegnet. Was uns betrifft, so bezweifeln wir nicht, daß der Minister v. Loebell auf Erklärungen alten und neuen Datums, welche eine Änderung der Ostmarkenpolitik ankündigten, nicht solchen Nachdruck gelegt haben würde, wenn er nicht dessen sicher wäre, daß die Regierung das, was sie versprochen hat, zu erfüllen wissen werde. Wir wissen wohl, daß die Regierung in Preußen kein französisches Ministerium ist, welches vor einer parlamentarischen Mehrheit bebt, sondern eine Macht, die sich mit Mehrheiten sehr wohl Rat zu geben weiß. Freiherr v. Zedlitz hat den Konservativen sogar schon eine

7

Hintertür offen gelassen; er sagte nämlich, daß Änderungen in der Gesetzgebung und in der Verwaltung vom Verhalten der polnischen Bevölkerung, davon abhängen würden, ob die Polen das ihnen gegenwärtig gezeigte Vertrauen mit Wort und Tat rechtfertigen würden.

Was die Taten betrifft, so hat Herr v. Zedlitz uns wohl kaum etwas vorzuwerfen. Die Taten der Polen während des Krieges, der doch ein sehr strenger Probierstein ist, geben zu Vorwürfen keinen Anlaß. Und was die Worte betrifft, so sind Herr v. Zedlitz und seine politischen Freunde selbst schuld, wenn in ihnen oft Pessimismus, Unlust und Mangel an Glauben daran durchklingen, daß in Zukunft uns Polen, die wir hier unter preußischer Herrschaft verbleiben, ein günstigerer Stern aufleuchten werde — ein Stern, nach dem nicht nur wir ausschauen, sondern den auch im Interesse des Staats und des Kaiserreichs Deutsche von Fleisch und Blut erwarten, wie sie vom Zentrum und den freisinnigen Abgeordneten repräsentiert werden.

Die Konservativen und Nationalliberalen haben nicht das Vertrauen zu den Polen, welches in der Rede des Ministers des Innern durchklingt. Sie beschuldigen uns stets und beschuldigen uns anscheinend auch heute noch, daß wir uns von Preußen losreißen wollten. Wer unsere Volksgemeinschaft aber auch nur ein wenig kennt, der kennt auch die ganze Platitude und Grundlosigkeit solcher Vorwürfe. Unser seiner staatlichen Zugehörigkeit sich bewußtes Volk versteht und erfüllt gern die Pflichten der Treue gegenüber dem Monarchen und dem Staate, und wenn das der Abgeordnete Geistliche Styczynski in seiner dem Freiherrn von Zedlitz gegebenen Antwort nicht betont hat, so hat er gewiß erachtet, daß sich dies angesichts gewichtiger Erklärungen alten und neuen Datums und desselben Inhalts von selbst verstehe.

Wir zweifeln nicht daran, daß die heut im Landtage den Reigen führenden Fraktionen endlich die Ungerechtigkeit und Grundlosigkeit dessen erkennen werden, daß man Millionen seiner Mitbürger der Bereitschaft zum Hochverrat beschuldigt. Während des Krieges kann man viel lernen, sagte Herr v. Zedlitz. Er und seine Genossen werden auch die Wahrheit lernen, daß es zur Erhaltung der Rechte und der Existenz unserer deutschen Mitbürger an der Ostgrenze antipolnischer Gesetze nicht bedarf. Minister v. Loebell hat am Schluß seiner Rede angekündigt, daß der Staat auch weiterhin die deutsche Arbeit im Osten in seine Hut nehmen werde. Das ist selbstverständlich. Weder der Abgeordnete v. Heydebrand noch sonst jemand konnte jemals im Ernst annehmen, daß Preußen durch seinen Vertreter jemals irgend etwas anderes erklären werde. Aber es handelt sich darum, was für eine Art Hut das sein soll, ob eine solche, wie sie die Konservativen protegieren, oder eine andere, nämlich eine solche, wie sie z. B. das Zentrum und die Volkspartei vorschlagen würden. In der Landtagsverhandlung über die Polen waren zwei Strömungen ersichtlich: eine altertümliche, die gleichsam aus der Atmosphäre erwachsen ist, die sich im Verhältnis zu Schwächeren auf mechanische Methoden stützt, wie dies z. B. die Enteignung, das Verbot, Häuser zu bauen, das Verbot, sich der eigenen Muttersprache in Versammlungen zu bedienen u. s. w. sind. Die zweite, kulturelle Strömung rechnet mit der Seele derer, die sie regieren soll: sie weiß, daß der Mensch keine Maschine ist und daß es vernünftiger ist, ihn durch Gerechtigkeit zu gewinnen, als durch mechanischen Zwang zu bedrücken. Dieser versöhnliche Ton klang durch die Rede des Ministers des Innern; dagegen suchen wir ihn in den Reden der Herren v. Heydebrand und Genossen vergebens. Aber wir zweifeln nicht daran, daß Zeiten eintreten werden, in denen die Konservativen aufhören werden, sich als die Privilegierten zu betrachten und in denen sich die Mehrheit

im preußischen Landtage ändern wird. Er wird sich nach dem Kriege, wie alles in Europa, demokratisieren. Zum Wort werden im Landtage die breiten Schichten der deutschen Bevölkerung kommen, die als solche uns gegenüber niemals feindliche Empfindungen hegte, es sei denn, daß sie unter dem Eindruck der antipolnischen Agitation stand.

So verringert denn das Ergebnis der Verhandlungen über den Antrag der Rechten auch keineswegs die Ruhe, mit welcher die polnische Bevölkerung in die Zukunft blickt, auf die Erfüllung der Worte des Kanzlers und des Ministers des Innern bauend.

In derselben Angelegenheit schreibt der

Kurjer Poznański Posen, Nr. 268

vom 22. November 1916

was folgt: Die angekündigte Diskussion über den bekannten Antrag der Konservativen und Nationalliberalen in der polnischen Sache fand gestern im preußischen Abgeordnetenhaus statt, und sie hatte einen solchen Verlauf, wie er zu erwarten war. Der Antrag selbst wurde natürlich mit einer Mehrheit von 180 gegen 104 Stimmen angenommen. Wir sehen daraus, daß der Krieg an der Stimmung der preußischen Parteien in der Dreiklassenkammer nichts geändert hat. Die gleichen Elemente von unter der Standarte der Herren Heydebrand, Zedlitz und Friedberg her, die schon vor dem Kriege in der preußischen Polenpolitik den Hauptton angegeben haben, beherrschen auch heute die Lage im Landtage, und aus den Erklärungen ihrer Führer ist nicht zu ersehen, daß der Krieg in ihren Anschauungen bezüglich der polnischen Sache irgend eine tiefere Änderung hervorgerufen habe. Wie früher, so suchen auch jetzt Zentrum, Fortschrittler und Sozialdemokraten einen Standpunkt zutage treten zu lassen, der mehr Verständnis für die Polen zeigt, aber diese Parteien sind gegenüber der Mehrheit jener ohnmächtig.

Im Namen der Regierung sprach der Minister des Innern von Loebell. In seiner Rede klang zweifellos ein etwas anderer Ton gegenüber den Polen, als der, den wir vor dem Kriege gewohnt waren; aber sachlich stellte sich der Minister in den Hauptpunkten vollständig auf den Standpunkt der Herren Heydebrand und Zedlitz. Der Minister kündigte an, daß die künftigen Entschlüsse der preußischen Regierung gegenüber den Polen in Preußen diktiert sein würden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung. Über diese allgemeine Erklärung jedoch, welche sich hinter den früher gemachten Versprechungen einer Neuorientierung verbirgt, ist der Minister nicht hinausgegangen. Vor allem kann aber die Tatsache selbst, daß der Vertreter der Regierung sich im Inneren die Tendenz des Antrags völlig zu eigen gemacht hat, der ein Kind vom Fleisch und Blut der früheren Ostmarkenpolitik ist, die Erwartungen der Polen bezüglich der Zukunft nicht optimistisch stimmen. Auch das Zentrumsblatt „Germania“ findet die Rede des Ministers nicht genügend klar.

Im Namen der polnischen Fraktion gab der Abgeordnete Piarrer Styczynski eine Erklärung ab, die wir im Bericht wörtlich bieten. Diese der Form nach maßvolle Erklärung gab dem Standpunkt der Polen hinsichtlich der merkwürdigen Situation den rechten Ausdruck, welche charakterisiert wird einerseits durch das Kaisermanifest, das die Bildung eines polnischen Staats im Königreich ankündigt, andererseits durch die unzweideutigen Tendenzen des Antrags der Führer der preußischen Parteipolitik.

Ein Teil der deutschen Presse ist mit den Erklärungen nicht zufrieden. U. a. behauptet der „Berliner Lokalanzeiger“, daß der Vertreter der polnischen Fraktion die den Polen zur Eintracht dargebotene Hand zurück-

gewiesen habe. Ebenso hat der Nationalliberale Friedberg, der nach dem Abg. Styczynski sprach, für entsprechend erachtet, den Polen Mangel an „politischem Takt“ vorzuwerfen. Alle diese Ansprüche sind absolut unbegründet. Der Antrag der Konservativen und Nationalliberalen war vollständig etwas anderes, als ein „Darbieten der Hand zur Eintracht“. Wenn die Diskussion im preussischen Abgeordnetenhaus in einer den Interessen des Staates unerwünschten Weise scharfe Dissonanzen auf dem Boden der polnischen Frage in Preußen hat zutage treten lassen, so hat der polnische Redner mit Recht die Verantwortung dafür in vollem Umfange auf die Initiatoren des Antrages abgewälzt. Das, was der Abgeordnete Pfarrer Styczynski gesagt hat, war nichts weiter, als die Feststellung unserer Rechte auf eine freie nationale Entwicklung. Und es ist das doch — wenn wir den Kanzler richtig verstanden haben — auch eines der Kriegsziele Deutschlands.

Aus Nr. 268 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 22. November 1916.

Die polnische Sache im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Stellung der einzelnen Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses in der polnischen Sache war vor den gestrigen Verhandlungen bekannt. Unbekannt war jedoch angesichts der in vieler Beziehung veränderten Verhältnisse der Standpunkt der preussischen Regierung. Man meinte hier und da, und es verkündeten das sogar in entschiedener Form Gerüchte in manchen Blättern, daß die Bildung eines selbständigen Königreichs Polen unverzüglich eine mehr oder weniger gründliche Änderung der bis jetzt durch die preussische Regierung in den Ostmarken des Staates betriebenen Politik nach sich ziehen werde. Darum wurde auch mit lebhaftem Interesse das gestrige Sichäußern der Regierung in der polnischen Sache erwartet. Letztere wurde im preussischen Abgeordnetenhaus durch den bekannten Antrag der Rechten und der Nationalliberalen zur Sprache gebracht. In Vertretung des preussischen Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg, der am vorigen Sonnabend ins Hauptquartier gereist ist, hat die Haltung der preussischen Regierung gegenüber der polnischen Sache in der gestrigen Sitzung des Hauses der Minister des Innern v. Loebell dargestellt. Seine Rede hatte folgenden Wortlaut: (Es folgte der Wortlaut; dann heißt es weiter):

Man muß zugeben, daß die Rede des preussischen Ministers des Innern bezüglich der Form versöhnlich gehalten war. Dies verdient um so sorgfichere Beachtung, als Herr von Loebell bis jetzt als der Vertrauensmann gerade der preussischen Parteien galt, welche die energischste Entnationalisierungspolitik in den Ostmarken des Staates verlangten. Was jedoch den Inhalt selbst anbetrifft, so entwickelte der Minister in der gestrigen Rede nicht im geringsten ein einigermaßen konkretes Programm der weiteren Politik der preussischen Regierung in den Ostmarken, jedenfalls hat er keine bedeutenderen Änderungen derselben angekündigt. Er erklärte einzig, daß die preussische Regierung nach dem Kriege die Gesetzgebung und die Verwaltungspraxis, soweit sie geändert werden sollen, prüfen werde. Dagegen verlangte er von der polnischen Bevölkerung, daß sie den von dem Wohlwollen der Regierung ihr gegenüber diktierten Mitteln Vertrauen entgegenbringen solle. Es erwachen jedoch ziemlich ernste Befürchtungen, daß dieses Wohlwollen von der Mehrzahl des Abgeordnetenhauses gehemmt werden wird, deren Stellung in der polnischen Sache der gestrige Antrag hinlänglich charakterisiert hat.

Aus Nr. 270 des Dziennik Kujawski (Gohensalza)
vom 22. November 1916.

Es hat sich nichts geändert.

Gestern also befaßte sich der preussische Landtag mit dem von den Konservativen und Nationalliberalen in der polnischen Frage gestellten Antrage. Wenn wir den Verlauf der Versammlung lesen, so können wir nur eins feststellen: nichts hat sich geändert, nichts deutet auf irgend welche Änderung hin.

Die Reden der Vertreter der Parteien, die den Antrag unterzeichnet hatten, sprechen für sich selbst, nicht minder auch die Reden der Vertreter anderer Parteien. Trotz des ganzen Wohlwollens für die polnische Sache, vermochten sie sich von den Voraussetzungen, welche die langjährige antipolnische Politik in ihren Gemütern geschaffen hat, nicht zu trennen. Wir wundern uns nicht, daß der Vertreter der preussischen Rechten den Polen, den Bürger des preussischen Staates nicht kennt; aber nicht ohne Bedeutung ist es, daß man auch auf der Zentrumsseite keine Polen in uns sieht, sondern Preußen polnischer Zunge.

Auf dieser Grundlage ist es schwer, das Fundament für die neuen Verhältnisse zu finden, die angeblich auch das Zentrum wünscht. Denn hier finden sich unter anderen die Schwierigkeiten, von denen der fortschrittliche Abgeordnete Pachnide sagt, daß „man alles vermeiden muß, was Schwierigkeiten bereitet und das Vertrauen zur Sache untergräbt“.

Aus Anlaß des Auseinandergehens des Reichstages heben wir hervor, daß eine der Ursachen war der Mangel der Eintracht zwischen der Reichsregierung und den einzelnen Reichstagsparteien — insbesondere den Konservativen — auf dem Boden der Ansichten in der polnischen Sache. Damals stellte man die Diskussion in den Rahmen der vertraulichen Kommissionsberatungen, deren Verlauf nicht zur öffentlichen Kenntnis gelangte. Für die polnische Volksgesamtheit fehlte der Kenner, der die Abschätzung der politischen deutschen Meinung — außerhalb der Presse — im gegenwärtigen Zeitpunkt möglich gemacht hätte. Diese Abschätzung brachte der Verlauf der gestrigen Diskussion. Und wir bekennen offen: wichtiger als die Erklärung des Vertreters der Regierung war für uns die Aussprache der Mehrheit des Landtages, denn die Meinung der Landtagsmehrheit, welche mit den realen preussischen Verhältnissen rechnet, ist von prinzipiellem Einflusse auf die Stellung der preussischen Regierung. Der Herr Minister v. Loebell hob in seiner Rede sehr deutlich die Aufgabe der preussischen Staatspolitik in den Ostmarken hervor. Etwas neues hat er uns nicht gesagt, denn wir kennen diese Politik aus der Zeit vor dem Kriege. Auch der Herr Minister von Loebell als Realpolitiker mußte mit uns darin einig sein, daß man, wenn man von den realen Interessen der einen Seite spricht, auch an die Interessen der anderen Seite — hier der polnischen — denken muß. Daß sie die Mehrheitsparteien nicht berücksichtigen, wundert uns nicht, daß sie die Verschmelzung der Polen in der Masse der deutschen Eigentümlichkeiten wünschen, ist eine alte Melodie. Daß aber der Vertreter des preussischen Ministeriums, der für die Politik der preussischen Regierung von polnischer Seite Erleichterungen verlangt, es nicht verstand oder nicht verstehen wollte, den hinsichtlich der Polen für ihre nationale Existenz so natürlichen Grundsatz hervorzuheben, zeugt davon, daß es in den Kreisen der preussischen Regierung für die natürlichen Bedürfnisse des polnischen Lebens kein Empfinden gibt, obgleich — wie der Herr Minister versicherte — der Krieg die Deutschen und die Polen näher gebracht hat. Wohl erfreute der Herr Minister die Polen für die Zukunft mit dem Wohlwollen der Regierung. Diese Melodie hören wir schon seit Beginn

des Krieges. Wiewohl sich — wie jetzt — eine so gute Gelegenheit dazu bot, daß die Regierung — es handelt sich hier nicht um Einzelheiten — gegen die Tendenzen aufgetreten wäre, die aus dem konservativ-liberalen Antrage mehr als deutlich hervortreten, fand sie doch außer allgemeinen Versicherungen nicht ein positives Wort für die polnische Gleichberechtigung im Rahmen der Grenzen des preußischen Staates. Dagegen hob sie ganz scharf das Element der national-deutschen Interessen hervor, denen von polnischer Seite doch niemand entgegentritt, wenn sie nur die Elemente der polnischen Abgesondertheit achten würden.

Auf Grund eines solchen Zustandes konnte auch die Rede des Vertreters der polnischen Fraktion im Landtage, Geistlicher Styczyński, nicht anders sein. Nicht alle Seiten der gegenwärtig lebenden polnischen Seele berührte er, er sprach im nationalen Tone, dem es an Achtung fehlt in dem Augenblicke, wo man in der Morgenfrühe des entstehenden polnischen Staatswesens auf nationalen Egoismus stößt, dem es an Achtung und Verständnis für die andere nationale Eigenheit einzig und allein deshalb fehlt, weil sie nicht deutsch ist.

Aus Nr. 157 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 24. November 1916.

Nach den am Montag im preußischen Abgeordneten- hause abgegebenen Erklärungen.

Die am Montag stattgefundenen Verhandlungen sind wichtig, trotzdem darf man sie nicht überschätzen, wenn man die Parteiziele der Antragsteller und ihre gegen den Kanzler gerichtete Haltung ins Auge faßt. Auf dem Terrain des Reichstages wäre ein solcher Beschluß, wie ihn am Montag die bekannte Mehrheit des Abgeordnetenhauses gefaßt hat, besonders während des Krieges und gegenwärtig nach der Proklamierung eines selbständigen Königreichs Polen unmöglich gewesen. Das wußten die Antragsteller wohl, darum nutzten sie ihr Übergewicht im Landtage aus, um die Pläne der Regierung und des Kanzlers zu durchkreuzen.

Dieser Situation mußte man sich unserer Ansicht nach anpassen, damit in dem politischen Konzert des Landtages kein Knirschen laut wurde, das vor allem die zielbewußte Harmonie verdirbt, welche nach Ansicht fast schon des ganzen Königreichs Polen und des ganzen Galiziens, sowie Westpreußens, Schlesiens und des überwiegenden Teils des Großherzogtums Posen zwischen den Mittelmächten und der polnischen Nation besteht, der sie die Bildung eines selbständigen Staates ermöglichen.

Die polnische Fraktion hätte vor allem daran denken und die wohlwollendste Stellung gegenüber der sich neubildenden Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Königreichs Polen einnehmen müssen, als der in diesem Augenblicke für die ganze Nation wichtigsten von den Antragstellern und ihren Anhängern, überhaupt vom preußischen Landtage formell unabhängigen Sache.

Der Abgeordnete Styczyński gab im Namen der polnischen Fraktion eine schriftlich niedergelegte Erklärung ab. Wir geben dieselbe an einer anderen Stelle im Wortlaut wieder.

Der Abgeordnete Pfarrer Styczyński war in einer Lage, um die ihn niemand beneiden wird. Er sprach nach dem Minister Excellenz v. Löbbeck, dessen Rede unzweifelhaft auf einen wohlwollenden Ton, sowohl für das Königreich Polen, als auch für die Polen in den Ostmarken Preußens gestimmt war. Auf diese Rede hätte man nach unserer Ansicht in einem etwas anderen Tone antworten müssen, als in

dem, den die Mehrheit der Landtagsfraktion vorgeschrieben hat, ohne den Inhalt der Rede des Ministers zu kennen. Es zeigt sich der Mangel an Fühlung der Fraktion mit den maßgebenden Kreisen des preußischen Landtages. Das fügt uns Schaden zu, darum muß durchaus für eine Änderung und Besserung der Verhältnisse gesorgt werden.

Unsere Fraktionen sollten aus ihrer Reserve und Vereinsamung heraustreten. Zu einer positiven Politik werden sie erst dann ganz fähig sein, wenn sie mit allen Kräften nach einer recht engen Verständigung mit den Regierungskreisen und mit den Fraktionen streben werden, soweit dies möglich ist. Die Möglichkeit besteht.

Die Rede des Regierungsvertreters, des Herrn Ministers v. Loebeck, geben wir mit Rücksicht auf ihre große Bedeutung im Wortlaut wieder. Auf ihrer Grundlage werden wir Stellung nehmen.

Heute schon machen wir jedoch auf die Auslassung des halbamtlichen „Berl. Lok.-Anz.“ aufmerksam, der bemerkt, daß der Vertreter der polnischen Partei die den Polen zur Versöhnung gereichte Hand zurückgewiesen habe.

Unseres Erachtens hatte die Fraktion mit Bezug auf die Regierung eine solche Absicht nicht, aber leider hat sie das in ihrer Erklärung nicht ausdrücklich hervorgehoben.

Gegenüber den Antragstellern v. Heydebrand, Freiherr v. Zedlitz und Dr. Friedberg konnte die Fraktion entschieden Stellung nehmen, aber sie hätte deren Antrag mit der Frage des Königreichs Polen nicht in der Weise in Verbindung bringen sollen, wie dies die Erklärung getan hat. Die Mehrheit des Landtages ist keine ewige, das Landtagssystem ist auch kein ewiges.

Sogar die uns Polen gewöhnlich gewogene Presse äußert Zweifel darüber, ob das Auftreten der Fraktion tatsächlich klug gewesen sei.

Goniec Wielkopolski (Posen) Nr. 270
vom 24. November schreibt:

„... Wie aus den Verhandlungen hervorgeht, hat der gegenwärtige Krieg die preußischen Nationalisten anscheinend nichts gelehrt. Sie verharren bei den früheren Schablonen der Politik. Sogar der bescheidene Standpunkt der polnischen Fraktion wurde „Provokation“ genannt. An Zugeständnisse, an einen Ausgleich der nationalen Gegensätze, an rechtschaffene Eintracht denken sie nicht, und in ihrer Verblendung sehen sie nicht oder wollen sie nicht sehen, wie sehr sie dem Reichskanzler eine veröhnende Politik erschweren.

Hoffen wir jedoch, daß der Einfluß dieser verblendeten preußischen Nationalisten soweit gebrochen werden wird, daß ihre Schneidigkeit in Zukunft aufhören wird, die Feinde Preußens und Deutschlands zu vermehren.

Aus Nr. 270/271 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 25./26. November 1916.

Die Polen und der preußische Landtag.

Fast die ganze deutsche Presse aller Schattierungen betrachtet den Verlauf der Montag-Diskussion im preußischen Abgeordnetenhaus über die polnische Sache als unerwünscht und schädlich vom Standpunkt der staatlichen Interessen aus. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt geradezu von einem „Unglückstage“. In der Tat, wenn man die Tendenzen der Politik des Reiches, wie sie in dem Manifest zutage treten, worin die Bildung eines polnischen Staates im Königreich angekündigt wird, mit den scharfen Mißständen auf dem Boden der polnisch-preußischen Verhältnisse

in der Landtagsdiskussion vergleicht, so ist es schwer, die Gegenstände nicht zu sehen, die eine schädliche Vorstellung von der Einmütigkeit und Geschlossenheit der Orientierung der preußisch-deutschen Politik in einer der wichtigsten, die Kriegsziele betreffenden Angelegenheiten hervorrufen müssen.

Die Verantwortung für ein solches Resultat der Montagsberatungen fällt ausschließlich und voll und ganz auf die Initiatoren des bekannten Antrages in der polnischen Frage, auf die Herren Heydebrand, Zedlitz und Friedberg. Die deutsche Presse von der preußisch-nationalen und konservativen Richtung sucht allerdings die Rolle der Hauptteilnehmer an der Diskussion zu vertauschen und wälzt die ganze Schuld auf die Erklärung der polnischen Fraktion, ihr vorwerfend, daß diese Erklärung ein „Zurückweisen der zur Eintracht gereichten Hand“ gewesen sei, daß „einige Rühle“ daraus geweht, daß sie keine „Loyalitätserklärung“ und auch keinen Dank für das „Geschenk“ eines polnischen Staates im Königreich enthalten habe.

Alle diese Vorwürfe beweisen nichts anderes, als daß die betreffenden Zeitungen ähnlich wie die Führer der Mehrheit im Landtage die Situation noch beständig durch die Brille veralteter Voreingenommenheiten und einseitiger Gewohnheiten betrachten, wie sie auf dem Boden der früheren Ostmarkenpolitik erwachsen sind. Um so unnatürlicher erscheint der Versuch jener Elemente, die Sache auf die Weise darzustellen, als ob nicht lange Jahre eines politischen Systems hinter uns lägen, das man nicht näher zu charakterisieren braucht, als wenn die Polen zum ersten Male mit den Herren Heydebrand und Zedlitz in der Landtagsarena zusammengestoßen wären. Denn wie kann man die Verwunderung darüber aufrichtig nennen, daß die Polen einem Antrage gegenüber, der „nur“ die „Sicherung des deutschen Charakters der Ostprovinzen“ zum Zwecke hatte, einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hätten? Mit unschuldiger Miene suchen die betreffenden Zeitungen der Sache die Deutung zu geben, daß es sich hier doch um nichts anderes handele, als um den Schutz der berechtigten Interessen des Deutschtums in den Ostmarken, daß somit derjenige, welcher sich dem entgegenstelle, eine feindliche Gesinnung gegenüber der deutschen Mitbevölkerung verrate. Darauf muß man antworten, daß die Polen die politische Terminologie der preußischen Mehrheitsparteien allzugut kennen, um die Ziele nicht zu verstehen, auf welche der bekannte Antrag hinausging. Wir wissen doch, wie man seit mehr als 30 Jahren beständig den Begriff der Sicherung des Deutschtums in den Ostmarken interpretiert, wie man gerade unter dieser Losung alle Kampfmittel der Ostmarkenpolitik durchgeführt hat. Wenn die Antragsteller tatsächlich etwas anderes haben ausdrücken wollen, wenn unter dem Einfluß des Krieges eine gerechtere und sachlichere Auffassung dessen, was das Interesse des Deutschtums in den Ostmarken erheischt, bei ihnen zur Herrschaft gelangt ist, so hätten sie das ausdrücklich sagen sollen. Aber in Wirklichkeit haben die Führer der Landtagsmehrheit absolut nicht daran gedacht, ihre Anschauungen irgend einer grundsätzlichen Revision zu unterziehen, denn wenn sie auch nur irgend welche Neigung nach dieser Richtung hin verraten hätten, dann hätten sie in dem Antrage nicht von dem „deutschen Charakter“ der Ostprovinzen gesprochen, da sie wußten, daß dieser Charakter eben nicht rein deutsch ist mit Rücksicht auf die eingeseßene polnische Bevölkerung, die durch ihre zahlenmäßige Kraft und Kultur dem von ihr bewohnten Boden ein so deutliches Charaktermal aufdrückt. Und die Wendung von den „polnisch sprechenden Preußen“ — erinnerte sie nicht lebhaft an die Zeiten der polnisch-preußischen Verhältnisse, die sich recht sehr von der heute verkündigten Notwen-

digkeit der Eintracht entfernten? Kann das Wort „polnische Nationalität“ nicht über die Lippen der preußischen Politiker hinweg? Fürwahr, wenn jemand eine Belohnung auswürfe, für eine solche Fassung des Antrages, die jeden Versuch einer Annäherung und eines Kompromisses aufs beste vereiteln würde, — dann würden die Herren Heydebrand, Zedlitz und Friedberg diese Belohnung sich zweifellos verdient haben.

II.

Die Diskussion im preußischen Abgeordnetenhaus hat erwiesen, daß diese Dreiklassenvertretung — nicht der deutschen Volksgemeinschaft, sondern nicht zahlreicher privilegierter Kreise in Preußen, unfähig ist, die neue Situation zu verstehen, die durch den Krieg geschaffen wurde, und aus veränderten Verhältnissen und Umständen Schlüsse zu ziehen. Die Traditionen des den Polen gegenüber angewandten früheren Systems sind den maßgebenden preußischen Politikern so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie ihre Denkweise geradezu der einfachen Wahrheit nicht anzuschmiegen wissen, daß man, wenn man im Königreich einen polnischen Staat schafft, die Polen in Preußen nicht so behandeln kann, wie man sie vor dem Kriege behandelt hat, sondern daß man ihnen die bürgerlichen Rechte voll wiedergeben und ihnen die Möglichkeit zur freien nationalen Entwicklung auf allen Gebieten geben muß, die mit dem Begriff der Sonderstellung und der Eigenart der Nation verbunden sind.

Dieser einzige Weg führt zur Beseitigung der Quelle von Reibereien und Konflikten, die sich in den polnisch-deutschen Landesteilen Preußens vor dem Kriege herausgebildet haben. Enthält der Antrag der Konservativen und Nationalliberalen auch nur die leiseste Anspielung nach dieser Richtung hin? Im Gegenteil, man konnte aus ihm nichts anderes herauslesen, als das steife Verharren bei der Politik, die wir vor dem Kriege kennengelernt haben und die man betrieben hat im Namen der Losung, die wörtlich auch im Antrage angewendet wurde und welche die „Sicherung des deutschen Charakters der Ostprovinzen“ verkündet.

Die Herren Heydebrand, Zedlitz und Friedberg sind trotz ihrer Einseitigkeit allzu gereifte Politiker, als daß sie auf ihr Auftreten hätten polnischerseits eine andere Antwort erwarten können, als die, welche sie in der Tat erhalten haben. Sie mußten mit einem solchen Verlauf der Diskussion rechnen und sich Rechenschaft darüber ablegen, daß das, was sie taten, die Tendenzen der Reichspolitik gegenüber dem Königreich geradezu durchkreuze. Darum konnte auch in der deutschen öffentlichen Meinung, die sich gegen die Konservativen richtet, die Vermutung sich erzeugen, daß diese ganze Aktion der preußischen Rechten im Landtage vor allem den Zweck hatte, den Kanzler zu diskreditieren und zu stürzen. Was uns betrifft, so gehen wir nicht so weit, um den Antragstellern diese Motive unterzuschreiben. Wir meinen vielmehr, daß es sich hier um den alten preußischen Egoismus und Partikularismus handelt, der oft schon in der Vergangenheit sowie auch jetzt mit der Hartnäckigkeit der Verblendung bei seinen Anschauungen und Methoden verharret, ohne absolut danach zu fragen, was im Interesse des Reiches als des Ganzen liegt.

Die vom Abgeordneten Pfarrer Stępczyński abgegebene Erklärung der polnischen Fraktion war ruhig und sachlich, und das, was ihr die deutschen Blätter vorwarfen — der Mangel an versöhnlichen Akzenten — entspringt daraus, daß die sie Antwort war auf einen Antrag, der so von jeder Versöhnlichkeit entfernt war, wie dieser Antrag der Konservativen und Nationalliberalen. Die Erklärung stellte eingangs das Gefühl der Gemeinschaftlichkeit der ganzen Nation

fest und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, es werde in Europa die Überzeugung siegen, daß die Freiheit anderer Völker den Interessen der eigenen Nation nicht zuwiderlaufe und schließlich, daß die Anerkennung der internationalen Bedeutung der polnischen Frage einen Schritt vorwärts bedeute auf dem Wege zu ihrer endgültigen Lösung.

Die Hervorhebung der Gemeinschaftlichkeit der Polen in Preußen mit der ganzen Nation ist in einem Augenblick von solcher Wichtigkeit wie der gegenwärtige ein geradezu unerlässliches Bedürfnis jeder polnischen Politik, und das Recht hierzu kann uns höchstens der absprechen, der uns nicht als volle Polen betrachtet, sondern als „polnisch sprechende Preußen“. Auch die Feststellung, daß wir darin, daß das Kaisermanifest der polnischen Frage internationale Bedeutung verleihe, nur den ersten Schritt zur endgültigen Lösung der polnischen Sache erblickten, wird niemand wundern, der sich Rechenschaft ablegt sowohl über den provisorischen Charakter aller Maßnahmen während der Kriegszeit, als auch über den Abstand, welcher die Ankündigung der Bildung eines Staates auf dem Gebiete des Königreichs mit unbestimmten Grenzen von dem trennt, was — bei aller Berücksichtigung der bestehenden realen Verhältnisse — eine Regelung der Gesamtgestalt der polnischen Frage genannt werden könnte.

Manche deutsche Zeitungen erblicken in diesem Teile der Erklärung die Ankündigung einer „polnischen Irredenta“ in Preußen. Es ist das entweder ein Schreckgespenst, an welches die betreffenden Blätter selbst nicht glauben, oder eine allzu übereilte und willkürliche Interpretation der polnischen Erklärung. Irredenta nennen wir eine Politik, welche mit offener und versteckter Gewalt auf eine Änderung der territorialen Grenzen durch Bürger einer anderen Nationalität abzielt, die der Herrschaft dieses Staates unterstehen. Selbst eine noch so sehr nachspürende Interpretation der polnischen Erklärung kann aus ihr etwas Derartiges nicht herleiten, ohne den Sinn in unstatthafter Weise zu verzerrern.

Aber — so sagen die deutschen Blätter, besonders die dem Ostmarkenverein am nahestehendsten — die polnische Erklärung enthielt keine Loyalitäts-Erklärung, nicht die Versicherung, daß die Polen getreue Bürger Preußens sein wollten. Auf diesen Vorwurf gibt das Zentrumsblatt „Germania“ die nachstehende Antwort: (Es folgen die Ausführungen des genannten Blattes; dann heißt es weiter:)

In der Tat, das Zentrumsorgan hat völlig recht, wenn es sagt, daß der einen psychologischen Fehler begehe, der von den Polen eine Loyalitätserklärung verlange. Eine kluge Politik rechnet mit den Tatsachen und sie schafft Tatsachen, mischt sich aber nicht in das Gebiet der Empfindungen, die man nicht zu reglementieren vermag. Es ist das eine Frage der Geschicklichkeit und des politischen Tactes, dessen Mangel in der preußisch-deutschen Politik leider so oft wahrzunehmen ist. Es überwiegt dort oft nur die Lust, eine Frage auf des Messers Schneide zu setzen, und man hält jede Fertigkeit, mit der psychologischen Eigenschaft des Gegners, oder, wenn wir es vorziehen, des politischen Partners zu rechnen, für Schwäche. Der Kanzler sprach davon, daß die Deutschen sich des Sentimentalismus in der Politik entäußert hätten. Wir wollen nicht entscheiden, ob die Deutschen tatsächlich so viel Sentiment im Sinne empfindsamer Gefühlseligkeit besitzen. Dagegen haben die Deutschen eine Neigung nach entgegengesetzter Richtung hin, d. h. sie fürchten, man könnte sie der Schwäche in der Politik beschuldigen. Daher das unausgesetzte Betonen der Kraft und der Energie selbst, da, wo dies absolut unnötig ist. Es ist das ein Sentimentalismus anderer Art, und er trägt absolut nicht dazu bei, die Schwierig-

keiten in den polnisch-deutschen Verhältnissen zu verringern.

Aus Nr. 159 des Kraj (Lissa i. Pos.)
vom 26. November 1916.

Ein Tag großer Mißverständnisse.

So könnte man den Montag, den 20. d. Mts., oder vielmehr die Montags-Sitzung des Landtags nennen. Man hätte — auch unter Berücksichtigung der Auslassungen der Antragsteller — in die ganze Situation besser eindringen und vor allem auf die Ausführungen des Ministers von Loebe eine andere Form der Erklärung, einen wärmeren Ton finden sollen, da „der Ton die Musik macht“.

Die polnische Presse glaubt doch ebenso wie die Abgeordneten an die Aufrichtigkeit der Absichten der Regierung. Sie hat das oft hervorgehoben und unterstrichen.

Wenn es so ist, so hätte man daraus die Konsequenzen ziehen und sich in diesem Sinne auslassen sollen sowohl hinsichtlich des Königreichs Polen, als auch hinsichtlich der inneren Politik Preußens gegenüber der polnischen Bevölkerung.

Die „Gazeta Poznańska“ schreibt: „Es ist doch bekannt, daß die Politik Preußens, die ungeteilt unter dem Einfluß der den Kanzler bekämpfenden Konservativen steht, und die Politik Deutschlands sich bedeutend unterscheiden — daher muß auch die Stellung des Kanzlers keine leichte sein. Der Kanzler strebt — wir glauben das aufrichtig — nach der Ermöglichung eines polnisch-deutschen Einvernehmens auf preußischem Gebiet, doch erschweren es die Elemente, die Haß gegen alles hegen, was nicht deutsch ist, die in ihrem Antrag sogar nicht einmal die Worte „preußische Polen“ hervorstoßern können, sondern nur „polnisch sprechende Preußen“ erwähnen. Diese Elemente, mit denen der Kanzler und die gesunde öffentliche Meinung Deutschlands nichts gemein haben, erschweren uns, wie der „Dziennik Berliński“ richtig bemerkt — das Zusammenleben mit den Deutschen und sie tun geradezu dem deutschen Volke Abbruch, indem sie auch für den Rest der Völker der Welt ein friedliches Zusammenleben mit ihm erschweren, eine Tatsache, der die fortschrittlichen deutschen Blätter so manches Mal Ausdruck verliehen haben“.

Den Antragstellern gegenüber hätte man prinzipiell auftreten sollen, aber auch mit kühlem Blut, ohne eine Herausforderung zu suchen, wo eine solche vielleicht nicht vorlag. Man hätte z. B. feststellen sollen, ob polnischerseits nicht der Ausdruck „polnisch sprechende Preußen“ von der Landtagstribüne her angewandt worden sei — und in welchem Sinne man ihn diesmal auf Seiten der Antragsteller angewandt habe — ob nicht etwa vom staatsrechtlichen und nicht vom nationalen Standpunkt aus.

Wenn jemand das Bewußtsein für seine Verantwortlichkeit gegenüber der Wichtigkeit des Augenblicks hat, dann wird er sich nicht auf das Glatteis einer zweideutigen oder schlecht verstandenen Phrase ziehen lassen.

Wir möchten, daß der Tag des 20. November ein „Tag großer Mißverständnisse“ sei, denn uns handelt es sich um die Beendigung des wichtigen Werkes, um das selbständige Königreich Polen, um die Neuorientierung mit Bezug auf unsere Landesteile.

Es sind das allzuwichtige Sachen für die Nation, als daß man z. B. dem halbamtlichen „Berliner Lokalanzeiger“ auf die Behauptung, daß der Vertreter der polnischen Fraktion die den Polen zur Eintracht gereichte Hand zurückgewiesen habe, nur kurz antworten könnte, daß solche Ansprüche absolut unbegründet seien.

Es gibt selbstverständliche und früher schon 100 mal ausgesprochene Dinge — aber in wichtigen Augenblicken muß man sie wiederholen, da sie ein Punkt des Programms sind, auf dessen Bekenntung sowohl die uns wohlwollende, als auch die uns übelwollende Seite warten, erstere, um uns um so wärmer in Schutz zu nehmen, die zweite, um uns um so energischer zu verurteilen und zu schädigen.

Auf die Äußerungen der deutschen Presse und die Rede des Herrn Ministers von Loebeck werden wir noch zurückkommen. Heute geben wir eine ziemlich versöhnliche Auslassung der konservativ-alldeutschen „Deutschen Tageszeitung“ wieder, die u. a. schreibt: (Es folgen die einschlägigen Ausführungen der „D. Tagesztg.“. Dann heißt es weiter:) Die Regierung und die „Deutsche Tageszeitung“ wissen, daß wir Polen bleiben, unseren väterlichen Boden nicht verlassen, auch unseren Idealen nicht werden untreu werden. Der Minister von Loebeck hat sich in dieser Hinsicht, wie die ganze polnische Presse bekannt hat, wohlwollend ausgedrückt.

Darum hätte die von der polnischen Fraktion gegebene Antwort, d. h. ihre Erklärung — anders ausfallen sollen.

Die Posener „Gazeta Narodowa“ zitiert in Nr. 129 vom 26. November mehrere deutsche Pressstimmen in der gleichen Angelegenheit, zuletzt die der „Kölnischen Volkszeitung“, welche lautet:

„Die polnische Erklärung lautete so, als wie sie vor 2 oder 5 Jahren gelautet hätte. Das große Ereignis für das polnische Volk und die polnische Nation (d. h. das Königreich Polen) ging ohne Eindruck an denen vorüber, die zusammen mit Korsantj die polnische Fraktion beherrschten. Nicht ein Wort der Loyalität oder des Dankes an das deutsche Volk und an die Regierung, nicht ein Wort der Anerkennung für die Armee, die mit ihrem Blute Polen befreit hat, nicht ein Wort, welches Vergessen und Verzeihung angekündigt hätte. Man hat nichts vergessen und nichts gelernt. Schade, denn ein freundliches, warmes Wort der Loyalität hätte hundertfache Sympathien im Landtage und im Volke geweckt. Ein loyales Wort hätte alle Absichten der Antragsteller zunichte gemacht. Der Antrag Heydebrand wäre zur hohlen Nuß geworden.“

An diese Auslassungen knüpft die Gazeta Narodowa folgende Worte:

„Genug dieser Zitate. Es ist unangenehm, sie zu lesen, besonders das letztere, welches solches Wohlwollen und solche Wahrheit atmet. Schade!“

Aber dieser Schaden wäre größer, wenn die Polen in Galizien und in dem Königreich durch ihre Vertretungen nicht direkt entgegengesetzte Erklärungen abgegeben hätten, als die, welche die „Kölnische Volkszeitung“ bedauert.

Fühlte und dächte das polnische Volk im Großherzogtum tatsächlich so, wie die Erklärung der polnischen Fraktion sagt, wo wäre dann unsere nationale Gemeinschaftlichkeit und Einheit, da wir sogar in einer solchen epochemachenden Sache, wie das Manifest, welches den selbständigen polnischen Staat verkündet, nicht einerlei Meinung wären?

Wir lesen in der Erklärung der Fraktion, daß „die vielfachen Zweifel und Besürchtungen“, die nationale Freiheit im Königreich werde „eine lediglich minimale“ sein, in dem Antrag Heydebrand und Genossen ihre Bestätigung fänden.

Allzu viel Besürchtungen vor den Antragstellern! Es sind das zwar einflußreiche Persönlichkeiten, es wird doch aber wohl jeder zugeben, daß ihre im Landtage abgegebenen Erklärungen naturgemäß geringere Folgen haben müssen, als die des Manifests der beiden Kaiser. Wir können doch unsere politische Orientierung schwerlich danach formulieren, ob den

Herren v. Heydebrand und Genossen das Manifest mehr oder weniger gefällt.

Ein Volk, das sich ausdrücklich gegen Rußland ausgesprochen hat, wie es das Königreich Polen tat, und das keine eigene, millionenstarke Armee hat, muß sich auf die Mittelmächte stützen. Eine andere Wahl gibt es nicht.

Weshalb denn nur lauter üble Folgen des gegenwärtigen Standes der Dinge voraussehen, da doch das Interesse sowohl der Mittelmächte, als auch des Königreichs Polen darin liegt, daß dieses Königreich stark und mit dem Verhältnis zu seinen Wiedererweckern und Bürgern zufrieden sei? Weshalb ihm den Glauben daran rauben, was ist, weshalb es in Zweifel versetzen und die Lust zur Arbeit schwächen, wenn man ihm kein anderes, noch erhabeneres und ebenso greifbares Ziel zeigen kann?“

Aus Nr. 161 des Kraj (Lissa)

vom 29. November 1916.

Ein Trugschluß.

Den nachstehenden, uns von beachtenswerter Seite her eingesandten Artikel nehmen wir mit Dank umso bereitwilliger auf, als er unseren bereits in mehreren Artikeln ausgesprochenen Ansichten entspricht.

Selten hat irgend eine parlamentarische Diskussion soviel Unbehagen und Unzufriedenheit hinterlassen, wie die Montag-Beratungen über den Antrag Heydebrand und Gen. Daß dieser Antrag unnötig und in seinem Ergebnis durchaus schädlich war — darüber ist sich heut die ganze vernünftige Presse, sowohl die deutsche als auch die polnische, einig. Ihre Zufriedenheit über den Verlauf bekunden mehr oder weniger offen nur diejenigen, die trotz der Erfahrungen der Kriegsjahre wegen blinden Verranntseins oder auch aus parteipolitischen Gründen eine Verständigung zwischen den beiden in unserem Landesteil zusammenlebenden Völkern nicht wollen.

Zu diesen unverbesserlichen Anhängern eines rücksichtslosen Nationalitätenkampfes zählt ein bedeutender Teil unserer Presse in Bausch und Bogen alle Abgeordneten, die den Antrag Heydebrand und Gen. unterstützt haben. Uns erscheint ein solches Hinstellen der Frage nicht gerechtfertigt. Das Organ der deutschen konservativen Partei, die „Deutsche Tageszeitung“, sagt ausdrücklich, daß die konservativen Abgeordneten zwar bei der Forderung der Aufrechterhaltung des deutschen Besitzstandes in unserem Landesteil verharren, daß sie jedoch keineswegs die Absicht hätten, die bisherige antipolnische Gesetzgebung zu verteidigen oder fortzusetzen. Diese Erklärung ist ein so unzweideutiger Bruch mit den bisherigen Theorien der Konservativen in dieser Sache, daß die „Deutsche Tageszeitung“ sie bestimmt ohne Zustimmung der maßgebenden Faktoren der Partei nicht aufgenommen haben würde.

Aber eben darum, weil sowohl diese Erklärung, als auch die weiterhin in den Spalten dieses Blattes selbst zum Ausdruck gebrachte Neigung zur Eintracht und zur Freundschaft mit den Polen absolut neue Begriffe in das bisherige Verhältnis der Konservativen zu den Polen hineinbringen, hätten die Abgeordneten Heydebrand und Genossen, wenn sie weiter Mißverständnisse vermeiden wollten, schon bei der Begründung ihres Antrags diese Begriffe formulieren sollen. Sie haben das nicht getan, und darum fällt ein bedeutender Teil der Schuld für den unglückseligen Verlauf der Debatte auf sie. Außerdem müssen wir bemerken, daß der Antrag der Landtagsmehrheit sich auf ein durch nichts begründetes Mißtrauen gegen die polnische Bevölkerung stützt, die in diesem Kriege durch ihr Blut ihre Treue erwiesen hat. Mit Recht

haben die Redner vom Zentrum und vom Freisinn auf diesen Punkt besonderen Nachdruck gelegt. Freundschaftliche Verhältnisse mit Vorbehalten hinsichtlich der Grenzen dieser Freundschaft einzuleiten, ist eine zum mindesten undiplomatische Methode. Soweit aber diese Vorbehalte ausdrücklich aus Mißtrauen resultieren, kann man von vornherein voraussehen, daß es zu einer Verständigung nicht kommen wird. Und endlich scheint es uns, daß so erfahrene Parlamentarier, wie der Abgeordnete v. Heydebrand und der Freiherr v. Zedlitz, welche unsere Abgeordneten schon aus früheren Jahren her kennen, erraten konnten, daß die Antwort der heutigen polnischen Fraktion auf den Antrag eine rücksichtsvolle nicht sein werde.

Daß diese Antwort so ausfallen werde, wie dies später tatsächlich der Fall gewesen ist, das war — wir geben es zu — schwer vorauszusehen. Denn auch die größten Pessimisten unter uns nahmen nicht an, daß die polnische Landtagsfraktion, indem sie zum ersten Male nach der feierlichen Verkündung des polnischen Staates in Warschau und angesichts der offiziellen Versicherung des Ministers des Innern, daß die Regierung von jetzt an vom Wohlwollen gegenüber den Wünschen ihrer polnischen Mitbürger sich leiten lassen werde, eine Erklärung abgeben würde, welche vor allem Erbitterung und Unzufriedenheit mit verschiedenen Wendungen im Antrage der Abgeordneten Heydebrand und Genossen ausdrücken würde. In einem solchen Augenblick eine solche Erklärung! Das Mißverhältnis ist ein so schneidendes, daß es an Worten fehlt, um es schlagend genug zu kennzeichnen.

Sofern die polnische Fraktion sich nicht bei Kräften fühlte, um den Gefühlen Großpolens gegenüber den großen geschichtlichen Umwälzungen der letzten Wochen Ausdruck zu verleihen, hätte sie sich darauf beschränken können, die Bereitschaft unserer Volksgemeinschaft zu bereitwilliger Mitarbeit an der von der Regierung angekündigten neuen Normierung der gegenseitigen Verhältnisse der beiden unseren Landesteil bewohnenden Nationalitäten festzustellen, sie hätte ferner die in dem konservativen Antrage mittelbar enthaltenen Vorwürfe zurückweisen und damit schließen können. Aber wozu dann jenes unglückselige vorbehaltvolle Ausdrücken der „Genugtuung“ über das Manifest der verbündeten Monarchen? Während im Königreich ein unabhängiger polnischer Staat entsteht, während die ganze Nation freier zu atmen beginnt und in Krakau die galizische Landtagsfraktion in einer herrlichen Manifestation auf den Wawel sich begibt, um dort an den Gräbern der polnischen Könige Dankgebete zum Allerhöchsten emporzusenden, gerühen die polnischen Abgeordneten im preussischen Landtage „Genugtuung“ zum Ausdruck zu bringen. O, si tacuisses!

Diese unglückliche Wendung vom Königreich, ein wenig trübe Phraseologie und eine heftige, aber nicht allzu geschickte Antwort an die Antragsteller — das war alles, wozu sich unsere Landtagsvertretung aufschwang. Irgend welchen positiven Gedanken bezüglich des künftigen Verhältnisses unserer Volksgemeinschaft zur Regierung und zum deutschen Volke finden wir in der Erklärung ungeachtet der hochtrabenden Ankündigungen in der Einleitung nirgends. Offenbar hatte die Fraktion in ihrer Verrantheit eine solche „Kleinigkeit“ vergessen! Ein Glück, daß das auf den Feldern von Wloclawek und Tannenberg, vor den Toren der Verduner Forts und an den Ufern der Somme vergossene Blut des polnischen Soldaten beredter ist, als das Schweigen unserer Abgeordneten!

Traurig sind fürwahr die Gedanken, die sich dem Polen bei der Erwägung des Verlaufs der letzten Diskussion über die polnische Sache im preussischen Landtage aufdrängen. Rings um uns her tobt der Lärm des entfesselten Weltkrieges. Auf der Schale der

Geschichte werden die Geschicke der Völker gewogen, und das Herz der ganzen Menschheit schlägt in beschleunigtem Tempo in der Erwartung des ungewissen Morgen. Und überall auf der ganzen Welt in allen Völkern steigert sich die menschliche Anstrengung zur höchsten Anspannung, um diesen kommenden Tag auf die Bahnen des eigenen Denkens und der eigenen Wünsche zu drängen. Und für unsere Nation leuchtet auch der Morgenstern einer besseren Zukunft auf. Aber denen, welchen wir unbedacht die Sorge für unsere Zukunft anvertraut haben, reicht es nicht hin zu einer eigenen schöpferischen Anstrengung. Sie verharrten untätig, vergaßten in den Trugschluß früherer Betrübnisse, alten Haders und Hasses — und sie sehen nicht, daß über ihren Häuptern die neue Morgendämmerung schon anbricht.

Aus Nr. 162 des Kraj (Vissa i. Paj.)

vom 30. November 1916.

Der „Kraj“ bietet eine Übersetzung der ganzen Rede des Herrn Ministers des Innern vom 20. November 1916 zum Antrage Heydebrand und Genossen und knüpft daran folgende Bemerkung: „Kein Vernünftiger kann bestreiten, daß die Rede des Ministers auf einen versöhnlichen, wohlwollenden Ton gestimmt war.“

Die polnische Fraktion, die leider einzig in den Antrag der Herren v. Heydebrand, v. Zedlitz und Dr. Friedberg vergaßte war, hat weder auf den Ernst des Augenblicks, noch auf den entscheidenden polnischen Staat Rücksicht genommen, sondern ihrem Redner befohlen, eine Erklärung zu verleihen — ohne Rücksicht darauf, was die Antragsteller und andere Fraktionen erklärten, ohne Rücksicht vor allem auf die von der Regierung durch den Minister abgegebene Erklärung.

Die polnische Presse war überwiegend mit einer solchen Stellungnahme der Fraktion nicht einverstanden. Vielleicht nimmt Herr Dr. Friedberg zur Kenntnis, — daß sich seine Hoffnungen verwirklicht haben.

Auf Grund stenographischer Aufzeichnungen stellen wir schließlich fest, daß es sogar in den Reden der Herren v. Heydebrand, Freiherr v. Zedlitz und Dr. Friedberg an versöhnlichen Wendungen nicht fehlt. Der Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz hat auch hervorgehoben, daß der Ostmarkenverein durch die Erklärung des Hauptvorstandes der polnischen Bevölkerung die Hand zur Eintracht entgegengestreckt habe. Von deren Verhalten — so führte er aus — werde die weitere Entwicklung der Verhältnisse abhängen.

Wir wiederholen: Unseres Erachtens hatte die Fraktion nicht die Absicht, der Regierung gegenüber einen unversöhnlichen Standpunkt einzunehmen. Umsoweniger hat die Volksgemeinschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit eine solche Absicht.

Der 20. November 1916 ist tatsächlich ein Tag der Mißverständnisse.

Wir wünschen, daß solche nicht mehr vorkommen möchten.“

Aus Nr. 276 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)

vom 30. November 1916.

In Sachen der Erklärung der polnischen Fraktion im preussischen Landtage in der polnischen Frage schreibt das Bromberger Blatt:

„Die Erklärung der polnischen Fraktion im Abgeordnetenhaus gefällt gewissen Leuten nicht. Angesichts dessen müssen wir bemerken, daß unsere Leser — und wohl auch die ganze polnische Bevölkerung Preußens — mit ihr völlig einverstanden und unseren Abgeordneten dafür dankbar ist, daß sie einen solchen würdigen Standpunkt eingenommen haben.“

Aus Nr. 140 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 24. November 1916.

Zu den Verhandlungen im Landtage über die polnische Frage schreibt das Graudenzener Blatt folgendes:

„Das im höchsten Maße für die Interessen des deutschen Staates schädliche Auftreten der alldeutschen-hafatistischen Partei im preußischen Landtage hatte einen doppelten Zweck. Den Konservativen und ihren Genossen handelte es sich zunächst darum, dem Kanzler einen Hieb zu versetzen, zu betonen, daß im preußischen Landtage sie die Herren sind, daß sie die Durchführung der neuen Orientierung, u. a. auch die Verwerfung des antipolnischen Systems nicht gestatten.

Ihr zweiter Zweck war, die polnischen Abgeordneten aufs Glatteis zu führen, sie zu reizen, um sie zu einem politisch unklugen Schritte zu führen, was sie alsdann gegen das polnische Volk und gegen die polnische Sache ausnützen könnten.

Den ersten Zweck, dem Kanzler einen Hieb zu versetzen, haben sie nicht erreicht, aber sie haben der Sache ihres Volkes ernstlich geschadet. Dagegen ist der zweite Zweck bis zu einem gewissen Grade erreicht worden.

Augenscheinlich kennen sie die gegenwärtigen polnischen Abgeordneten sehr genau; deshalb haben sie auch vorausgesehen, daß sie in die ihnen gestellte Falle hineingehen und ihnen Material geben werden, auf Grund dessen die neue Orientierung bekämpft und der Politik des Kanzlers Erschwernis in den Weg gelegt werden kann.

Das Auftreten der polnischen Fraktion kann nicht gerade glücklich genannt werden.

Was den Inhalt anlangt, so war die polnische Deklaration wohl richtig (sie hätte eingehender und schärfer sein können, soweit es sich um die alldeutsche-hafatistische Partei handelt), wenn wir diese Deklaration gut verstanden haben. Man muß nämlich bemerken, daß die Deklaration der polnischen Abgeordneten an manch einer Stelle verschieden gedeutet werden kann.

Die Form der Deklaration hätte umsichtiger, mehr durchdacht sein können, denn gerade sie bildete den Grund dafür, daß fast alle deutschen Parteien und fast alle deutschen Zeitungen, sogar solche, die den Polen wohlwollen, diese Deklaration nach unserer Auffassung falsch verstanden haben. Aber das ist nicht die Schuld dieser Parteien und Zeitungen, sondern vor allen Dingen die der polnischen Fraktion.

Die Aktion der alldeutschen und hafatistischen Parteien hat der deutschen Sache in hohem Maße geschadet; das Auftreten der polnischen Fraktion aber hat der polnischen Sache keineswegs geholfen. Für die polnische Sache kann man, wie es scheint, von dem gegenwärtigen preußischen Landtage — nichts, und von der polnischen Fraktion nicht viel erwarten.“

Aus Nr. 141 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 26. November 1916.

Noch einmal die Verhandlungen im Landtage.

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus haben gezeigt, daß die Polen von der gegenwärtigen Mehrheit des preußischen Landtages, die aus alldeutschen hafatistischen Elementen besteht, absolut nichts zu erwarten haben. Es ist auch klar, daß die guten Absichten der Regierung, die es begriffen hat, daß im Interesse des preußischen Staates eine Änderung der antipolnischen Politik nötig ist, auf den harten Widerstand der allmächtigen alldeutschen hafatistischen Partei des Landtages stoßen werden. Und wenn die preußische Regierung zum Zwecke der Bekämpfung dieses Widerstandes keine anderen Mittel finden wird, als die zwar

überzeugenden, aber sehr weichen Ministerreden, dann werden die Polen des preußischen Gebietsteils trotz aller seitens der Regierung gezeigten guten Absichten eine tatsächliche Änderung zum Besseren nicht erleben, sie werden vielmehr angewiesen sein auf die weitere qualende Verteidigung ihrer nationalen Heiligtümer, weil, wie es scheint, die preußische Regierung nicht genügend Kraft haben wird, um sie vor der alldeutschen hafatistischen Seite zu schützen. Die Polen des preußischen Gebietsteils wollen Ruhe und Frieden haben, sie wollen mit ihren Mitbürgern deutscher Nationalität in Eintracht leben, sie wollen einmütig sein auch mit der Regierung; gleichzeitig aber werden sie nicht unterlassen darzutun, daß ihnen die religiösen Schätze und die nationalen Heiligtümer mehr wert sind als das Leben.

Dem Minister des Innern, der stets zu den Vertrauensmännern der alldeutschen hafatistischen Partei gehörte, muß man zugestehen, daß er es verstanden hat, in seiner Rede den versöhnenden Ton zu finden. Es war das eine Rede eines preußischen Ministers, wie sie der preußische Landtag bis jetzt noch nie gehört hat. Schon die Feststellung, daß sich in dem gegenwärtigen Weltkriege die deutschen und die polnischen Interessen begegnet haben, war eine so außergewöhnliche Sache, daß die Mauern des Landtagsgebäudes, das stets die Schmiede der antipolnischen Gesetze war und in dem stets der antipolnische Kampfton erklang, kaum zu fassen vermochten, was denn wohl eigentlich geschehen sei. Bis jetzt schien es vielleicht den Preußen, daß man die deutschen Interessen mit den polnischen niemals würde in Einfluß bringen können. Minister von Loebell sprach natürlich wie ein preußischer Minister, der es für seine Pflicht hält, vor allen Dingen auf das Wohl der Interessen des preußischen Staates zu sehen; er sprach als Deutscher, der vor allem für die Interessen Deutschlands einzutreten und für die polnische Sache nur insoweit zu sorgen hat, als dies das Interesse des preußischen Staates und des Deutschtums erheischt. Doch gerade der Umstand, daß man sich im Interesse des Deutschtums mit der polnischen Frage befassen muß, gereicht den Polen zum Glück.

Und dieser preußische Minister erkannte an, daß das Blut der polnischen Legionen, vergossen an der Seite der deutschen und österreichischen Soldaten, beigetragen hat zur Berührung der polnischen und deutschen Interessen.

Als der Minister von den Polen des preußischen Gebietsteils sprach, nannte er sie nicht Preußen polnischer Zunge, sondern Bürger des preußischen Staates polnischer Abstammung bzw. polnischer Nationalität; er nannte sie Polen und sagte, daß sich die Polen und Preußen einander genähert hätten und versicherte, daß die zukünftigen Entscheidungen der preußischen Regierung getragen sein würden von Wohlwollen gegenüber der polnischen Bevölkerung.

Das alles rührt uns nicht etwa allzusehr, denn gerade die preußische Regierung hat uns gelehrt, uns nicht vom Empfinden, sondern vom Verstande leiten zu lassen; wir bemerken aber, daß wir lieber solche Worte aus dem Munde eines preußischen Ministers hören, als die durch nichts begründeten Vorwürfe, daß wir Vorbereitungen trafen zur Losreißung vom preußischen Staate, daß wir sogar — wie einst Minister Hammerstein sagte — in Amerika Verschwörungen anzettelten und daselbst eine polnische Armee schufen, welche die polnischen Gebietsteile vom preußischen Staate losreißen sollte, daß wir wer weiß was für dunkle Pläne schmiedeten, an die kein Pole im preußischen Teilgebiete geträumt hat und an deren Existenz sehr häufig diejenigen nicht glauben, die von ihnen gesprochen haben.

Es wäre uns allerdings lieber gewesen, wenn der Herr Minister etwas mehr gesagt hätte, in welcher

Form z. B. sich dieses Wohlwollen der preußischen Regierung gegenüber der polnischen Bevölkerung in Zukunft offenbaren soll — wenn wir auch andererseits zugeben müssen, daß angesichts der antipolnischen Mehrheit im preußischen Landtage jede Bemühung der preußischen Regierung, soweit es sich um die Regelung der unerträglichen Verhältnisse handelt, sehr erschwert sein muß. Wir finden jedoch für die preußische Regierung kein Hindernis, wenn sie dieses Wohlwollen jetzt durch die Linderung der antipolnischen Verwaltungspolitik zeigen wollte, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens und durch eine strenge Zählung der antipolnischen Übereiferer unter den Verwaltungsbeamten, die sich an die Zeichen der Zeit garnicht gewöhnen können. Wir sehen für die preußische Regierung noch gar kein Hindernis, wenn sie z. B. ihrerseits dazu beitragen wollte, daß der Bundesrat das durch den Reichstag beschlossene Gesetz bestätigt, das den Maulkorbparagraphen aufhebt.

Wir wundern uns nicht allzusehr darüber, daß der Herr Minister am Schlusse seiner Rede so fest versicherte, daß die deutschen Aufgaben Preußens im Osten weiterhin bestehen würden, daß der Schutz und die Erhaltung des Deutschtums weiterhin Aufgabe des preußischen Staates sein werde und zwar mit Rücksicht auf das deutsche Volk, die deutsche Kultur, den deutschen Geist usw. usw. Wir haben gegen das alles nichts einzuwenden, nur eins vermisten wir in diesem Abschnitt der Rede des Herrn Ministers v. Loebell: er hätte sagen müssen, daß dieser Schutz des Deutschtums usw. in Zukunft ohne Vergewaltigung des Grundsatzes der Gleichberechtigung, ohne verfolgende Verwaltungsmittel, ohne Ausrottung der Polen durch antipolnische Gesetze stattfinden werde. Wir vermisten in der Rede der Ministers auch dahingehende Versicherungen, daß man künftighin den Polen die zwar schätzenswerte, aber immerhin fremde Kultur nicht mehr aufdrängen werde, daß man es den Polen überlassen wolle, aus ihr Nutzen zu ziehen oder nicht (und dann würden sie sicherlich gern daraus Vorteile ziehen) und daß man ihnen vor allen Dingen gestatten werde, ihre eigene polnische Kultur zur Entfaltung zu bringen, auf die das polnische Volk ebenso stolz ist wie das deutsche Volk auf seine deutsche Kultur.

Wir haben auch nicht recht verstanden, wie sich der Herr Minister das vorstellt, daß die Polen des preußischen Gebietsteils der Regierung die Aufgaben erleichtern können, die sie in unsren Landesteilen zu erfüllen hat, auch wie sie sich immermehr hineinleben sollen in die Erfüllung der Pflichten als Bürger des preußischen Staates. Der Herr Minister selbst bemerkte doch, daß die Polen ihre Pflichten mit der Waffe in der Hand erfüllten.

Wir meinen, daß es die Polen nicht erst nötig haben, sich in die Erfüllung der Pflichten als Bürger des preußischen Staates hineinzuleben, denn sie erfüllen doch diese Pflichten schon seit langem.

Die düsteren Prophezeiungen der alldeutschen haktistischen Politiker, daß die Polen nur auf eine Gelegenheit warteten, um einen bewaffneten Aufstand zum Zwecke der Losreißung vom preußischen Staate in Szene zu setzen usw. — haben sich als dummes Geschwätz erwiesen. Die Polen haben ihre Pflicht sehr gewissenhaft erfüllt und tun das auch jetzt noch, sie haben in früheren Kriegen ihr Leben und Gut zum Schutze der Interessen des deutschen Volkes hingegen, auch in diesem Kriege tun sie das. Bis jetzt war nicht ein Fall zu verzeichnen, daß man einen Polen wegen Staats- oder Kriegsverrats verurteilt hätte. Ob man von den Mitbürgern deutscher Nationalität daselbe sagen kann, das weiß der Herr Minister v. Loebell am besten.

Wir wissen also nicht, was die Polen insbesondere in Friedenszeiten, wie der Herr Minister sagte, noch

mehr tun könnten. Und kann man denn von den Polen mehr verlangen als Opfer an Gut und Blut, die bei den anderen Völkern als die höchsten gelten? Bringen denn die Polen verhältnismäßig nicht schon größere Opfer als die Mitbürger deutscher Nationalität? Die Polen hatten doch keinen Nutzen aus der Gleichberechtigung, über ihnen schweben die Ausnahmegeetze — und trotzdem erfüllen sie die Pflichten als Staatsbürger ebenso wie die Deutschen. Sind denn ihre Verdienste nicht ohnehin schon höher?

Was kann man also von den Polen noch mehr verlangen?

Es befinden sich zwar im Besitze der Polen noch Schätze, die ihnen teurer sind als das Leben. Und diese sind, wie wir bereits gesagt, ihre Religion, ihre Nationalität, ihre nationale Ehre. Wir sind aber überzeugt, daß im preußischen Staate den Polen diese Schätze niemand abzunehmen gedenkt, auch der Herr Minister v. Loebell denkt nicht daran. Im Gegenteil, seine Rede scheint davon Zeugnis abzulegen, daß es den Polen in Zukunft gestattet sein wird, diese Schätze, teurer als Leben und Gut, mit weit größerer Freiheit zu hüten. Gebe Gott, daß das sobald wie möglich geschehen möge!

Es sei dem wie es wolle: die Rede des Ministers v. Loebell unterschied sich ganz bedeutend von allen Reden, welche preußische Minister im preußischen Landtage unter der Adresse der Polen je gehalten haben. Es erklang in ihr, wie wir bereits gesagt, der versöhnliche Ton.

Nach unserer Meinung hätten unsere Abgeordneten im preußischen Landtage die Pflicht gehabt, das zu betonen, es war durchaus ihre Pflicht Artigkeit mit Artigkeit zu vergelten.

Aber der Redner der polnischen Fraktion sprach so, als hätte der Minister überhaupt keine Rede gehalten. In der Erklärung des polnischen Redners war nicht ein Wort von Artigkeit und Anerkennung als Antwort auf den versöhnlichen Ton der Rede des Ministers, auf die Ankündigung der Änderung zum Besseren enthalten. Es ist diese Rede überhaupt nicht erwähnt worden.

Das müssen wir für einen großen Fehler ansehen. So macht man keine Politik.

Wir verstehen alle Klagen! Und wer hätte wohl nicht solche Klagen! Vor allen Dingen werden sie die haben, die da wissen, was es heißt, aus Anlaß der antipolnischen Politik persönlich zu leiden, wie z. B. die „Gazeta Grudziadzka“, ihr Herausgeber, ihre Redakteure, welche die Wohltaten der antipolnischen Politik gar schmerzlich am eigenen Leibe erfahren und Monate und Jahre in preußischen Gefängnissen zugebracht haben, während von den Herren Abgeordneten so unangenehme Erfahrungen persönlich doch keiner gemacht hat.

Auch unser Herz ist voller Trauer darüber, daß es bis jetzt keine sichtliche Änderung zum Besseren gibt. Wenn nun aber die preußische Regierung durch den Mund ihres Vertreters in der bisherigen Schmiege der antipolnischen Gesetze feierlich erklärt, daß eine Änderung zum Besseren eintreten soll und muß, so hat die Vertreterschaft der polnischen Gesamtheit die Pflicht, diese Erklärung des Ministers festzunageln und ihrer Zufriedenheit in entsprechender und würdiger Weise Ausdruck zu geben. Es ist wirklich nicht richtig, dann noch den Beleidigten zu spielen.

Seine Klagen soll man verwahren, denn über ihnen sollte die Liebe zum eigenen polnischen Volke stehen, das bei der Politik der Klagen schwer leiden kann.

Es soll in unserer Volksgesamtheit Politiker geben, die eine Änderung zum Besseren gar nicht haben wollen. die sich vor den Zugeständnissen, welche die preußische Regierung den Polen gegenüber machen will, geradezu fürchten. Sollten sich etwa unsere polnischen Fraktionen aus solchen Politikern zusammensetzen? Wir glauben schwer daran. Nein, wir glauben es nicht!

Unser polnisches Volk wünscht sich von ganzem Herzen eine Änderung zum Besseren; es hat genug der Leiden und der Politik der Verfolgung. Das wissen auch unsere Abgeordneten sehr wohl. Und doch war das Verhalten der polnischen Abgeordneten im preußischen Landtage angesichts der versöhnlichen Rede des Ministers von Loebell so, als ob es ihnen um eine Änderung der Verhältnisse zum Besseren gar nicht zu tun gewesen wäre.

Nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit haben wir wohl keinen Grund, uns der Regierung gegenüber den Hals zu verrenken, wenn ein preußischer Minister mit dem Finger winkt — aber angesichts der in der Tat sehr versöhnlichen Rede, welche für das polnische Volk eine bessere Zukunft ankündigt, nichts zu sagen, das ist doch sehr unpolitisch, sehr schädlich!

Wir erachten es als unsere Pflicht, das öffentlich hervorzuheben, weil wir nicht haben wollen, daß unsere ganze Volksgesamtheit, besonders unser polnisches Volk, verantwortlich gemacht würde für die fehlerhafte Politik der polnischen Volksvertreter. Unser polnisches Volk hat ohnehin seit Anbeginn des Krieges aus Anlaß der fehlerhaften Politik unserer Fraktionen nicht wenig zu leiden. Wir wissen nun, daß es schließlich damit genung wäre!

Damit hinsichtlich unseres Standpunktes keine Zweifel wären, so wiederholen wir, was wir bereits in der letzten Nummer gesagt haben: daß wir mit dem Inhalte der Deklaration der polnischen Fraktion einverstanden sind, daß wir jedoch die Form durchaus nicht für glücklich halten. Und außerdem sind wir mit der völligen Umgehung der versöhnlichen Rede des Ministers des Innern nicht zufrieden.

Aus Nr. 142 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 29. November 1916.

Zur Rede des Herrn v. Heydebrand.

Es fällt uns fürwahr schwer, zu verstehen, warum es die alldeutschen hakatistischen Politiker so eilig hatten mit ihrem Auftreten, das doch unnötige Verbitterung hervorrufen mußte. Jeder weiß, daß z. B. die Armeen der Zentralmächte das Königreich Polen erobert haben. Warum aber stellt nun Herr v. Heydebrand durchaus fest, daß das nur die deutschen Soldaten getan hätten? Warum will denn Herr v. Heydebrand dem Millionenheer, das polnischer Nationalität ist und das so heldenhaft in den Armeen der Zentralmächte gekämpft hat, nicht Genugtuung geben, daß auch seine Anstrengungen zur Befreiung des Königreichs Polen beigetragen hätten? Möge Herr v. Heydebrand wissen, daß viele der polnischen Kämpfer in der Hoffnung gekämpft haben, daß ihr Blut beitragen würde zur Erringung einer besseren Zukunft für unsere Brüder im Königreich Polen. Und mit solchen Hoffnungen trugen sie sich, weil die „Gazeta Grudziadzka“ gleich nach Ausbruch des Krieges ihnen ein solches Ziel vor Augen stellte, ihnen prophezeite, daß sie für die Freiheit Polens kämpfen würden. Und das hat sich bewahrheitet.

Viel schädlicher aber war die Bemühung um die Schaffung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Garantie für das deutsche Reich in Polen.

Wir meinen nun nicht, daß es nützlich und politisch wäre, die Polen im Königreich Polen unaufhörlich daran zu erinnern, daß die Alldeutschen nach der größtmöglichen Anebelung des polnischen Staates in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht streben, denn das kann das Mißtrauen der Bewohner des Königreichs Polen zu den Zentralmächten wecken und stärken, weil sie wissen, welcher großen Einfluß die Alldeutschen und Hakatisten besitzen.

Eine solche aufdringliche und so kräftig hervorgehobene Forderung des Herrn v. Heydebrand kann in der Bewohnerschaft des Königreichs Polen den Verdacht wecken, daß sie nach so großen Opfern an Blut und Gut die tatsächliche Unabhängigkeit nicht bewahren würden, daß sie das eine Joch zu verlieren bereit seien, um sich unter das andere zu begeben, das zwar weniger schwer, aber doch immerhin auch ein Joch ist.

Die Bevölkerung des Königreichs Polen glaubt zwar an die Worte des Manifests der Monarchen, sie glaubt, daß Polen frei und selbstständig, also unabhängig sein wird; wiederum aber ist es auch Tatsache, daß es solche Leute gibt, die sehr eifrig daran arbeiten, diesen Glauben zu schwächen.

Es ist uns nicht verständlich, weshalb Herr v. Heydebrand bei dieser Arbeit durchaus noch behilflich sein will. Die deutsche Regierung wird sicherlich bemüht sein, für die Schaffung der Garantie für die Zukunft zu sorgen; wir meinen aber, daß diese Garantien ganz anders beschaffen sein werden, als sich das die Alldeutschen und Hakatisten vorstellen. Und diese Garantien werden ganz gewiß sicherer sein, als alle militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zwangsmittel, welche die Herren Alldeutschen und Hakatisten nur erinnern könnten. Denn solche Garantien, wie sie die Herren Hakatisten ersinnen können, trügen schließlich doch.

Die allerwichtigste Garantie, die sicherlich nicht trägt, ist, einen lebensfähigen, zur Entwicklung fähigen, tatsächlich unabhängigen „großen und starken“ polnischen Staat zu schaffen mit, wie der Abgeordnete Naumann sagt, einer weiten Grenze im Osten. Gerade diese Grenze im Osten wird ein Grund dafür sein, daß Polen für alle Zeiten durch Rußland bedroht und infolgedessen genötigt sein wird, sich auf Mitteleuropa zu stützen. Man kann sich schwer eine sicherere Garantie für die Zentralmächte vorstellen! Wie wichtig sind angesichts dessen auch alle militärischen, politischen und wirtschaftlichen Garantien, welche die Hakatisten und Alldeutschen ersinnen können.

Alle diese Zwangsmittel sind demütigend, aufreizend und sicherlich nichts tauglich. Das öffentliche Sichbemühen um sie durch die kurzichtigen, aber doch einflussreichen alldeutschen hakatistischen Politiker wird nur einen unliebsamen Widerhall unter der polnischen Bevölkerung im Königreich Polen hervorrufen und die Aussichten auf die freiwillige Rekrutierung — nicht bessern.

Das aber liegt weder im Interesse des polnischen Staates noch in dem der Zentralmächte, und über einen solchen Erfolg könnten auch wir Klage erheben. Deshalb hätten die alldeutschen hakatistischen Politiker die Sache ein wenig besser abwägen sollen, als sie es getan haben. Es wäre auch gut, wenn sich die Herren abgewöhnen möchten, fortwährend mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und immer große Energie zu zeigen, wo das völlig überflüssig und auch sehr schädlich ist.

Wir können auch schwer verstehen, warum Herr v. Heydebrand so sehr laut und eingehend über den deutschen Charakter unserer polnischen Gebietsteile in Preußen spricht. Was hat denn das für einen Sinn?

Denkt denn Herr v. Heydebrand, daß auch nur ein einziger Pole glauben wird, daß diese Gebietsteile in nationaler Hinsicht deutschen Charakter besitzen?

Wenn Herr v. Heydebrand 100 mal und noch viel lauter vom deutschen Charakter unserer polnischen Gebietsteile sprechen würde, so wird dieser deutsche Charakter doch stets nur staatsrechtliche Bedeutung haben, in nationaler Hinsicht werden aber dadurch die Gebiete durchaus nicht deutsch. Weder Herr v. Heydebrand noch sonst jemand in der Welt besitzt die Kraft dazu, um die Tatsache zu ändern, daß in unseren Gebieten das polnische Volk rein polnisch ist, das auf seinem Lande seit Anbeginn der Geschichte sitzt, während das deutsche Volk ein Volk ist, das hier eingewandert ist und aus fremden Gegenden stammt. Herr v. Heydebrand wird auch die Tatsache nicht ändern, daß die polnischen Lande im preußischen Gebietsteile die Wiege des polnischen Volkes sind, daß auf ihnen die ersten polnischen Heiligtümer stehen, die Kathedralen in Gnesen und Posen, und daß daselbst die Sitze der ersten polnischen Könige waren. Herr v. Heydebrand wird auch die Tatsache nicht ändern, daß das Volk in diesen Landen die ungeheure Mehrheit bildet und diesen Landen in nationaler Hinsicht den polnischen Charakter verleiht, wenngleich sie in staatsrechtlicher Hinsicht Teile des preußischen Staates sind, was die Polen sehr wohl wissen.

Die Polen denken auch nicht daran, ihre deutschen Mitbürger „zu verschlingen“, sie aus den polnischen Gebieten zu vertreiben; sie verlangen auch gar nicht, daß die Interessen der deutschen Bewohner unserer polnischen Landesteile vernachlässigt würden. Durchaus nicht! Möge Herr v. Heydebrand diese ihre Interessen unterstützen, soviel er will, wenn er nur dabei nicht gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung verstößt. Wir Polen haben nichts dagegen und beneiden sie um diese Hilfe keineswegs, wenn nur diese Hilfe nicht durch solche Fondsgestützte wird, zu denen auch die Polen ihr Scherflein beitragen müssen.

Mögen sich die Herren Heydebrand und Genossen aus Privatmitteln einen Fonds zur Unterstützung der Deutschen in unseren polnischen Landesteilen bilden, dann wird kein Pole darüber ein Wort verlieren. Jeder wohlstandige und ehrbare Deutsche wird zugeben, daß das Einziehen von Steuern aus der Tasche des polnischen Volkes zu dem Zwecke, um speziell das Deutschtum zu unterstützen, nicht wohl angeht. Bei dem Gedanken daran muß sich eines jeden gerechten Menschen Gemüt in Aufregung setzen.

Wir sind der Meinung, daß uns Herr v. Heydebrand Recht geben wird; vielleicht wird er auch zugeben, daß es klüger gewesen wäre, wenn er seine Rede nicht gehalten hätte.

Aus Nr. 142 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 25. November 1916.

Die polnische Frage im preußischen Landtage.

Unter obigem Titel schreibt das Danziger Blatt u. a. folgendes:

Der Antrag der Konservativen und National-liberalen ist mit 180 gegen 104 Stimmen angenommen worden. Wir ersehen daraus, daß der Krieg an dem Zustande der preußischen Parteien in dem Dreiklassen-Hause nichts geändert hat. Dieselben Elemente unter der Fahne der Herren v. Heydebrand, Zedlitz und Friedberg, die schon vor dem Kriege der preußischen Politik hinsichtlich der Polen den Hauptton verliehen, herrschen auch heute gar mächtig im Landtage. Aus den Erklärungen ihrer Führer ist nicht zu ersehen, daß der Krieg in ihren Ansichten über die polnische Frage irgend welche größere Veränderung herbeigeführt hätte. Wie früher, so bemühen sich auch jetzt das Zentrum, die Fortschrittler und die Sozialisten

darzutun, daß sie für die Polen mehr Verständnis besitzen; aber diese Parteien sind in Anbetracht der Mehrheit jener Parteien machtlos.

Im Namen der Regierung sprach der Minister des Innern v. Loebell. In seiner Rede klang ohne Zweifel ein anderer Ton hinsichtlich der Polen als der, an den wir vor dem Kriege gewöhnt waren. Sachlich aber stellte sich der Minister in den hauptsächlichsten Punkten völlig auf den Standpunkt der Herren v. Heydebrand und v. Zedlitz.

Im Namen der polnischen Fraktion gab der Abgeordnete Styczynski eine Erklärung ab, die wir an anderer Stelle wörtlich wiedergeben. Diese Erklärung — in der Form maßvoll, verliert richtigen Ausdruck dem Standpunkte der Polen hinsichtlich der sonderbaren Lage, die einerseits das Manifest kennzeichnet und die andererseits gekennzeichnet wird durch die unzweideutige Tendenz des Antrages der Führer der Partei der preußischen Politik.

Aus Nr. 273 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 26. November 1916.

Zu seiner Wochenübersicht

schreibt das Berliner Polenblatt u. a. folgendes:

Während der Tod des Henryk Sienkiewicz jeden Polen unmittelbar trifft, als des geliebten Meisters, Lehrers, Leiters und Führers des polnischen Volkes und in letzter Zeit als des großen Almosengebers, erfüllt der Tod des greisen österreichischen Monarchen wenigstens mittelbar jedes polnische Herz mit Leid und Trauer. Hat doch das polnische Volk in ihm einen aufrichtigen Protektor, Beschützer und Freund auf dem Throne des Staates verloren, der einst an den Teilungen Polens teilgenommen hat und einen Teil der Lande des früheren Königreichs Polens in seinem Bestand besitzt. Ihm verdankt das polnische Volk manche Kundgebung des Wohlwollens seitens der Mittelmächte während des gegenwärtig tobenden Weltkrieges, und seine letzten Taten, durch die er sich auf ewige Zeiten die Liebe des polnischen Volkes erworben hat, sind die Proklamation der Unabhängigkeit des Königreichs Polen gemeinsam mit dem mit Österreich-Ungarn verbündeten deutschen Monarchen und der Erlaß über die Sonderstellung und Selbstständigmachung Galiziens. Der greise Freund des polnischen Volkes hat, als ob er sein nahe Ende gesehnt hätte, noch kurz vor seinem Tode den Polen so viele nationale Freiheiten zu sichern gesucht, als es nur in seiner Macht lag...

...Wie langsam in gewisse Kreise sowohl diesseits als auch jenseits der Kampflinie, das Bewußtsein der ungeheuren Umwälzungen eindringt, die der Krieg in der ganzen Welt schon vollzogen hat, noch vollzieht und in Zukunft vollziehen wird, davon zeugt die Interpellation in Sachen der Ausrufung des unabhängigen Königreichs Polen, die im preußischen Landtag von der konservativen und nationalliberalen Partei eingebracht worden ist. Der Inhalt dieser Interpellation und ihre Begründung beweisen, daß das Bewußtsein der politischen Bedeutung des Augenblicks bei diesen Kreisen nicht vermocht hat, der blitzartigen Entwicklung der Ereignisse Schritt zu halten, daß sie ungeheuer zurückgeblieben sind und sich in der gegenwärtigen Lage keineswegs zurechtfinden, sondern in den veralteten Lösungen, Begriffen und Kategorien aus der Zeit vor dem Kriege denken und fühlen. Die Antwort der polnischen Fraktion hat, obgleich sie im allgemeinen würdig, bestimmt und dabei ruhig gehalten ist, nicht ganz vermocht, sich der Lage anzupassen. Besonders die Polemik nur mit den Interpellanten und in der Erklärung der polnischen Fraktion

die stillschweigende Übergehung dessen, was der Vertreter der Regierung gesagt hat, war politisch nicht geschickt.

Man sollte aus den Verhandlungen am Montag für die Zukunft die Lehre ziehen, daß die polnische Fraktion in eine solche Lage in den gegenwärtigen Zeiten häufiger geraten kann, und man sollte darüber nachdenken, ob es nicht empfehlenswert wäre, anstatt einer schriftlich abgefaßten und schon vorher festgelegten Erklärung — welche nebenbei gesagt als Erklärung zu lang war — auf die Rednerbühne einen seiner besten Redner und Politiker zu entsenden, der entsprechend der gegebenen Lage den Standpunkt der Fraktion improvisieren würde. Wir geben zu, daß es hierzu eines großen Taktgefühls und politischen Verstandes bedürfte und daß außerdem der Redner ein solches absolutes Vertrauen der Fraktion besitzen muß, daß er nichts sagen wird, was ihren Anschauungen und Absichten widersprechen würde. Aber wir zweifeln nicht, daß man bei gutem Willen aller Mitglieder der Fraktion diese Schwierigkeiten überwinden kann. Dadurch würde unseres Erachtens die Bedeutung und das Ansehen der Fraktion gewinnen, auch würde die nationale Sache gewinnen, welche heute von allen verantwortlichen polnischen Politikern große Umsicht, Überlegung und dabei einen durch kein Sentiment der Sympathie oder des Hasses getrübbten Blick und rasche Entschlossenheit erfordert. Davon nämlich, wie wir heute der nationalen Sache dienen werden, hängt auf lange Jahre, wenn nicht auf Jahrhunderte die Zukunft unserer Nation ab.

Hierzu bemerkt der „Kraj“ in Nummer 160 vom 28. November, was folgt:

Damit man uns nicht der Einseitigkeit beschuldige, haben wir obige Äußerung wiedergegeben, welche davon zeugt, daß die Erklärung der Fraktion sogar deren sonst eifrige Verteidiger nicht befriedigt.

Die Erklärung war nämlich weder in der Form maßvoll, noch gab sie dem eigentlichen Standpunkt der Polen gegenüber der gegenwärtigen Situation Ausdruck, wie die nationaldemokratischen Organe und ihre Trabanten der „Volksgemeinschaft“ einzureden suchten, — natürlich nur „ihrer Volksgemeinschaft“ oder den Lesern.

Die haktistische alldeutsche Presse beruft sich schon nicht bloß auf die Erklärung der Fraktion, sondern auch auf Organe, die für die Fraktion eintreten.

Das fügt der ganzen Nation, der Sache des Königreichs Polen und unseren Landesteilen einen nicht geringen politischen Schaden zu.

Man muß das feststellen und offen bekennen, daß die Mehrheit der polnischen Volksgemeinschaft in allen 3 Teilgebieten — wie die Äußerungen der Mehrheit der Presse schlagend dartun — mit einer solchen Erledigung der Frage, wie sie die Fraktion vorgenommen hat, nicht einverstanden ist.

Nichts nützen Parteibeschlüsse und Entschlüsse von Konventikeln, — nichts das Zuzumalsehen von Schwärmereien und von den größten politischen Klugheiten unter den breiten Massen.

Dorthin gelangt schon die Äußerung der von der Nationaldemokratie unabhängigen Presse, und sie weckt Reflexionen, ja sogar unter den Anhängern der Nationaldemokratie gibt es immer mehr Leute mit unabhängiger Ansicht, welche die politischen Erscheinungen real betrachten und sich den Blick durch dieses oder jenes Organ, das bisher vielleicht als untrüglich betrachtet wurde, nicht trüben lassen. Wir haben Beweise dafür, in Gestalt von an uns gerichteten Briefen.

Das ist schon ein sehr niedriges politisches Niveau, wenn in einer überaus ernstlichen Konferenz, an der verantwortliche Politiker teilnehmen, jemand sich dahin

vernehmen läßt, daß er in der Konferenz nichts erfahren habe, was ihm mehr zur Überzeugung — oder zum Herzen oder Verstande spräche, als daß, was ihm ein gewisser Bauer gesagt habe.

Der Bauernverstand, die bäuerliche Meinung ist zweifellos zu schätzen; daß man aber unter den heutigen — überaus schwierigen und sehr wichtigen Umständen überall und immer sich nur auf die Meinung jenes Bauern verlassen sollte, wie dies leider jener „verantwortliche“ Politiker und mit ihm eine Reihe anderer „verantwortlicher“ Politiker getan hat, das wird sogar der lauteste Lobredner des Bauernstandes — d. h. der Bauer selbst — nicht verlangen. Im Gegenteil, der gesunde Bauernverstand wird bestimmt einem solchen Politiker sagen: „Wir schicken Sie nach Berlin, damit Sie dort klug für uns sprechen und der Nation Vorteile erwirken... je nach den Umständen, die in Berlin andere sind, als auf dem Lande. Wenn Sie das nicht verstehen, so fahren Sie nur wieder nach Hause — und richten Sie keinen Schaden an!“

Eine solche Meinung wird zweifellos in Zukunft so mancher „verantwortliche“ Politiker, sei es in der Volksversammlung oder privatim zu hören bekommen.

Das Interesse der polnischen Nation heischt angestrengte politische Arbeit, Vorsicht und Besonnenheit, nicht aber Phrasen, die nicht gehörig bedacht sind und Schaden zufügen.

Aus Nr. 589 des Czas (Krakau)

vom 22. November 1916.

Der preußische Nationalismus und die polnische Frage.

Die Oppositionsparteien in Deutschland, oder besser gesagt die Parteien, die die Politik des Kanzlers bekämpfen, haben das Feld ihrer Tätigkeit nach dem Abgeordnetenhaus verlegt, wo sie zahlenmäßig bedeutend stärker sind als im Reichstage. Es war dies übrigens nach dem mißlungenen Angriff auf den Kanzler durch die Nationalisten in dem wichtigsten Ausschuß des Reichstages voranzusehen. Bald danach erschien in nationalistischen Blättern die stark unterstrichene Nachricht, daß die Proklamation des polnischen Staates ohne Wissen, ja zum Teil sogar gegen den Willen des preußischen Kabinetts, das bekanntlich mit der Reichsregierung nicht identisch ist, erfolgt sei. Man wollte auf diese Weise einen Gegensatz zwischen den beiden Hauptfaktoren der Regierungsgewalt in Deutschland hervorrufen, jedoch ohne Erfolg, da die Nordd. Allg. Ztg. in einer amtlichen Note der Agitation sofort ein Ende gemacht hat, indem sie feststellte, daß das Manifest vom 5. November dem preußischen Kabinett bekannt war und seine Zustimmung hatte.

Als sie dieses Argument verloren hatten, griffen die Nationalisten nach einer anderen Methode. Sie fingen an, aus der Tatsache der Bildung eines polnischen Staates „besondere Gefahren“ für die östlichen preußischen Provinzen zu folgern, das Ergebnis dieser Taktik war der Antrag für die erste Sitzung des preußischen Landtages, der von allen konservativen und freikonservativen Abgeordneten unterschrieben war, in dem beide Gruppen ihre Stellung gegenüber dem polnischen Staate kennzeichneten und den sorgsamsten Schutz für die deutsche Bevölkerung in den Ostprovinzen forderten.

Die Bedeutung dieses Antrags muß man nach der Geschichte seiner Entstehung einschätzen. Er ist in erster Linie ein Geschöß, das gegen den Kanzler gerichtet ist, und fernerhin eine Demonstration des preußisch-deutschen Nationalismus. Außerdem ist es unzweifelhaft der Versuch einer Verteidigung der bisherigen preußischen Politik in Großpolen und West-

preußen gegenüber den Polen, an der die Parteien, die den Antrag unterschrieben haben, sehr stark beteiligt sind und für die sie vor allem die Verantwortung tragen.

Wir brauchen an die Grundlagen dieser Politik, die sich auf das hoffnungslose Streben nach der Entnationalisierung des polnischen Elements stützte und die Konservativen zur Anwendung des so revolutionären und mit ihrem Programm nicht übereinstimmenden Mittels der Enteignung geführt hat, nicht zu erinnern. Schon vor dem Kriege hat sich die ganze Wirkungslosigkeit und Kostspieligkeit der antipolnischen Aktion gezeigt, aber erst der Verlauf des Krieges hat auf die Stimmung des deutschen Volkes ernüchternd eingewirkt und dasselbe zur Revision seines Verhältnisses zu den Polen veranlaßt. Dieser Prozeß ist noch nicht beendet, obwohl es keinem Zweifel unterliegt, daß er in der Richtung einer bedeutend gerechteren und weit tieferen Einschätzung der Bedeutung und des Inhalts der polnischen Frage weiterstreiten wird. Nur diejenigen politischen Gruppen, die bis jetzt an der Spitze der antipolnischen Agitation gestanden haben und die Anregung zu Ausnahmegeetzen gaben, okennten sich von ihren früheren Vorurteilen und Fehlern bis jetzt noch nicht freimachen.

Diesen ihren Gefühlen gab der Abgeordnete Heydebrand in seiner Rede, in der er den genannten Antrag begründete, entsprechenden Ausdruck. Diese ist aus verschiedenen Gründen charakteristisch, namentlich aber durch das, was nicht voll zum Ausdruck gekommen ist, was teilweise aus absichtlicher, durch die allgemeine politische Lage gebotener Zurückhaltung sich ergab, teilweise aber auch auf die Besorgnis zurückzuführen ist, die höchsten Faktoren, die in der polnischen Angelegenheit eine mit der Ansicht des Reichskanzlers übereinstimmende Stellung eingenommen haben, nicht zu verletzen. Die Rede des Führers der Konservativen zeigt keine neuen Gesichtskreise. Wir erfahren nur daraus, daß man auch unter den Nationalisten die Unmöglichkeit der Beibehaltung des polnischen Kurzes erkannt hat; denn obwohl sich Herr v. Heydebrand für sich und seine Freunde die Entscheidung über die zukünftige Politik gegenüber den Polen vorbehält, so liegt schon in diesem Vorbehalt eine Einräumung der Möglichkeit einer Änderung. Übrigens hat man festzuhalten, daß die endgültige Entscheidung nicht von den Konservativen abhängt.

Auf jeden Fall war der Antrag unzeitgemäß und unnötig und mußte bei den Polen unangenehme Gefühle hervorrufen. Daher gab auch die Erklärung der polnischen Fraktion, sehr entschieden in Ton und Inhalt, den entschiedenen Ansichten der Polen in dieser Angelegenheit Ausdruck. Trotzdem wurde der Antrag angenommen, was bei dem Zahlenverhältnis der Parteien im preußischen Landtage vorauszusehen war.

Ob man den Antrag angenommen hätte, wenn sich die Regierung dagegen ausgesprochen hätte, ist schwer zu sagen; es scheint jedoch, daß die Intervention der Regierung keinen Erfolg gehabt hätte, da die Nationalisten entschlossen waren, eine solche öffentliche Kundgebung durchzuführen. Auf jeden Fall waren die Erklärungen des Vertreters der Regierung gegen die Konservativen sehr rücksichtsvoll und rechneten allzu viel mit ihrer Reizbarkeit. Die warme und mehrfach wiederholte Versicherung des unbeugsamen Willens, das Deutschtum in den Grenzmarken zu erhalten, stand zu den allgemeinen Versprechungen und unbestimmten Ankündigungen, die an die Polen gerichtet waren, in keinem richtigen Verhältnis.

Der preußische Landtag geht bekanntlich aus einer so einseitig kapitalistischen Wahlordnung hervor, daß seine Zusammensetzung der wirklichen Verteilung der politischen Kräfte im preußischen Staate nicht entspricht. Gegen diese künstliche Wahlordnung, die ein für alle Mal den nationalistischen Parteien die Mehrheit

sichert, führen unabhängige Elemente einen tatkräftigen Kampf, und eine der Hauptlosungen der sogenannten neuen Orientierung in Deutschland ist eine gründliche Reform des preußischen Landtages. Der Kanzler, der mit der Stimmung der großen Mehrzahl des Volkes rechnet, hat unzweideutig erklärt, daß sofort nach dem Kriege die Regierung an die Ausarbeitung der Grundsätze für die neue Wahlordnung herantreten wird. Auf diese Ankündigung haben die Nationalisten durch obigen Beschluß geantwortet, der, obwohl er sich auf die Polen bezieht, doch vor allem gegen den Kanzler gerichtet ist.

Aus Nr. 597 des Czas (Kraufau)

vom 25. November 1916.

Nach der Erörterung im preußischen Landtage.

Das Blatt gibt einen Artikel der „Köln. Volkszeitung“ unter der Überschrift „Ein unglückseliger Tag im preußischen Landtage“ auszugsweise wieder und fährt dann fort:

Das Urteil des ersten katholischen Blattes, das im allgemeinen eine sehr wohlwollende Haltung gegenüber den Konservativen einnimmt, beweist am besten, wie die unabhängige und unparteiische deutsche Meinung den bekannten Antrag in der letzten Sitzung des preußischen Landtages einschätzt. Es war dies ein so empörender Mangel an Takt von seiten der Nationalisten, daß er eine ernste Verurteilung bei allen hervorrufen mußte, die weiter in die Zukunft schauen können. Zwar ging es den Konservativen hauptsächlich darum, den Kanzler zu ärgern; aber bei dieser Gelegenheit haben sie nicht veräuimt, den Polen gegenüber ihre wahren Gefühle zu zeigen, und zwar gerade in einem Augenblicke, da die Notwendigkeit eines Ausgleichs, wenigstens aber einer Milderung der bestehenden Gegensätze, vorliegt, um alle Kräfte zur Besiegung des gemeinsamen Feindes anzuspannen. Statt dessen hat die sinnlose Kundgebung der Nationalisten die Polen gereizt und in ihnen ein unter diesen Verhältnissen verständliches Mißtrauen und verständliche Sorge um die Zukunft geweckt.

Trotzdem sind wir mit der „Köln. Volkszeitung“ völlig einverstanden, daß es sich eigentlich um eine geschmacklose „Episode“ handelt, die eine tiefere Bedeutung nicht besitzt. Die nationalistischen Gruppen, die infolge der künstlichen Wahlordnung die Mehrheit im preußischen Landtage besitzen, vertreten kaum einen geringen Bruchteil des deutschen Volkes und bilden nicht einmal einen Faktor, der in der Politik des deutschen Reiches entscheidend ist. Sowohl der Kaiser als auch der Kanzler lassen sich von ganz anderen Beweggründen bei ihrer polnischen Aktion leiten und werden sich durch das Auftreten der mit der Neuorientierung unzufriedenen Junker von ihrem Wege nicht ablenken lassen. Darum hätte wohl auch der Redner der polnischen Fraktion in Berlin sich auf einen breiteren politischen Standpunkt stellen können und sich nicht mit der übrigens verdienten Kritik der nationalistischen Demonstration zu begnügen brauchen.

Auf jeden Fall wird der Eindruck dieses verhängnisvollen Tages für die Mittelstaaten, wie das Zentrumblatt mit Recht betont, unangenehm und unworteilhaft sein.

Aus Nr. 271 des Dziennik Poznański (Posen).

vom 26. November 1916.

Auf den Artikel des „Posener Tageblattes“ betreffend die polnische „Irredenta“ bemerkt der Dziennik: Soviel das „Posener Tageblatt“. Wir enthalten uns einstweilen einer ausführlichen Antwort auf die obigen Ausführungen des genannten Blattes. Wir werden nur zwei Tatsachen berühren. Das „Tageblatt“

malt das Gespenst einer polnischen Irredenta. Diese wird wahrscheinlich den Platz der früheren polnischen Gefahr einnehmen, in welcher man den Vorwand für die frühere Ostmarkenpolitik fand. In entscheidenden Augenblicken hat sich die „Gefahr“ als Einbildung herausgestellt; Einbildung ist auch die „polnische Irredenta“. Wenn von einer Irredenta die Rede sein kann, so höchstens in dem Sinne, daß sich die Abneigung der Polen gegen eine Politik wendet, deren eifrigster Vertreter und Verteidiger das „Posener Tageblatt“ war. Und weiter die Gefahr des preußischen Staates! In dieser Beziehung werden wir wohl nicht zu einer Verständigung kommen. Wir und mit uns ein großer Teil hervorragender und patriotischer Deutscher meinen, daß diese Gefahr sich mit unserer freien, keine Schranken politischer und polizeilicher Natur gehemmten nationalen Entwicklung ausgezeichnet vereinbaren läßt. Das „Tageblatt“ und ihm ähnliche Blätter sehen in dieser Entwicklung eine Gefahr für den deutschen Staat, und sie sind Gegner einer Änderung der bisherigen Politik. In demselben Geiste war der konservativ-liberale Antrag im preußischen Abgeordnetenhaus gekennzeichnet, den die polnische Fraktion mit Begeisterung begrüßen sollte.

Aus Nr. 131 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 28. November 1916.

Die Irredenta.

So heißt der politische italienische Verein, welcher das „noch nicht befreite Italien“ (irredenta Italia) mit dem italienischen Königreich zu vereinigen sucht. Die politische Aktion dieses Vereins richtet sich hauptsächlich gegen die Herrschaft Österreichs in Tirol und in Triest. Der Verein hat seit Jahrzehnten eine sehr lebhaftige Agitation in Italien getrieben, und die Folge dieser Agitation war der gegenwärtige Krieg Italiens gegen Österreich. Er versuchte früher auch die Italiener, welche in Tirol und in Triest leben, gegen Österreich aufzuwiegen, aber dort hatte er keinen Erfolg. Denn die dortige italienische Landbevölkerung verdiente viel in Österreich durch den Verkauf ihrer Produkte (Obst, Öl, Wein), und der Hafen von Triest, welcher einen Zutritt zum Meere gewährte, bot wiederum eine Quelle des Verdienstes für die italienischen Kaufleute und Arbeiter. Außerdem erfreuten sich die Italiener in Österreich auch vieler nationaler Freiheiten. Deswegen konnte bei ihnen die Irredenta nichts ausrichten.

Jetzt liest man nun ab und zu in den deutschen Blättern, daß man vielleicht in den Ostmarken der preußischen Monarchie mit einer „polnischen Irredenta“ zu rechnen habe. Diese Befürchtung wurde allerdings auch früher von manchen deutschen Blättern von geringer Bedeutung ausgesprochen. Jetzt schreibt aber sogar schon das „Berliner Tageblatt“, welches in Deutschland sehr viel gelesen wird, anlässlich der letzten Erklärung der polnischen Fraktion im preußischen Landtage: „Diese Erklärung (der Polen) klingt beinahe wie die Proklamierung einer polnischen Irredenta.“

Wir würden aber auch dieser Stimme noch keine Beachtung schenken, wenn sie nur vereinzelt dastände. Leider findet sie heute schon Widerhall in allen Provinzblättern Deutschlands. Das könnte unserer Sache doch schon einen beträchtlichen Schaden bringen. Denn nach dem alten Sprichwort, daß jede Verleumdung immer gewisse Spuren hinterlasse, — calumniare audacter, semper quidquam haeret —, kann diese an und für sich schon für jeden Politiker interessante Phrase von einer „politischen Irredenta“ an unserem Leibe kleben bleiben und uns neue Gegner schaffen.

Unsere politische Lage ist aber wahrlich keine so außerordentlich glückliche, daß es uns ganz gleichgültig

sein sollte, ob wir mehr oder weniger Feinde haben. Die öffentliche Meinung ist übrigens doch eine Macht, mit welcher auch die größten Staaten rechnen müssen. Wie sollte es denn uns nicht darauf ankommen, wie über uns geurteilt wird?

In denjenigen deutschen Blättern, welche als Organe der Rechten des preußischen Landtages gelten, wurde ja so wie so schon oft die Befürchtung ausgesprochen, daß das neue Königreich Polen den inneren Frieden in den polnischen Landesteilen Preußens unvorteilhaft beeinflussen werde. Jetzt tritt zu dieser Befürchtung in ganz unzweideutiger Weise noch der Verdacht hinzu, daß eine „polnische Irredenta“ d. h. das Bestreben, die Ostmarken dem preußischen Staate zu entreißen, vorbereitet werde. Diesem Verdacht kann später sehr leicht ein Druck auf die Regierung folgen, daß sie bei Leibe nur kein Vertrauen den Polen schenke, und deswegen die weitere Entwicklung der Selbstständigkeit Polens nach Kräften zu verhindern suche, sowie auch der polnischen Bevölkerung in Preußen keine Zugeständnisse mehr mache. Obwohl wir nun selbst zu den aufrichtigen Absichten der Regierung Vertrauen haben, so kann uns doch die neue Art der uns feindseligen Agitation, welche sich auf die Phrase von „einer polnischen Irredenta“ stützt, nicht gleichgültig bleiben.

Deswegen machen wir alle diejenigen, welche diese Phrase aufgebracht haben, vor allem darauf aufmerksam, daß der Sitz der Irredenta niemals dasjenige Land, welches die Irredenta als das Ziel seiner Bestrebungen betrachtete, also nicht das „noch nicht befreite Italien“, sondern das Ausland war. Von diesem aus wurde die politische Agitation der Irredenta geleitet. Die Irredenta ging bei ihren Bestrebungen von der Hoffnung aus, daß das Mutterland das zu erlösende Gebiet dereinst mit sich vereinigen und in seinen Staatsorganismus aufnehmen werde.

Wenn man nun diese Tatsache in Beziehung zu den nationalen Verhältnissen in den Ostmarken der preußischen Monarchie bringt, so könnte eine polnische Irredenta nur in dem unabhängigen Königreich Polen entstehen, von wo aus sie ihre Agitation auf die preußischen Ostmarken übertragen würde, um unter den dort wohnenden Polen die Hoffnung zu erwecken, daß es selbst imstande wäre, die polnischen Landesteile der preußischen Monarchie früher oder später zu annektieren. Die Polen müßten dann also auch einen Krieg ihres neuen Königreichs mit Preußen für möglich und erwünscht halten. Anders kann man sich eine polnische Irredenta gar nicht vorstellen und umso weniger ihre Möglichkeit begründen.

Diejenigen nun, welche die Gefahr einer politischen Irredenta durchaus an die Wand zu malen suchen, vergessen aber vor allem das Eine, das seit dem 5. November der Begründer und zugleich der Schirmherr des neuen Königreichs Polen der deutsche Kaiser ist, und daß die ganze Zukunft Polens sich auch in der Zukunft nur auf ein Bündnis mit Deutschland und Österreich Ungarn stützen kann. Ohne dieses Bündnis würde Polen zweifellos wieder unter die absolute Herrschaft Rußlands geraten. Und was eine solche Herrschaft für die Polen zu bedeuten hat, das ist wohl ziemlich allgemein bekannt. Um es richtig zu begreifen, braucht man nur jetzt die in Rußland durch und durch feindliche Stimmung zu beobachten, welche unter der polnischen Bevölkerung der früher zu Rußland gehörenden polnischen Gebiete herrscht. Diese Bevölkerung hat jetzt doch entschieden gegen Rußland Stellung genommen und zieht sogar die schwere Arbeit an dem Wiederaufbau ihrer eigenen Selbstständigkeit der scheinbar so bequemen russischen Autonomie vor. Nachdem nun die Polen in dem neuen Königreich auf diese Weise schon alle Brücken, welche nach Petersburg führen, zerstört haben, müssen sie selbstverständlich einen

neuen Halt in Berlin suchen, und deswegen ist es ganz ausgeschlossen, daß sie sich auf eine dem preußischen Staate feindliche Agitation jenseits ihrer Grenzfläche im Westen je einlassen würden.

So muß auch eine „polnische Irredenta“ einem jeden, der die Sache objektiv beurteilt, als ein Ding der Unmöglichkeit erscheinen, und man kann sich wirklich darüber nur wundern, daß sie als ein Schreckgespenst für Deutschland in einigen deutschen Blättern überhaupt auftauchen konnte. Wir protestieren deshalb auch gegen diese neue Art der Verdächtigung des polnischen Volkes, und wir protestieren auch schon aus dem Grunde, weil die Polen in Preußen, wie wir es schon oft genug betont haben, allen ihren Pflichten gegen den preußischen Staat nachkommen.

Aber wie es scheint, dürfen wir in Deutschland jetzt noch nicht so leicht auf die Anerkennung unserer Loyalität rechnen, denn wenn uns unsere Taten auch nicht schaden, so schaden uns unsere Worte. Aber eine Reform der Worte und etwaiger Erklärungen ist doch immer noch leichter, als eine Reform der Taten, wenn man uns solche jemals zum Vorwurf machen könnte.

Zu unserer Genugtuung müssen wir aber feststellen, daß ein bedeutender Teil der deutschen Presse die Worte, welche zu einer solchen Verdächtigung unserer Loyalität in einem anderen Teil dieser Presse geführt haben, nicht so tragisch auslegt und ohne jedwede Beängstigung die uns versprochene Änderung der polnischen Politik zu unseren Gunsten erwartet.

Aus Nr. 141 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 26. November 1916.

Zu dem Projekt der vaterländischen Zivildienstpflicht schreibt die „Gazeta Grudziadzka“:

Weil zum Deutschen Reiche auch die Polen gehören, so wird das Gesetz auch auf sie Anwendung finden. Bedingung der allgemeinen Arbeitspflicht sollte nach unserer Meinung sein die Gleichberechtigung aller Bürger des Staates, unter anderem also auch die Aufhebung aller Ausnahmegeetze und feindlichen Praktiken gegen die Polen und andere Völker. Wir betonen das immer wieder.

Wir haben nicht bemerkt, daß in der Zeit der Beratungen im Hauptausschusse des Reichstages der Vertreter der polnischen Fraktion bis jetzt darauf aufmerksam gemacht hätte.

Aus Nr. 157 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 24. November 1916.

Die Hornbläser der Nationaldemokratie.

Von einem angesehenen Bürger erhalten wir folgende Zuschrift:

In Posen und ebenso in der Provinz besitzt die Nationaldemokratie besondere Abteilungen von Hornbläsern. Dieselben unterscheiden sich wesentlich von den Hauptanguren der Nationaldemokratie. Die letzteren sind die eigentlichen Leiter der Partei. Sie haben die ganze Strategie in der Hand, entwerfen Pläne für die große auswärtige Politik und verwalten seit Jahren zugleich das Ressort der inneren Politik, indem sie das ganze polnische Volk an die Alleinherrschaft der Nationaldemokratie zu gewöhnen und deshalb auch jede andere Strömung zu unterdrücken suchen. Sie arbeiten zielbewußt und meistens sehr gewandt; sie betreiben in großem Maßstabe die Kunst der Suggestion, sie verstehen anderen einzureden, daß die Anschauungen der Nationaldemokratie mit den Anschauungen des ganzen polnischen Volkes identisch seien, sie nutzen bald die politische Ignoranz, bald die nationale Apathie, den Patriotismus und selbst die Nerven-

schwäche aus; wo es nottut, terrorisieren sie auch durch die Fiktion, daß ihnen allein die Leitung und das Kommando über die gesamte öffentliche Meinung unter den Polen gebühre, verstehen sie sogar ihre politischen Gegner zu blenden und zu locken. Mit einer einzigen verständnisvollen Geste wissen sie den Glauben an ihre Toleranz zu wecken und gewinnen so auch in jenen Kreisen, die von ihnen unabhängig sind, gar manches Individuum, welches bis dahin zwar seiner politischen Überzeugung nach handelte, aber persönlich niemals offen gegen die Nationaldemokratie aufzutreten wagte.

Diesen Anguren wurden nun von Seiten der Nationaldemokratie die Hornbläser als Hilfskorps zugeellt. Die Hornbläser befaßen sich nicht mit der Strategie der Partei. Sie sind nur Herolde und Barden der nationaldemokratischen Armee; sie bilden gleichsam ihre helle, laute Musik. Sie marschieren deshalb auch immer vor der Front der Armee, um die Kriegspläne derselben auszukuppeln und ihre künftigen Siege im voraus zu verherrlichen. Sie rollen die schlaue gedeckten Karten auf und siegestrunken verkündigen sie der ganzen Welt, wie schwer die Feinde der Nationaldemokratie ihr Unrecht büßen und wie kläglich sie alle dereinst zu Grunde gehen müssen.

So wird auch gegenwärtig in den Posener Kaffeehäusern sowie in den verschiedenen Sammelpunkten der Nationaldemokratie in der Provinz schon wieder manches erzählt, was den Gegnern der Nationaldemokratie als Warnung dienen soll.

Namentlich spricht man jetzt vor einer radikalen Säuberung der polnischen Fraktion und von ihrer künftigen, endgültigen Bezwingung durch die Nationaldemokratie. Ein Vorpiel hierzu bildet schon die Aktion, welche zwecks Ausschließung des früheren Abgeordneten Kulerski aus den Fraktionsitzungen ins Werk gesetzt wurde. Herr Kulerski kam nämlich früher öfters noch als Gast zu den Fraktionsitzungen und nahm teil an der Debatte, wie es sonst auch bei allen anderen Abgeordneten vierzig Jahre hindurch üblich war. Da aber Herr Kulerski später schon zu selbständigem Auftreten und außerdem noch Mitglied der Volkspartei war, wodurch allein er schon in den Augen der Aristokraten der nationaldemokratischen Bourgeoisie als sehr gefährlich erscheinen mußte, wurde auf ihn, um ein Exempel zu statuieren, eine richtige Treibjagd in allen ihren nationaldemokratischen Organen veranstaltet. Es wurde ihm von den Herren Redakteuren schließlich ganz einfach untersagt, an den Sitzungen der polnischen Fraktion teilzunehmen. Gleichzeitig erhielten viele andere Mitglieder der Volkspartei, — denn gerade gegen die Volkspartei wütete der „Furor“ der Nationaldemokratie immer am meisten — Drohbriefe und Verwarnungszirkulare für den Fall, daß auch sie sich vor den Kommandeuren der Nationaldemokratie nicht beugen — schon aus Achtung vor ihren Dokortiteln — nicht auf die Knie fallen und schließlich auf jeden eigenen politischen Gedanken und Willen nicht verzichten sollten.

An dieser Treibjagd beteiligten sich am meisten und lautesten die radikalen Satelliten der Nationaldemokratie, welche eigentlich auch stets den zuverlässigsten Teil der nationaldemokratischen Garde bildeten.

Bis dahin suchten die Anguren der Nationaldemokratie allerdings wenigstens noch den Schein zu wahren, als ob die polnische Fraktion die Repräsentantin des ganzen polnischen Volkes wäre. Das war selbstverständlich nur eine Fiktion, welche auf die breiten Schichten des polnischen Volkes wirken sollte, denn die Eingeweihten wußten schon längst, daß die Direktive für die polnische Fraktion nur von den Redakteuren einiger Blätter ausging, welche der Nationaldemokratie vollständig ergeben waren. Jetzt soll aber auch diese Fiktion schwinden. Die polnische Fraktion soll näm-

lich für die Zukunft auch schon nach außen hin nichts anderes sein, als nur eine Expositur der nationaldemokratischen Politik, als die Repräsentantin einer Partei. Eine sehr interessante Aufklärung über diese Zustände in der polnischen Fraktion gab vor einigen Monaten der „Kurjer Słaski“.

Man verbreitet jetzt auch schon die Nachricht, daß eine Reform und eine Verschärfung der Statuten der polnischen Fraktion — selbstverständlich im Sinne der nationaldemokratischen Genossenschaft — erfolgen soll. So wird natürlich auch der Gewissenszwang in der Fraktion zustandekommen, und die polnische Fraktion wird dann tatsächlich zu einer offiziellen Vertreterin des „Kurjer Poznański“, des „Dziennik Kujawski“ und des „Dziennik Berliński“ degradiert werden.

Es handelt sich aber hierbei auch noch um etwas anderes. Die katholischen Volksschichten und ebenso die anderen ihnen verwandten Zentren des politischen Lebens im polnischen Volke wünschen, daß die polnische Fraktion den katholischen Überlieferungen des polnischen Volkes gemäß in ihr Statut als ersten Paragraphen auch den Beschluß aufnehme, daß die polnische Fraktion in allen ihren Handlungen stets den Standpunkt einer römisch-katholischen Anschauung vertreten müsse.

Dieses Postulat ist eigentlich selbstverständlich und kulturell auch vollständig berechtigt. Denn das ganze öffentliche Leben steht doch mit den Prinzipien der katholischen Kirche im engsten Zusammenhange. In erster Linie läßt sich ein solcher Zusammenhang in der sozialen Gesetzgebung feststellen. Auf diesem Gebiete muß nun nämlich für einen Katholiken sofort klar sein, ob ein Gesetz gut oder schlecht sei. Die monumentalen päpstlichen Enzykliken und Bullen enthalten nämlich für ihn in dieser Hinsicht schon ganz bestimmte Weisungen. Die katholische Kirche, welche über den Kampf zwischen den einzelnen Klassen, Volksschichten und Berufen nicht unterrichtet ist, nimmt in solchen Fragen einen ausgeprägt vermittelnden Standpunkt ein. Ebenso muß auch auf dem ökonomischen Gebiete vom katholischen Gesichtspunkt aus die eine Handlung ohne weiteres als erlaubt, die andere wiederum als unerlaubt erkannt werden. Auch hier prallen ja die Gegensätze gar oft mit voller Wucht gegen einander. Und da kommt das katholische Prinzip wiederum so recht zur Geltung. Es hilft die Schwierigkeiten heben, die Gegensätze mildern und beugt vor allem jeder Ausbeutung des einen Teils durch den anderen vor. Und zum Schluß nun die Politik. Wie oft bildet diese gerade den Gegenstand unerquicklichen Streites und Gezänks, eines unerbittlichen Hasses, eines leidenschaftlichen Kampfes, wenn gegenüberstehenden persönlichen Interessen die Anschauungen mit einander in Kollision geraten! Da tritt die Kirche nun mit ihrer Warnung dazwischen: „Suchet zuerst das Reich Gottes, und alles andere wird euch gegeben werden.“ Also auch hier kommt der mildernde und vermittelnde Einfluß der ewigen Weisheit der Kirche zu seinem Rechte, weil auch hier doch die Beobachtung der göttlichen Gebote und Gesetze sich so notwendig erweist. Die Kirche legt aber niemandem Zwang auf; sie rektifiziert nur die krummen Parte Wege und Einseitigkeiten, sie gebietet auch in politischen Kämpfen Maß zu halten und die heilige Pflicht der Nächstenliebe nicht zu vergessen.

Ein Katholik, der auf das Wort seiner Kirche hört, wird sich deshalb auf keinem Gebiete des öffentlichen Lebens eine moralische Blöße geben; er wird niemals auf Abwege geraten. Deshalb müßte für eine römisch-katholische Vertretung des polnischen Volkes die Einstellung eines diesbezüglichen Paragraphen in ihr Statut eigentlich selbstverständlich sein und dürfte, man könnte es doch annehmen, auf eine Opposition überhaupt nicht stoßen. Und trotzdem schreibt die National-

demokratie und ihr Anhang vor einer solchen Einstellung wie vor dem Feuer zurück. Die Motive und die Absicht sind hier klar. Die Nationaldemokratie hat eben keine katholische Basis, und sie würde sich durch einen solchen Paragraphen in der rückichtslosen Ausbeutung ihres Einflusses und ihrer geheimen Pläne sehr beeengt fühlen. Übrigens hat sie ja schon in unserer Diaspora früher Versuche gemacht, den Einfluß der Kirche direkt zu untergraben. Vor dem Kriege konnte man im „Dziennik Berliński“ und auch in anderen Organen der Nationaldemokratie sogar ein wirkliches Programm für solche Bestrebungen lesen. Die Kirche sollte nach den Enunziationen dieser Blätter zu einer Dienerin der nationalen Sache gemacht werden; sie sollte nicht mehr ihre Richtschnur und Vermittlerin bleiben. Daß darunter aber die nationale Sache selbst am meisten leiden würde, darum bekümmern sich diese Blätter nicht. Hauptsache ist für sie, daß die Kirche keine moralische Kontrolle mehr ausüben dürfe. „Ni Dieu ni maître“, — das ist die alte Parole der französischen Revolution.

Kein Wunder also, daß die Nationaldemokratie sich mit aller Macht dagegen wehrt, daß die polnische Fraktion in katholische Bahnen trete, aus dem Grunde, weil sie eben das Statut der Fraktion noch rechtzeitig durch drakonische Vorschriften verschärft. Aber die polnische Fraktion soll nach ihrer Ansicht auch nicht den wahren Stempel dieser nationaldemokratischen Tendenzen an ihrer Stirn tragen; sie soll nach außen hin nicht als antikatholisch erscheinen. Das bei Leibe nicht. Und daher die Feindschaft vor allem gegen die katholische Volkspartei, deren Organ es einmal gewagt hat, eine Anspielung auf die Einflüsse der Freimaurer bei uns zu machen. Davon wissen übrigens auch die Hornbläser der Nationaldemokratie viel Interessantes zu erzählen.

Die vernünftigen Leute bei uns wundern das alles nicht, aber es schreckt sie auch nicht mehr. Sie wissen doch ganz genau, daß die polnische Fraktion in Wirklichkeit schon seit langer Zeit nicht mehr alle politischen Richtungen des polnischen Volkes vertritt, sondern daß sie im Endresultat immer nur die Expositur einer politischen Gruppe, einer Partei war. Sie wissen auch weiter, daß gerade die katholische Frage stets den wunden Punkt der Nationaldemokratie und ihrer Genossen, welchen Berufs sie auch wären, bildete. Die Nationaldemokratie fürchtet ganz einfach die echt katholische Gesinnung des polnischen Volkes. Deswegen sucht sie mit aller Gewalt zu verhindern, daß die Austragung mit ihr gerade auf das katholische Gebiet verlegt werde. Sie weiß nämlich, daß ihr dann ganz neue Gegner aus den Reihen des polnischen Volkes erstehen würden, welches bis dahin aus seinem politischen Schlafe noch nicht erwacht ist. Sie weiß auch weiter, daß sie, zu welcher Gesellschaftsklasse sie auch immer gehören und in was für Federn sie sich auch immer schmücken möge, auf diesem Gebiet nicht mehr standhalten und die Schlacht verlieren werde.

Das wissen die Nationaldemokraten, aber das wissen ihre Gegner auch, und sie werden jetzt dieses Gebiet schon selbst aufsuchen. Für sie, welche die wahren Verfechter der Sache ihres Vaterlandes sind, gibt es jetzt nur noch eine Losung: „In hoc signo vinces“. Unter diesem Zeichen muß jetzt die gute Sache zum Siege schreiten. Deshalb: Vorwärts, zum Kampf für die katholische Sache im Namen des polnisch-katholischen Volkes!

Denn es handelt sich jetzt nicht allein um die polnische Fraktion und ihr Statut. In allen unseren sozial-politischen Institutionen finden wir ja heute schon überall das Stigma des Liberalismus, und nirgends den Stempel des Katholizismus. Nach den Satzungen dieser Institutionen haben jedoch die Mitglieder derselben wenigstens noch die Möglichkeit Postulate im

katholischen Sinne zu stellen. Deswegen müssen jetzt alle davon Gebrauch machen. Und sollten sie kein Gehör finden, so müssen sie sofort zu einer energischen wirkungsvollen und lebhaften Agitation schreiten. Deswegen rufe ich euch, ihr katholischen Männer und Frauen, schon heute zu: Ergreift das Banner des Katholizismus und laßt es nicht aus euren katholischen Händen, bis die Hornbläser der Nationaldemokratie endlich zum Rückzug geblasen haben. Ihr werdet siegen, wie auch eure Väter in einer gleichen Lage gesiegt haben. Laßt euch nur nicht durch diejenigen irreführen, welche mit falschen Federn geschmückt zu euch kommen! Sehet nicht darauf, wer zu euch spricht, sondern was er spricht, und gebet genau acht, ob er nur in der Maske eines Verteidigers der katholischen Sache vor euch tritt oder ein Verteidiger eurer heiligen Kirche wirklich ist. Höret nicht auf „inhaltsleere Vorträge“, sondern nur auf das wahre Wort Gottes!

In hoc signo vinces!

Aus Nr. 142 der Gazeta Grudziaska (Graudenz)
vom 29. November 1916.

Unter der Epizmarke „Der galizische polnische Landtag und die Verkündigung der Unabhängigkeit Polens“ schreibt das Graudenzener Blatt u. a. folgendes: „Damit unsere polnischen Abgeordneten in Berlin wüßten, wie wahrhaft tüchtige Politiker und kluge Köpfe verfahren, bringen wir eine Beschreibung der Feier, welche die Abgeordneten des galizischen Landtages in Krakau veranstaltet haben (es folgt die kurze Beschreibung der Feier und der Wortlaut der Rede des Vorsitzenden der polnischen Fraktion, Dr. Leo Bilinski).“

So also sprechen und verfahren wahrhaft tüchtige Politiker und kluge Leute. Wenn sie nicht alles erreichen können, was sie zu erreichen wünschen, dann bemühen sie sich, das zu erlangen, was für das Volk zu erlangen möglich ist, und sie freuen sich alsdann über das, was sie erreicht haben, wenn das auch andere und nicht sie erreicht haben. In jedem Falle werden sie nicht unwillig und treiben keine Politik der Klagen dann, wenn das am allerwenigsten am Platze ist. Diese flammenden Worte des Vorsitzenden des Wiener Polenklubs werden wohl unserem ganzen Volke zu Herzen gehen. Vielleicht werden unsere Abgeordneten in Berlin aus dieser Rede etwas lernen.

Aus Nr. 123/127 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 22./25. November 1916.

„Die russische Autonomie.“

Diese Worte enthalten zwei verschiedene Begriffe, welche einander vollständig widersprechen. Deswegen dürfen sie eigentlich auch gar nicht zu einem gemeinsamen realen Begriffe verbunden werden. Sie könnten höchstens in ihrem Zusammenhang als eine rein theoretische Bezeichnung für die unmögliche Vermengung der Freiheit und der Sklaverei oder des Feuers und des Wassers gelten. Und trotzdem bildet diese russische Autonomie den Gegenstand aller Herzenswünsche einer glücklicherweise nur geringen Gruppe jener polnischen Politiker, welche als Vertreter der Nationaldemokratie in der Schweiz den Protest gegen die Gründung des Königreichs Polen unterzeichnet haben.

In einer unserer letzten Nummern haben wir diese Herren „polnische Emigranten“ genannt, weil ihre gegenwärtige Lage eine gewisse Verwandtschaft mit der Lage der polnischen Emigranten aus dem Jahre 1831 aufweist. Und doch ist diese Verwandtschaft keine

wirkliche, wesentliche, sondern nur eine rein äußerliche formale. Denn unsere Emigranten aus dem Jahre 1831 waren Helden, welche für die Freiheit des polnischen Volkes gegen Rußland kämpften, welche die ihnen nachher vom Zaren Nikolaus angebotene Amnestie zurückwiesen und unter Verzichtleistung auf ihr Hab und Gut, welches sie dem Feinde als Raub zurückließen, mit dem Bettelstab nach Frankreich zogen. Als sie, unterwegs überall mit dem größten Enthusiasmus von der deutschen Bevölkerung begrüßt, nach Frankreich kamen, suchten sie im polnischen Volke auch von dort aus das Bewußtsein seiner Zugehörigkeit zu der Kultur des Westens zu stärken. Sie selbst gaben sich der Hoffnung hin, daß sie jetzt mit Hilfe Frankreichs und Englands den blutigen Kampf gegen Rußland würden von neuem aufnehmen können. Sie wurden aber, wie allgemein bekannt, in ihren Hoffnungen bitter getäuscht, obwohl die Unterhandlungen mit Frankreich und England von den angesehensten und genialsten Männern aus ihrer Mitte geführt wurden. Sie behielten aber die Leitung der polnischen Politik auch dann noch in ihrer Hand. Und sie konnten sich insofern für hierzu berechtigt halten, als sie tatsächlich, wie alle diejenigen, welche im Jahre 1831 ihr Vaterland verlassen mußten, zu den tüchtigsten Männern des polnischen Volkes gehörten. Trotzdem hat ihre spätere Politik schon gar manchen Mißgriff zu verzeichnen. Was war nur die Ursache davon? Es kam daher, daß man ganz einfach die Politik eines Volkes aus der Ferne überhaupt nicht leiten kann. Man muß eben in der Heimat leben und den Gang der politischen Ereignisse aus der Nähe verfolgen, wenn man auf Grund von Tatsachen, und nicht nach seiner subjektiven, nur in der Ferne gereiften, oder gar veralteten Anschauung sich ein politisches Urteil bilden und dieses Urteil dann seinem Volke schon als ein politisches Gebot verkünden will.

Daran dachten eben auch die in der Schweiz lebenden Epigonen jener großen Männer nicht, die im Jahre 1831 ihr Vaterland verlassen mußten. Auch sie wollten jetzt, wie ihre großen Vorgänger aus der Ferne über das Schicksal des polnischen Volkes entscheiden. Aber ihnen fehlte vor allem schon der nationale Nimbus, welcher die Helden der letzten Kämpfe Polens gegen Rußland zur Leitung der Geschicke ihres Volkes doch wenigstens einigermaßen berechtigte.

Denn die Emigranten aus dem Jahre 1831 waren Patrioten, welche für ihr Vaterland schon alles gewagt und auch alles geopfert hatten. Sie bildeten auf Grund dessen für das polnische Volk später gleichsam eine heilige Legion, in welcher solche Männer ihre weiteren Dienste dem Vaterlande anboten, deren Namen und Verdienste für alle Zeiten unvergänglich bleiben werden.

Und heute? Heute gehören fast ausnahmslos zu den Tüchtigen, Opferwilligen und patriotisch Gesinnten gerade diejenigen, welche in ihrer Heimat geblieben sind. Eine Ausnahme bilden natürlich jene Männer, welche, wie Heinrich Sienkiewicz, die polnische Kultur als die geistigen Vertreter Polens im Auslande zu vertreten haben und deshalb auch befugt sind, die kulturelle und charitative Tätigkeit der Polen im Auslande zu leiten.

Aber solche Männer und solche Namen finden wir in den Unterschriften des gegen die Wiederherstellung Polens gerichteten Protestes nicht.

Für einen jeden Polen besteht doch heute nur die Wahl, sich entweder für das neu entstandene Königreich Polen oder für das mit Verheißungen gepackte Programm des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch zu erklären. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht, denn die sogenannte politische Neutralität ist im Grunde genommen doch nur ein leeres Wort, hinter

welchem sich meistens das Russophiletum oder aber eine vollständige Gleichgültigkeit gegen die nationale Sache versteckt.

Die polnischen Emigranten in der Schweiz haben aber jetzt gegen die Wiederherstellung des Königreichs Polen durch die Centralmächte protestiert. Sie haben sich auf diese Weise für das russische Programm erklärt. Wir wollen uns deshalb die Begründung dieses Protestes näher ansehen. Es heißt dort:

„Das polnische Volk ist einheitlich und unteilbar. Sein Bestreben, einen eigenen Staat zu besitzen, schließt alle drei Teile Polens ein und kann deshalb ohne Vereinigung derselben nicht befriedigt werden. Eine solche Vereinigung erwarten die Polen in erster Linie nach dem gegenwärtigen Kriege, nach jenem Kriege, für welchen die Losung „Freiheit und Selbständigkeit der Völker“ ausgegeben wurde. Durch die angekündigte Bildung eines polnischen Staates ausschließlich aus den okkupierten Gebieten, also ausschließlich aus einem Teile Polens, werden deshalb nicht nur die Forderungen der Polen nicht befriedigt, sondern auch die früher vollzogenen Teilungen Polens bestätigt.“

Die Verfasser des Protestes gehen hier von dem ganz falschen Grundsatz aus, daß die Grenzen, in welchen ein Volk lebt, zugleich die Grenzen seines Staates sein müssen. Die Praxis zeigt aber leider etwas Anderes. Es gibt nämlich, tatsächlich nur sehr wenige Völker, welche die Möglichkeit haben, nur innerhalb der Grenzen ihrer eigenen Staaten sich zu entwickeln, denn die Grenzen eines Staates werden durch die Macht und die Stärke des Staates selbst und nicht durch die Wünsche des betreffenden Volkes bestimmt. In dieser Tatsache kann auch kein Protest etwas ändern. In dem gegenwärtigen Kriege werden wahrscheinlich ebensowenig wie in allen vorhergehenden Kriegen alle Bestrebungen „einen eigenen Staat zu besitzen“ befriedigt werden können, aber daraus folgt noch keineswegs, daß wir jetzt die Befreiung des Königreichs Polen nicht mit Freude begrüßen sollten, auch wenn in dieses Königreich nicht das ganze polnische Volk eingeschlossen ist.

Diese unsere Ansicht wird auch von der polnischen Fraktion in Galizien geteilt, welche anlässlich des Manifestes der beiden Kaiser in Krakau zusammentrat, um ihrer Freude über die Proklamierung eines selbständigen polnischen Staates Ausdruck zu geben. Die Festsetzung der Fraktion fand im Stadtwortordneten-saal statt, und während derselben hielt der Vorsitzende der Fraktion, Dr. Leo Bilinski, eine glänzende Rede. Den Wortlaut dieser Rede teilen wir heute an einer anderen Stelle mit, hier bringen wir nur den folgenden Passus aus derselben:

„Die polnische Fraktion begrüßt die Wiederherstellung Polens mit patriotischem Enthusiasmus, mit welchem sie zugleich das Gefühl der höchsten Anerkennung und des wärmsten Dankes gegen den großmütigen Monarchen vereinigt, welcher zusammen mit seinem mächtigen Bundesgenossen zum Begründer des neuen Königreichs wurde.“

Polen wird jetzt, wenn auch nur teilweise, als ein freier, unabhängiger Staat wieder aufgebaut. Damit wird dem Gebot der geschichtlichen Gerechtigkeit Genüge getan und das allgemeine Rechtsbewußtsein wieder hergestellt. Wir danken dafür den Centralmächten. Und diesen Dank schuldet ihnen nicht nur das polnische Volk, sondern auch die ganze zivilisierte Welt.“

Vor dieser Rede fand noch eine feierliche Messe in der Marienkirche statt. Sie wurde von dem früheren Metropolit von Mohilew, dem Erzbischof Simon zelebriert, welcher vor Jahren von den Russen im Kerker gehalten, später aber freigelassen wurde. Der Bischof von Przemyśl Dr. Pelczar hielt eine zündende Predigt, in welcher er zugleich mitteilte, daß

der polnische Episkopat im nächsten Jahre eine Wallfahrt nach Czestochau veranstalten wird, um der Königin von Polen (der Mutter Gottes) für die erhaltene Unabhängigkeit zu danken.

Eine solche Stellung hat also Galizien durch seine Bischöfe und seine politische Vertretung in Wien zu dem neuen Königreich Polen, in dessen Bereich es doch selbst auch nicht aufgenommen war, eingenommen. So hat es verstanden, in seinen Forderungen das richtige Maß zu halten, eine Methode, die ihm bis dahin stets nur Vorteile gebracht hat. Galizien hat sich dabei von der Erwägung leiten lassen, daß die Gründung eines polnischen Staates für das polnische Volk an und für sich schon von gewaltiger Bedeutung sei, weil durch dieselbe die den Polen seit der Teilung Polens abgesprochenen Rechte wieder anerkannt wurden und die Sache Polens eine neue, internationale Grundlage erhielt. Galizien weiß übrigens mindestens ebenso gut wie die Nationaldemokraten, welche den Protest in der Schweiz unterzeichnet haben, daß noch viele Opfer werden gebracht werden müssen, bis Polen im vollen Sinne des Wortes wiederhergestellt sein wird, aber Galizien läßt sich dadurch keineswegs abschrecken. Denn seit wann schreckt denn der Pole vor Opfern zurück, wenn es sich um die Freiheit seines Vaterlandes handelt?

„Das polnische Volk ist einheitlich und unteilbar“ — schreiben die polnischen Emigranten in ihrem Proteste. Das trifft zu — aber nur für das geistige Gebiet. In diesem Sinne ist das polnische Volk auch bis dahin trotz der Teilung Polens einheitlich geblieben und es wird dann noch einheitlich bleiben, wenn dem künftigen polnischen Staate nicht alle Länder der ehemaligen polnischen Republik einverleibt sein werden.

Davon, daß alle polnischen Landesteile in den künftigen Staatsorganismus eingeschlossen werden sollten, war übrigens während des ganzen gegenwärtigen Krieges überhaupt nicht die Rede. Wir konstatieren diese Tatsache mit allem Nachdruck und bitten zugleich, daß sie sowohl von denjenigen Herren wohl erwogen werde, welche den Protest unterzeichnet haben, als auch von allen anderen, welche sich etwa hier und da mit dem Inhalt des Protestes einverstanden erklären sollten.

Selbst Rußland hat in Wirklichkeit nie daran gedacht, allen polnischen Ländern eine Autonomie zu gewähren. Nur der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch soll sich mit dem Gedanken getragen haben, das Großherzogtum Posen mit einer russischen Autonomie zu beglücken, — wenn es ihm gelingen würde, dasselbe zu erobern, aber bevor dieser Termin für ihn gekommen war, hat der Zar bereits den eroberten Teil Galiziens seiner bisherigen Autonomie beraubt, und er war auch schon an der Arbeit, dieses „seit Menschengedenken russische Land“ zu „entpolonisieren“. Er hat nachträglich diesem „russischen“ Lande auch die westlich des San liegenden Kreise einverleibt, obwohl dort inmitten einer kompakten polnischen Bevölkerung nur einige Häuflein der Ruthenen wohnen.

Die Wohltaten der russischen Autonomie sollte selbstverständlich auch das Chelmer Land, ein Teil des Gouvernements Lublin, niemals kosten. Ebensowenig durfte das polnische Litauen, dessen Schicksal bis dahin noch nicht entschieden ist, als ein ebenfalls „echt russisches“ („istinno ruskij“) Land erwarten, daß es an solchen Wohltaten sich wird jemals beteiligen können.

Wer den heutigen polnischen Staat deswegen ablehnt, weil er nicht das Ganze umfaßt, der möge sich dessen bewußt sein, daß die Verbindung aller Teile Polens in diesem Kriege von keiner Regierung in der oder jener Form geplant war. Sowohl die russische Autonomie, als auch der polnische Staat belassen Millionen von Polen außerhalb ihrer Grenzen.

Vergleichen wir den Wert der einen oder der anderen Kombination:

Der Aufruf erwartet die Erfüllung der Lösung des gegenwärtigen Krieges, welche lautet „Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.“ Nun, wir stellen fest, daß Rußland Polen die Freiheit oder die Unabhängigkeit sogar nicht einmal versprochen hat. Polen sollte ein unlösbarer Teil des Zarats verbleiben, was die Unabhängigkeit ausschließt. Und die Freiheit dieses Teiles wäre nur von der Gnade oder Ungnade der russischen Regierung abhängig. Von einer Autonomie kann man ernsthaft da sprechen, wo die damit bedachte Nation an sich eine solche Macht bildet, daß der Staat, der diese Nation angehört, mit ihr rechnen muß. Solche Fälle kommen in Österreich vor. Aber wo ein von einer Autonomie umfaßtes Volk eine kleine Minderheit in einem riesigen Staate ist, da werden seine Rechte immer nur von dem guten Willen dieses Riesen abhängen. Aber einen solchen guten Willen bei den Vertretern Rußlands voraussetzen, das wäre entweder Unkenntnis der Geschichte oder Unfähigkeit, aus ihr Schlüsse zu ziehen.

Rußland hat Polen das Versprechen seiner Gnade hingeworfen; es versprach, die Fesseln der Sklavin bis zu einem gewissen Gnade zu lockern, aber von dem Sprengen derselben hat Rußland sogar nicht einmal zu sprechen geruht. Es wäre Naivität, anzunehmen, daß England und Frankreich Rußland dazu gezwungen haben würden. Daß diese beiden Länder die polnische Frage für eine innere Angelegenheit Rußlands ansehen, das beweist der Umstand, daß sie jetzt Rußland selbst überlassen haben, gegen die Proklamierung des unabhängigen Polens zu protestieren. Sie mischten sich nicht in diese für sie sehr unlegene Sache, um sie nicht zur internationalen zu machen, aber sie schlossen sich dem Protest durch den Mund Briands und Asquiths an.

Die Mittelmächte haben Polen als frei, als anderen Staaten kordiniert anerkannt. Daß sie Polen zu ihrem Schaden nicht die Lande abgeben, die sie besitzen, und die früher zum Freistaate gehört haben, darüber wird sich niemand wundern, der die Sache nüchtern und ruhig betrachtet. Bilden sie doch den polnischen Staat nicht zu dem Zwecke, um sich zu schwächen, sondern um sich zu stärken.

Der Schweizer Aufruf wirft den Mittelmächten vor, daß sie ohne sichere Verpflichtungen bezüglich des polnischen Staats, dessen Abhängigkeit von sich sie hervorhoben, von den Polen eine Armee verlangten. (Die Armee soll sich bekanntlich nur aus Freiwilligen zusammensetzen.)

Dieser Vorwurf ist ebenso wie andere daraus entstanden, daß man mit der tatsächlichen Lage Polens nicht rechnete. Ein Staat muß, um seine Aufgaben nach außen und innen hin erfüllen zu können, eine Armee, eine Regierung, eine Organisation und ein entsprechendes Vermögen haben, welches eigentlich die Grundlage aller staatlichen Funktionen ist. Polen hat alles das nicht und kann es ohne den Beistand der Mächte, die seinen Bestand garantieren, nicht haben. Würden die Mächte aus irgend welchen Gründen ihre Armeen zurückziehen, dann würden die russischen Heere in Polen einrücken und seiner Befreiung ein Ende machen. Das ist klar und darin beruht die unüberbrückliche Abhängigkeit Polens von den Garantiemächten. Noch viel Wasser wird den Bach hinabfließen, ehe ein Polen ohne Abhängigkeit, ohne Beistand von außen her wird bestehen können. Wenn jedes ruinierte Privatunternehmen — eine Landwirtschaft oder ein Fabrik- oder Handelsunternehmen einer verhältnismäßig langen organisatorischen Arbeit und langen finanziellen Beistands bedarf, ehe es zu einem gedeihlichen Zustand zurückgelangt, um wieviel mehr erst ein Staat, der zum Teil auf Trümmern aufgebaut wird.

Eine Nation, die aufgehört hat, ein Staat zu sein und die zwischen zwei großen Monarchien liegt, ist zu dieser Abhängigkeit von einem derselben verurteilt, die entweder Bündnis oder Unfreiheit ist. Wir wissen, was die Abhängigkeit von Rußland Polen gegeben — vielmehr genommen hat. Es ist hier nicht der Ort, um sich über dieses Thema auszulassen. Seine Illustration ist die allgemein bekannte antirussische Orientierung Warschaws.

Im Interesse Rußlands lag es, Polen möglichst zu schwächen. Ein starkes Polen bildete nämlich für Rußland immer jenes Hindernis, durch welches Rußland von Mitteleuropa getrennt wurde. Deswegen war es stets die Aufgabe und der Wunsch Rußlands, Polen auszujagen, auf seine Kosten sich selbst zu stärken und um das ganze Gebiet Polens seine eigene Macht zu vergrößern. Gerade das Gegenteil verfolgten aber die Zentralmächte in Polen. Sie möchten gerade nur ein starkes Polen sehen, ein Polen, welches für sie ein wirkliches Bollwerk gegen den Osten bilden würde. Dieses Polen müßte dann auch so gestellt sein, daß es mit seiner Lage vollständig zufrieden wäre, damit es schon für alle Zeiten ein treuer Bundesgenosse Deutschlands und Österreichs bliebe und nach einer Vereinigung mit Rußland sich nicht mehr zu sehnen brauchte.

Den Zentralmächten wird in dem Proteste der polnischen Emigranten weiter noch der Vorwurf gemacht, daß sie „keine sicheren Verpflichtungen für die weiteren Existenzbedingungen des künftigen polnischen Staates übernommen hätten.“ Darauf können wir nur erwidern, daß solche Verpflichtungen in dem Manifeste vom 5. November tatsächlich enthalten sind. Das Manifest spricht nämlich ausdrücklich von „einem freien und glücklichen Polen“, von einem Polen, welches auch in seinem weiteren „nationalen Leben unabhängig“ bleiben soll. Und wenn auch das Manifest selbst diese Worte nicht enthalten sollte, so würde schon das eigene Interesse der Zentralmächte, welches zur Gründung eines polnischen Staates geführt hat, eine hinreichende Garantie auch für die weitere Existenz dieses Staates bilden.

Wir finden in dem Proteste schließlich auch noch den Vorwurf, daß die „polnische Armee als eine Hilfsarmee fremder Staaten auch fremden Kriegszielen untergeordnet wird und daß sie somit nicht für ihre eigene, sondern für eine fremde Sache kämpfen soll.“

Soweit haben also die Nationaldemokraten schon die Fühlung mit dem polnischen Volke verloren, daß sie den Kampf der Polen gegen Rußland als einen Kampf für „eine fremde Sache“ zu bezeichnen wagen! Darnach würden sie natürlich nur einen Kampf auf seiten Rußlands, einen Kampf im Bunde mit dem russischen Zarentum für einen solchen Kampf halten, den die Polen für ihre „eigene Sache“ führen würden.

Für sie scheinen also die feierlichen Manifestationen in Warschau und Lublin, mit welchen die Polen schon so oft ihre vollständige Abgabe an Rußland dokumentiert haben, ebensowenig Bedeutung zu haben, wie die polnischen Legionen, welche ihren Protest gegen die Einverleibung Polens in das Reich des Zaren mit ihrem eigenen Blute besiegelt haben. Kein Wunder, denn für sie würde doch eine nur gemilderte russische Knechtschaft die beste und sicherste Lösung der polnischen Frage bedeuten. Eine solche Knechtschaft kann ja allerdings für gar manchen bequemer sein, als ein neues polnisches Reich. Denn das neue Reich wird von jedem Polen vor allem Arbeit verlangen. Da wird es ja gelten, alles von neuem wieder aufzubauen, gar manches Opfer zu bringen und vielleicht bis an sein Lebensende rastlos tätig zu bleiben, um für die künftigen Geschlechter solche Lebensbedingungen zu schaffen, die eines großen Volkes würdig sind. Und da ist es in der Tat auch viel bequemer, statt alles

dessen auf seine Selbständigkeit zu verzichten, Polen für alle Zeiten zu einem Diener des Zarentums zu machen, es aus der Reihe freier Völker ganz streichen zu lassen und außerdem noch gegen einen selbständigen, wenn heute auch noch so armen polnischen Staat zu protestieren.

Auf diesen Standpunkt ist die polnische Nationaldemokratie in ihrer Politik heute schon angelangt.

Deswegen müssen wir auch hier schon zum ewigen Andenken noch einmal konstatieren, daß in der Zeit, wo der polnische Adler sich zu einem neuen Fluge erhebt, die in der Schweiz versammelten Führer und Satelliten der Nationaldemokratie den traurigen Mut hatten, den Kampf gegen Rußland, einen Kampf für eine „fremde Sache“ zu nennen, und daß sie lieber in Untätigkeit warten wollen, bis Rußland über Trümmer und Leichen nach Polen mit der verheißenen Autonomie wieder kommt, als daß sie zusammen mit dem ganzen polnischen Volk einen solchen Einfall russischer Horden mit aller Macht abzuwehren suchen.

Und dabei wagen die nationaldemokratischen Organe noch zu behaupten, daß ihre Anschauungen von einem „überwältigenden Teile des polnischen Volkes“ geteilt werden. Solche Märchen können sie doch wahrlich höchstens ihren leichtgläubigen Trabanten erzählen. Der überwiegende Teil des polnischen Volkes hat sich nämlich gerade gegen die Nationaldemokratie und gegen das von ihr so sehr protegierte Rußland erklärt. So begrüßen ja Warschau, Lublin, Krakau, Lemberg und Wilna durch ihre Vertreter trotz des Widerpruchs der Nationaldemokraten mit gleichem Enthusiasmus die wieder aufgehende Sonne Polens. Und diesen Enthusiasmus teilen ebenfalls die zahlreichen Bauernversammlungen im Königreich Polen; in ihren Beschlüssen glaubt man gleichsam das Klirren polnischer Säbels aus der Bauernschlacht bei Racławice von neuem zu hören. Die polnische Jugend ruft jetzt überall nach der Waffe; sie will durchaus „gegen den Russen“ ziehen. Kein Wunder! Denn wenn unsere Väter und Großväter auch ohne jeden Verbündeten in den Kampf gegen Rußland zogen, darf man es da unserer Jugend übelnehmen, daß sie sich heute auch nach einem solchen Kampfe sehnt, wo hinter uns das mächtige Heer des Bundes steht, und wo der russische Bär, aus den polnischen Ländern verjagt, schon aus tausend Wunden blutet? Heute oder nie — so sagt man jetzt in Polen, und zwar mit vollem Recht, denn man weiß, daß, wenn die Russen nach Polen zurückkehren sollten, sie ohne weiteres unsere Leute ihren Bataillonen einreihen und in einen Kampf für ihre eigene Sache mit sich schleppen würden. Einem solchen Unglück will also unsere Jugend jetzt vorbeugen und zieht lieber selbst in den Kampf gegen Rußland für eine Sache, welche sie trotz des Widerpruchs der Nationaldemokraten für ihre eigene, d. h. für die Sache Polens hält. Darüber können auch höchstens nur diejenigen Krokodilstränen vergießen, welchen eine mühselige „Neutralität“ angenehmer erscheint als jeder Kampf, jede Arbeit und jedes Opfer, welches der neue polnische Staat von ihnen verlangen würde.

Wir aber wollen hoffen, daß angesichts der Freiheitslieder der polnischen Legionen und des freudigen Chorgesangs Tausender, welche in Warschau mit der Nationalhymne die Wiedergeburt ihres Vaterlandes feierten, sowie angesichts der Reden solcher Männer, wie Bilinski, Tarnowski und Walzer, welche ihr ganzes Leben in den Dienst ihres Vaterlandes und nicht ihrer eigenen oder irgend welcher parteiischen Interessen gestellt haben, der Protest des Herrn Dmowski und Genossen keinen Wiederhall in dem polnischen Volke finden wird.

Aus Nr. 156 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 22. November 1916.

Aus den Kreisen der polnischen Emigranten.

In diesen Tagen wurde in der Schweizer Presse eine Erklärung veröffentlicht, welche von einigen Polen, die sich gegenwärtig in Lausanne aufhalten, unterzeichnet ist und gegen die Gründung des polnischen Reiches durch die Zentralmächte protestiert. Wir haben keinen Anlaß, die Bedeutung dieser Tatsache zu überschätzen. Denn die Haltung der überwältigenden Mehrheit des polnischen Volkes sowohl im Königreich Polen selbst, als auch in den anderen polnischen Landesteilen ist in dieser Frage zu deutlich, als daß man rein platonischen Enunziationen unverantwortlicher Individuen, welche fern von ihrer Heimat leben, überhaupt eine besondere Bedeutung beimessen könnte. Wenn wir diese Erklärung der in Lausanne weilenden Polen trotzdem nicht ganz mit Stillschweigen übergehen, so tun wir es nur deshalb, weil wir die Aufmerksamkeit unserer Leser auf die schädliche Arbeit einer gewissen Kategorie polnischer „Politiker“ lenken wollen, welche nach dem Muster der polnischen Emigranten aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vom Auslande her, ohne mit ihrer Heimat irgend eine Fühlung zu haben, über das Schicksal des polnischen Volkes entscheiden möchten.

Es ist allgemein bekannt, wie sehr die von den polnischen Emigranten des vorigen Jahrhunderts bei ihrem Aufenthalt im Auslande gepflegten Ideen der Sache Polens geschadet haben und wie viel Mühe es nachher gekostet hat, bis sich das polnische Volk endlich von diesen Ideen zu befreien vermochte. Es zeigt sich nun heute, daß diese Emigranten jetzt während dieses Krieges Epigonen gefunden haben. Dieselben rekrutieren sich gegenwärtig aus denjenigen polnischen Elementen, welche in dem Augenblick, wo das ganze polnische Volk die schwersten Proben seiner politischen Reife abulegen hatte und wo einem jeden Polen ein neues Arbeitsfeld in seiner Heimat offenstand, nicht den Mut hatten, auf ihrem Posten zu verharren, sondern ihr Vaterland freiwillig verließen, um in dem Auslande, fern von den Reichen der wahren Verfechter der guten Sache, ein Leben politischer Verbitterung und Unzufriedenheit zu führen.

Als unsere Vorfahren im Jahre 1831 Polen verließen, da taten sie es nur deswegen, weil sie nicht in die russische Gefangenschaft geraten und in dem frostigen Sibirien verschmachten wollten. Sie wollten aber auch in der Fremde ihrem Vaterlande weiter dienen und hofften, auch mit neuen Kadres einer polnischen Armee in ihr Vaterland bald zurückkehren zu dürfen. Und da kamen auch in jener Zeit aus ihrer schmachtenden Brust die herrlichsten Klänge der Hoffnung, Sehnsucht und Liebe zu ihrem teuren Heimatlande, über welchem 30 Jahre vorher die polnischen Legionäre ebenfalls auf fremdem, dem italienischen Boden, das trostreiche Lied: „Noch ist Polen nicht verloren“, angestimmt hatten.

Aber den so sehnüchtig erwarteten Tag der Erlösung sollten diese Emigranten nicht erleben. An Stelle derselben traten für sie nur trübselige Tage der Verbannung und mit ihnen ein Mißtrauen und eine Erbitterung gegen die ganze Welt und gegen alle Menschen. Die Bande, welche sie früher an ihr eigenes Volk, an die Zukunftsjorgen, aber zugleich auch an die Hoffnungen desselben fesselten, wurden von Tag zu Tag lockerer. Auf dem Pariser Pflaster zeigten sich neue politische Lösungen, welche bald in den schärfsten Gegensatz zu einander traten und Anlaß zu den heftigsten politischen Kämpfen und Zänkereien gaben. Die polnischen Emigranten boten jetzt dem Auslande das traurigste Bild polnischer Zwietsch und Zersahrenheit. Sie, die Nachkommen derjenigen,

welche in ihren Herzen stets als kostbarstes Gut die edle Idee der Tat pflegten, wurden allmählich zu Helden des leeren Wortes und des nationalen Haders. So stritten und diskutierten sie auch dann noch mit einander, als das polnische Volk bereits schon längst an seine ernste, nationale Arbeit herangetreten war. Und so kam es denn schließlich, daß das polnische Volk, zu dessen besten Söhnen sie früher wohl gehört hatten, sich von ihnen schon ganz abwenden mußte und selbstverständlich auch auf ihre weitere Führung verzichtete.

Bei den polnischen Emigranten der Gegenwart waren aber nicht einmal die Motive für ihre Auswanderung so edler Natur, wie bei den Emigranten aus dem Jahre 1831. Als sie nämlich jetzt ihre Heimat verließen, da gab es zu Hause noch Arbeit genug für alle diejenigen, welche sich an der Wiederherstellung Polens aktiv beteiligen wollten. Ja, dieses Arbeitsfeld war jetzt vielleicht sogar noch viel umfangreicher, als zu jeder anderen Zeit. Unsere heutigen Emigranten, welche zur Zeit der schwersten Prüfung ihr Vaterland freiwillig verließen, erinnern deshalb unwillkürlich an die Worte unseres Dichters Mickiewicz, welcher von Leuten spricht, die „zur Zeit der Pest ihre Herzen angstvoll in das Ausland trugen“.

Und die Stimmen, welche sich jetzt auch über die Tätigkeit unserer Emigranten vernehmen lassen, bestätigen nur diese Worte. Denn abgesehen von dem Klub, dessen Zentrum der greise Schriftsteller Heinrich Sienkiewicz bildete und in welchem auch wirklich ehrlich und erfolgreich gearbeitet wird, hört man nur von inhaltslosen Diskussionen, welche in den verschiedensten anderen politischen Klubs geführt werden und die schon deswegen keinen realen Wert haben, weil sie die Stimmung des polnischen Volkes gar nicht wiedergeben und deswegen auch überhaupt keinen Einfluß auf das polnische Volk ausüben können. Alle diejenigen, welche in letzter Zeit auch nur vorübergehend am Genfer See weilten, waren übrigens auch über die große Erbitterung und Leidenschaftlichkeit erstaunt, mit welcher dort politische Fragen, besonders von einer Gruppe der Emigranten, erörtert werden. Aber in einem Punkte sind alle diese Politiker doch einig, nämlich in der Absicht, denjenigen ihren Willen aufzudrängen, welche in der Heimat geblieben sind und dort keine nationale Arbeit und auch keine Verantwortung scheuen. Und diese Absicht kommt gerade am meisten bei den Vertretern jener politischen Parteien zum Ausdruck, deren Einfluß in der Heimat gegenwärtig ganz im Schwinden begriffen ist. Auf sie kann man deshalb auch die Worte des Dichters anwenden: „Weil sie die Erfolglosigkeit ihres Werbens sehen, so werden ihnen Mensch und Welt zum Ekel, und weil ihr Verstand in der Dual gelitten, so speien sie sich jetzt schon selber an und fressen endlich schließlich auch sich selber auf“.

Der von uns erwähnte polnische Aufruf der Polen in Lausanne wendet sich hauptsächlich gegen die Bildung einer polnischen Armee. Es kann uns allerdings nicht wundernehmen, daß den Politikern in der Schweiz, welche am Ufer des reizenden Genfer Sees ein behagliches Leben führen und dort auch Gelegenheit genug finden, ihre angeborenen kriegerischen Instinkte in den leidenschaftlichen Diskussionen der politischen Klubs in Lausanne austoben zu lassen, speziell dieser Gedanke unsympathisch erscheinen muß. Aber wir hier im Lande urteilen doch etwas anders. Uns erscheint die Bildung einer polnischen Armee als die idealste Verkörperung jeder staatlichen Selbstständigkeit. Und deswegen können wir eine politische Ideologie nicht als berechtigt anerkennen, welche in ihrer Bequemlichkeit so weit geht, daß sie selbst das

höchste und edelste Ziel eines Volkes aufzugeben bereit ist, wenn dasselbe mit irgend welchen Opfern verbunden ist.

Eine möglichst zahlreiche öffentliche Anmeldung Freiwilliger für die polnische Armee wird somit wohl die beste Antwort auf den Aufruf der Politiker aus Lausanne bilden.

Aus Nr. 156 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 22. November 1916.

Unter das Zepher des Zaren.

Vorläufig ein Statthalter.

Wer von den Polen möchte unter dieses Zepher kommen?

Die Polen in Kongreßpolen atmeten doch erst auf, als die russischen Armeen und mit ihnen das ganze Verwaltungsheer der Russen das polnische Gebiet verlassen hatten.

Unter der russischen Krone wollten jetzt höchstens nur noch diejenigen leben, welche entweder kein Nationalgefühl mehr hatten oder, durch das russische Verwaltungssystem demoralisiert, sich die Gunst der russischen Tschinowniks mit Hilfe von Bestechungen, gemeinsamer Bechgelage usw. zu erschleichen verstanden.

Ihnen schloß sich noch die geringe Schar jener Ideologen an, welche sich mit dem neuslawischen Programm, wie es im Jahre 1908 in Petersburg festgelegt worden war, einverstanden erklärten und sich im Sinne desselben unter Verzichtleistung auf Litauen und das Ruthenenland mit einem ethnographischen Polen begnügte, d. h. einem Polen, welchem auch die polnischen Landesteile in Österreich und Preußen einverleibt werden sollten.

Der bei weitem überwiegende Teil kann aber und will auch nicht, wenn das polnische Volk nicht einen politischen Selbstmord begehen soll, mit diesen Anhängern der russischen Herrschaft gemeinsame Sache machen.

Deswegen haben sich jetzt alle Polen gegen die russische Herrschaft und für ein selbständiges Polen erklärt.

Nun haben die Zentralmächte schon ein Manifest zugunsten eines selbständigen Polens erlassen und im Sinne dieses Manifestes sogar einige politische Einrichtungen in Polen vorgenommen.

Eine derartige Erledigung der polnischen Frage kann allerdings noch nicht als eine ganz ideale bezeichnet werden, aber die Politik muß, zumal in Kriegzeiten und vor allem zur Zeit eines so furchtbaren Weltbrandes, wie wir ihn gegenwärtig erleben, mit Kompromissen zu operieren verstehen. Sie muß sich in einer solchen Zeit schon damit begnügen, was sich eben vor der Hand noch erreichen läßt.

Und da kann vorläufig von einer Wiederherstellung Polens im idealsten Sinne des Wortes keine Rede sein. Unser Schicksal liegt doch in der Hand der Vorsehung, deren Ratschlüsse unerforschlich sind. Und da können wir der Vorsehung selbstverständlich nicht den Befehl erteilen, daß sie uns sofort ein ideales Polen schenke.

Unsere nationale Aufgabe soll jetzt nur darin bestehen, daß wir auch selbst an der Wiederherstellung eines selbständigen Polens mit vereinten Kräften wirken.

Gibt es denn übrigens auch nur ein einziges Volk, dessen alle Teile in einem Staate vereinigt wären?

Ein solches Volk existiert überhaupt nicht.

So leben z. B. die Deutschen von einander getrennt in drei verschiedenen Staaten, im Deutschen Reich, in Österreich und in der Schweiz; zerstreut finden sie sich auch noch in vielen andern Ländern,

z. B. in Ungarn, Rußland, in den Vereinigten Staaten usw.

Die Italiener haben es zwar ähnlich, wie die Deutschen, mit großer Mühe zu einem einheitlichen italienischen Staat gebracht, aber sie waren doch außerstande, diesem Staate Savoyen, die Wiege ihres königlichen Hauses, Korsika und das Küstenland Südfrankreichs anzugliedern.

Und solcher Beispiele ließen sich wohl noch viele anführen.

Die Zentralmächte arbeiten nun jetzt selbst an der Wiederherstellung eines selbständigen Königreichs Polen. Sie tun es in ihrem eigenen Interesse, aber dieses Interesse geht Hand in Hand auch mit unserem Interesse. Deswegen nimmt das polnische Volk an dieser Arbeit einen regen Anteil, indem es sich zu allen weiteren Opfern bereit erklärt, seiner Freude und Genugtuung über die von den Zentralmächten in dieser Hinsicht bereits vorgenommenen Schritte Ausdruck gibt und weitere diesbezügliche Einrichtungen zu erreichen sucht, daß nämlich vor allem möglichst bald eine polnische Regierung und ein Regent eingesetzt, ein polnischer Landtag und Staatsrat gewählt werde und daß schließlich auch ein König mit allen Attributen der königlichen Gewalt den polnischen Thron besteige.

Rußland protestiert dagegen. Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat sich diesem Proteste auch die kaiserlich-russische Regierung angeschlossen, weil nach ihrer Ansicht dieser politische Akt eine neue Verletzung der internationalen Traktate bedeutet, welche Deutschland und Österreich-Ungarn bechworen hätten.

Die russische Regierung erklärt deswegen auch diese ganze Aktion für null und nichtig und für sie überhaupt nicht vorhanden.

Nach dieser Erklärung hätten natürlich auch die Provinzen Kongreßpolens bis dahin gar nicht angehört, einen wesentlichen Bestandteil des russischen Reichs zu bilden und ebenso wären die Einwohner dieser Provinzen auch jetzt noch durch den Eid gebunden, welchen sie dem Zaren früher geleistet haben.

Ein anderes offizielles Communiqué der Petersburger Telegraphenagentur teilt übrigens zugleich mit, daß Rußland selbst auch die Absicht habe, Polen, aber schon das ganze frühere Polen, wiederherzustellen, d. h. ein solches Polen, welches alle polnischen Landesteile umfassen und auf Grund einer Autonomie unter dem Zeppter der russischen Herrscher seine staatliche Einheit bewahren würde. Dieses Polen sollte auch befugt sein, sofort nach Beendigung des Krieges frei über sein künftiges nationales, kulturelles und wirtschaftliches Leben zu entscheiden. Dieser Entschluß unseres ertauhten Herrn so schließt die amtliche Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur, bleibt schon unveränderlich.

Kein einziger Pole ist aber mit einer solchen Lösung der polnischen Frage einverstanden.

Denn kein Pole wünscht von neuem unter das Zeppter des Zaren zu kommen. Die Polen haben die russische Herrschaft wirklich schon satt bekommen. Die einen von ihnen haben sie auf ihrem eigenen Rücken, die andern mittelbar reichlich zu kosten bekommen.

Wenn deshalb die Zentralmächte jetzt sich damit beeilen, im Königreich Polen alles aufs beste einzurichten, so können sie der Hilfe des polnischen Volkes schon ganz sicher sein. Und diese Hilfe ist keineswegs, wie man hier und da vernimmt, von geringer Bedeutung. Im Gegenteil, man kann sogar in der Veröffentlichung des Manifestes der beiden Kaiser schon den künftigen endgültigen Sieg der Zentralmächte erblicken. Denn auch die Mächte des Vierverbandes sind sich jetzt dessen bewußt, daß Polen bereit ist, eine starke Armee zu stellen, welche gegenwärtig umso

mehr ins Gewicht fallen würde, als das Schicksal Rumäniens zur Entscheidung gelangt.

Die Hoffnungen der Entente, einen entscheidenden Sieg herbeizuführen, haben sich gewaltig vermindert. Rußland hat bis dahin schon so wie so sehr große Opfer in diesem Kriege gebracht. Der Petersburger „Diën“ schreibt z. B., daß die Verluste der Russen an Menschenleben während der Karpatenkämpfe, welche im vorigen Jahre stattfanden, so erschreckend gewesen seien, daß ein neuer solcher Feldzug für Rußland schon sehr gefährlich werden könnte.

Brusilow droht allerdings noch mit einer Offensive für das Jahr 1917. Rußland soll für dieses Jahr eine Armee vorbereiten, wie es sie bis dahin noch nicht in den Kampf geführt hat.

Die Presse der Entente berichtet aber über die angebliche Stärke der russischen Armee, sowie über die militärische Überlegenheit der Ententemächte seit mehr als zwei Jahren.

Entscheidende Erfolge dieser überlegenen Armeen waren jedoch bis dahin nicht zu sehen.

Dagegen trat in der polnischen Frage der Gegensatz zwischen dem Wort und der Tat immer sichtbarer hervor.

So gibt jetzt die russische Presse und vor allem der „Golos Rossii“ und das „Russkoje Slovo“, auf die Versicherungen mancher polnischer Ideologen, daß Rußland solange kämpfen werde, bis es Schlesien, das Großherzogtum Posen, Ost- und Westpreußen, sowie Galizien erobert hätte, die es dann dem künftigen Königreich Polen einverleiben würde, die prompte Antwort, daß Rußland sich niemals mit Eroberungsplänen Deutschland gegenüber getragen habe und daß es auch heute keineswegs auf Ländererwerb ausgehe. Denn es konnte ja die erworbenen Länder schon wegen der hohen kulturellen Entwicklung derselben weder russifizieren noch dem russischen Staatsorganismus enger anschließen. Im übrigen würde es auch durch einen solchen Erwerb nur eine neue Konkurrenz für seine eigene Industrie schaffen und außerdem nur die Zahl der in konfessioneller und nationaler Hinsicht heterogenen Elemente innerhalb seiner Grenzen nur noch vergrößern. Rußland denke deswegen auch gar nicht an die Zukunft Polens und umsoweniger denke es an die Eroberung der polnischen Landesteile in Preußen, sowie Schlesiens und Galiziens, um diese Länder nachher dem Königreich Polen einzuverleiben. Rußland wolle von Deutschland, so schreiben die russischen Blätter, außer — Geld, überhaupt nichts haben.

Die russische Regierung droht jetzt nun allerdings wiederum mit einer Vereinigung sämtlicher polnischer Landesteile, aber einerseits könnte doch Rußland selbst diese Drohung nicht wahrmachen, weil es ja keine Macht dazu besitzt, andererseits sehnt sich auch das polnische Volk nicht im Geringsten nach einer neuen Herrschaft unter dem Zeppter des Zaren.

Die Überzeugung von der Machtlosigkeit Rußlands gewinnt übrigens jetzt an Kraft auch in den Kreisen der sogen. neutralen Polen und drängt dieselben immer mehr zu einer Politik der Tat. An eine solche Politik mahnt sie jetzt auch der Warschauer „Kurjer Polski“ mit folgenden Worten:

„Eure Diplomatie und Politik ist nicht klug genug; sie ist einem ungeschickten Schachspiel ähnlich. Deswegen rufen wir euch angesichts ganz Europas, angesichts des Himmels und der Erde zu: Gebet auf die Rolle, die ihr jetzt spielt, und der ihr nicht gewachsen seid.“

Ihr seid gute, ehrliche Leute, ihr seid sogar gute Polen, aber ihr wißt nicht, welche Anforderungen Polens Zukunft jetzt an uns stellt.“

„Wenn auch die „Neutralen“, so schreibt das Warschauer Organ und zwar mit Recht weiter, „gegenwärtig keinen geringen Bruchteil des polnischen Volkes

bilden, so dürfen sie weder die Organisierung noch die sonstige politische Tätigkeit der aktiven Polen stören.

Heute können nämlich dem polnischen Volke nur Taten und zwar unterschiedene Taten Vorteile bringen.

Wenn es doch endlich auch die „Neutralen“ selbst einsehen möchten! Sie würden dann uns sicher die mühsame Arbeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mit inneren Komplikationen nicht erschweren. Und wir sind auch davon überzeugt, daß sie tatsächlich schon in einigen Monaten alle ihre politischen Zweifel aufgeben und sich an unserer gemeinsamen Arbeit beteiligen werden. Solange dieses aber noch nicht der Fall ist, so mögen sie wenigstens unseren Reihen fern bleiben, um mit dem zersetzenden Gift ihrer Unschlüssigkeit auch unsere politische Aktion und unsere eigene Tatkraft nicht zu lähmen.

Den „Neutralen“ fehlt heute noch der richtige politische Scharfsinn. Sie gleichen jenen Menschen, welche schon unser Nationaldichter Mickiewicz folgendermaßen charakterisiert: „Sie wissen nie recht, nach welchem Winde sie sich zu richten haben. Während des Sturmes ziehen sie deshalb nicht nur sofort die Segel ein, sondern verlassen überhaupt das Deck; ohne den Himmel und die Sterne zu befragen, raten sie allen, sich in das unterste Schiff zu verstecken, und schreien dann laut: Wenn nur ein günstiger Wind kommt, so wollen wir alle wieder auf dem Deck sein.“

Tatsächlich hat es aber durch das Sichverfrachten kein Mensch, sei es im Privat- sei es im öffentlichen Leben zu etwas gebracht. Wenn man nämlich im Leben überhaupt etwas erreichen will, so muß man an das Tagewerk mit Lust und Liebe herantreten, man muß arbeiten... Das weiß jeder Landwirt, jeder Kaufmann, Handwerker und auch jeder Arbeiter. Wenn also die Arbeit, die Tat, die Aktivität überhaupt schon im gewöhnlichen Leben eine so große Rolle spielte, um wie viel mehr muß der Grundsatz von der politischen Aktivität im politischen Leben Geltung haben!

Das wird doch wohl jeder verständige Mensch ohne weiteres zugeben.

Wenn aber die Sache sich wirklich so verhält, so müßten sich auch die „Neutralen“ endlich zu einer Tat aufraffen. Sie werden dann den Weg zu einer realen Politik, die wir vertreten und auf deren Gebiete zu arbeiten wir auch nicht aufhören wollen, schon von selbst finden. Sie brauchen gegenwärtig nur den bequemen Standpunkt ihrer bisherigen Passivität zu verlassen. Dann werden sie sicher schon mutig an unserer Seite in den gemeinsamen Kampf gegen die Regierung des Zaren und gegen die ganze russische Gewaltherrschaft treten.

Sie werden dann auch nicht nur an der Wiederherstellung eines selbständigen Königreichs Polen, sondern auch an einer besseren Gestaltung der politischen Verhältnisse in denjenigen polnischen Landesteilen einen regen Anteil nehmen, welche der preussischen Herrschaft unterstehen.

Und da hat uns allen unser Hochwürdigster Herr Erzbischof ein gutes Beispiel gegeben, als er s. B. in seinem Namen und im Namen seiner getreuen Diözesanfinder in dieser Richtung seine einflußreiche Stimme in die Waagschale legte. Und er hatte — das unterliegt gar keinem Zweifel — auch das Recht dazu; er hatte dieses Recht schon als Primas von Polen, der jetzt zugleich als „Interrex“ auch die Vollmacht hat, sogar im Namen des ganzen Königreichs Polen aufzutreten.

Aus Nr. 132 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 28. November 1916.

Polen — gegen die Unabhängigkeit Polens.

Man könnte am Ende alles in der Welt für möglich halten, nur das Eine nicht, daß es einen Polen geben kann, welcher gegen die Selbständigkeit Polens protestieren und die Befreiung seines Vaterlandes für eine nationale Niederlage, für ein Unglück halten würde. Das ist etwas so Horrendes, daß der menschliche Geist es überhaupt nicht zu fassen vermag. Wenn daher jemand unseren Vätern und Großvätern, welche die Liebe zur Freiheit um den Preis des Blutes ganzer Generationen zu erhalten suchten und diese Freiheit höher, als ihr eigenes Leben, schätzten, gesagt hätte, daß in dem Augenblick, wo die Unabhängigkeit Polens proklamiert wurde, sich auch nur ein einziger Pole finden würde, welcher den Mut haben werde, gegen eine solche Proklamierung Widerspruch zu erheben, so hätten sie wohl vergebens in der ganzen polnischen Sprache nach einem richtigen Wort für die Charakterisierung eines solchen Menschen gesucht. Und doch haben wir jetzt diese Schande erleben müssen; nach der Proklamierung des polnischen Reiches haben sich nämlich tatsächlich Stimmen des Protestes gerade von polnischer Seite erhoben. Diese Schande haben uns die Herren Harusiewicz, Szebeko und Dmowski bereitet. Eine solche Schande läßt sich selbstverständlich durch nichts mehr vertuschen und durch nichts mehr entschuldigen, denn die Tatsache bleibt nun einmal für immer bestehen, daß es wirklich Polen gegeben hat, welche es wagten... Herr Harusiewicz und Szebeko haben es wohl aus politischer Verbitterung und Verblendung zu Gunsten Rußlands getan, Herr Dmowski, um als Politiker vor das Forum Europas zu treten.

Herr Szebeko hat nun im Petersburger Staatsrat die Erklärung abgegeben, daß die polnische Frage nur durch Rußland und seine Verbündeten gelöst werden könne. Er scheint also in dieser Hinsicht zu Rußland sogar noch mehr Vertrauen zu haben als die Gesandten der Ententemächte, welche nach einer Unterredung mit dem früheren russischen Ministerpräsidenten Stürmer am 7. d. Mts. erklärten, „daß von Rußland sich in der polnischen Frage überhaupt nichts erreichen ließe“.

Wenn der Protest Szebekos vielleicht noch als ganz naiv bezeichnet werden könnte, so war die Erklärung, welche Harusiewicz in der russischen Duma abgegeben hat, schon geradezu empörend und eine tendenziöse Unwahrheit. Man muß wirklich kein Pole mehr sein, um so zu sprechen, wie es Herr Harusiewicz getan hat. Hier seine Worte: „In den Folgen der deutschen Aktion liegt die Gefahr einer Entstellung der wirklichen Freiheit des polnischen Volkes. Bei der Aktion kam es offenbar auf die Herbeiführung einer Spaltung zwischen den Polen und Rußland an.“

Nun fragen wir: War denn der mehr als dreihundertjährige Kampf Polens gegen das moskowitzische Reich eine freundschaftliche Idylle zwischen Rußland und Polen? Bedeutet also in den Augen des Herrn Harusiewicz das furchtbare Ringen eines mit Blut überfluteten Volkes mit seinem Erbfeind einen Kampf nicht mehr um die politische, sondern schon um die kulturelle Existenz dieses Volkes, bedeutet die hundertjährige Sklaverei, welche die Seele des polnischen Volkes furchtbar depraviert hat, „die wirkliche Freiheit“ eines Volkes?

Oder versteht etwa Herr Harusiewicz unter dieser „wirklichen Freiheit“, welche nach seiner Erklärung durch den politischen Akt Deutschlands entstellt werden sollte, die Abtrennung des Chelmer Landes von Polen und die Russifizierung Galiziens unter dem Szepter des Zaren?

Herr Harusiewicz hat hier wirklich seine Vorfahren aus Targowiza nicht verleugnet, denn es hat sonst wohl noch kein Pole bis dahin in einer so gemeinen Weise zu den Feinden seines Vaterlandes gesprochen.

Und dabei hatte Herr Harusiewicz noch die Dreistigkeit, nicht in seinem eigenen Namen, sondern im Namen des polnischen Volkes zu sprechen. Er sagte nämlich ausdrücklich: „Das polnische Volk ist mit einer solchen Lösung der polnischen Frage durch Deutschland nicht einverstanden, da dieselbe allen seinen Bestrebungen widerspricht. Wir müssen deswegen mit allem Nachdruck dagegen protestieren.“

Was heißt das — „wir?“ Wir — im Munde des Herrn Harusiewicz — kann doch höchstens bedeuten: Ich und die zwei minderwertigen Nationaldemokraten, welche von der polnischen Fraktion in Petersburg noch zurückgeblieben sind. Denn nur noch diese drei Nationaldemokraten, nämlich die Herren Harusiewicz, Gosciński und Jaworski vertreten jetzt tatsächlich das polnische Volk in der russischen Duma, gerade ebenso viele polnische „Vertreter“, wie man sie jetzt auch in den Wandelgängen des russischen Staatsrates einherstolzieren sieht. Und diese drei fern von ihrer Heimat lebenden Überbleibsel der polnischen Fraktion, diese freiwilligen Verbannten wollen im Namen des polnischen Volkes auftreten? Das ist schon keine einfache Anmaßung mehr, das ist eine ganz gewöhnliche Frechheit.

Wie steht es nun aber mit dem dritten Protest, nämlich mit dem Protest der zwanzig polnischen Emigranten in der Schweiz. Hier ist der spiritus movens die polnische Demokratie mit Herrn Roman Dmowski an der Spitze. Dieselbe Demokratie, welche politisch immer schon nach dem „starken Rußland“ gravitierte und seit Jahren auf dem Boden des russischen Staatswesens stand. Sonst ragt unter den Protestlern noch der Name des Herrn Erasmus Piłk besonders hervor, welcher das Werk: „Zasługi Piotrogradzkiego kraju względem dynastji i monarchji“ (Verdienste des Petersburger Landes um die Dynastie und Monarchie) geschrieben hat. Ihm schließt sich würdig Herr Hippolit Korwin-Milewski an, bekannt durch seinen erbärmlichen polnisch-russischen Verlag und seine staatsstreuen Dienste in Litauen. Außerdem haben den Protest noch einige Kunstmalerei und Literaten, Grafen und Fürsten, Parvenüs und Weltenbummler, also alles Leute unterzeichnet, welche mit der Politik nichts zu schaffen haben. Der ganze Protest stammt also von zwanzig Personen, welche nur zufällig in der Fremde zusammengekommen sind. Namen von Personen, welche eine gewisse Bedeutung für das polnische Volk hätten, sieht man dort überhaupt nicht. So fehlen, obwohl der Protest in der Schweiz verfaßt wurde, die Unterschriften der gegenwärtig ebenfalls in der Schweiz weilenden Geschichtsforscher Kucharszewski und Askenazy. Es fehlt auch weiter noch der Geistliche Gralowski, die Herren Osuchowski, Paderewski und Sienkiewicz. Diese Männer wollten eben nicht ihren Namen zu einem „Protest gegen die Unabhängigkeit Polens“ hergeben, Sienkiewicz soll sogar diesen Protest vor seinem Tode mit dem richtigen Namen „Niederträchtigkeit“ gekennzeichnet haben. Alle diese Männer waren offenbar fest davon überzeugt, daß die Unabhängigkeit Polens, woher sie auch immer käme und von welchen Händen und unter welchen Bedingungen sie auch immer dem polnischen Volk verliehen wäre, doch ein unschätzbare Gut sei, welches stets dankbaren Herzens angenommen werden müßte.

Das will aber ein so geriebener Politiker, wie Herr Dmowski, nicht verstehen. Dieser Mann hat sich früher nicht gescheut, in den russischen Ministerialbüros, wo er kein seltener Gast war, das erhabene Ideal eines unabhängigen Polen für das winzige Maß russischer Zugeständnisse leichten Herzens feilzubieten und jetzt

spielt er auf einmal die Rolle eines politischen Maximalkisten und verlangt von den Zentralmächten ein Polen „vom Meere bis zum Meere“. Kann man denn nun bei einem solchen Manne an die Aufrichtigkeit seiner politischen Intentionen und auch der nationalen Empfindungen auch jetzt glauben, wenn er in seinem Protest erklärt, daß „die Bestrebungen des polnischen Volkes nach der Unabhängigkeit Polens, alle drei Teile Polens einschließen und ohne Vereinigung derselben nicht befriedigt werden können“. Herr Dmowski ist doch wahrlich kein naiver Politiker. Er ist auch kein Jüngling mehr und deswegen auch kein sentimentaler Träumer; er war immer nur ein unaufrichtiger politischer Kasuistiker und ist offenkundig auch jetzt noch ein solcher geblieben. Danach ist wohl auch sein gegenwärtiges Auftreten zu beurteilen. Er nennt jetzt in seinem „Proteste“ die Gründung eines unabhängigen Polens aus den Rußland entzogenen polnischen Ländern eine neue „Bestätigung der Teilung Polens“, als er aber zur Zeit seines Hausierens in den verschiedenen russischen Kabinetten auf jeden, selbst nur kulturellen Einfluß der Polen in Litauen verzichtete, als er weiter die Abtrennung des Kulmer Landes von Polen gegen eitle Verheißungen einer Autonomie Polens ohne jeden Protest akzeptierte, als er auch zur Zeit der russischen Invasion angesichts der russischen Pläne, den größeren Teil Galiziens Rußland einzuverleiben, nur wohlweislich zu schweigen wußte, und als er schließlich Lemberg als eine „nicht-polnische Stadt“ den Russen überliefern wollte, wurden da etwa „die Bestrebungen des polnischen Volkes noch einem unteilbaren Polen befriedigt?“

Gerade dann, wenn Rußland siegen würde, hätten doch die Polen neue Teilungen ihrer Gebiete und eine noch härtere Bedrückung in dem ihnen zurückgelassenen Lande zu gewärtigen gehabt. Das mußte doch Herr Dmowski, der ja Rußland so gut kennt, wissen, damit hätte er, wenn er aufrichtig gewesen wäre, in seinem Proteste rechnen müssen.

Im Protest finden wir noch den Vorwurf, daß die Zentralmächte von den Polen eine Armee „ohne bestimmte Garantien für die weiteren Existenzbedingungen den künftigen Staates“ verlangen. Hat denn Herr Dmowski etwa bessere Garantien von Rußland erhalten, als er Banden von Freiwilligen unter dem Kommando Gorczyński's zu formieren sich bemühte? „Die polnische Armee sollte“ — so schreiben empört Herr Dmowski und seine Satelliten weiter — „als eine Hilfsarmee der Zentralmächte nur fremden Zielen untergeordnet werden und deshalb auch nur für eine fremde, nicht für die polnische Sache kämpfen.“ Sollten aber etwa, fragen wir auch hier, die Brudermörder der Gorczyński'schen Rotte, welche unter russischer Führung stehen, mit einem russischen Kommando beglückt, und der russischen Armee einverleibt werden sollten, für „ihre eigene, für die polnische Sache kämpfen?“ Sollten sie gerade für ein unabhängiges und . . . unteilbares Polen verbluten? So müßte man doch wenigstens nach dem „Proteste“ des Herrn Dmowski schließen.

Weiter kann doch wahrlich die politische Verkehrtheit und Unaufrichtigkeit selbst bei einem Herrn Dmowski nicht gehen. Kein Wunder deshalb, daß sein Protest auch im Auslande und sogar von den Franzosen nur mit Verachtung aufgenommen wurde.

Auf den weiteren Gang der Welt Ereignisse können auch solche Proteste selbstverständlich nicht den geringsten Einfluß ausüben. Aber für die Nachwelt werden sie ein bleibendes trauriges Zeugnis sein, bis zu welchem Grade ein Volk durch langjährige Knechtschaft demoralisiert werden kann.

Aus Nr. 139 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 22. November 1916.

Der Protest der russischen Regierung gegen die Unabhängigkeit des Königreichs Polen.

Es gab Leute, die da meinten, Rußland wäre bereit, dem Königreich Polen die Unabhängigkeit zu geben.

Wenn Rußland nur ein klein wenig Verstand besessen haben würde, dann würde es nicht nur die Unabhängigkeit Polens anerkannt, sondern es würde auch sofort die Grenze Polens festgesetzt haben. Auf diese Weise hätte es auf den klugen Schritt der Zentralmächte in wohlgeschickter Weise geantwortet. Wie kann man denn auch von der russischen Tschinownik-Regierung Verstand verlangen, insbesondere dann, wenn es sich um die polnische Frage handelt!

Und so hat denn auch die russische Regierung im Gegenteil gegen die durch die Zentralmächte verkündigte Unabhängigkeit Polens Protest erhoben; sie nennt diesen Akt eine neue Vergewaltigung der internationalen durch Deutschland und Österreich-Ungarn feierlichst abgegebenen Versicherungen und stellt ihn als einen nicht existierenden dar. Sie nennt das Königreich Polen eine Provinz, welche ein unlöslicher Teil des russischen Staates sei.

Einen solchen Protest legte die russische Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter bei allen Staaten ein. Außerdem veröffentlichte sie das nachstehende amtliche Communiqué (Es folgt der Wortlaut).

Soviel das amtliche russische Communiqué.

So protestiert also Rußland gegen die Selbstständigkeit Polens und nennt Polen einen unlöslichen Teil des russischen Staates. Die russische Regierung nennt die Verkündigung der Unabhängigkeit des Königreichs Polen durch die Zentralmächte eine Vergewaltigung der Wiener Traktate, während sie doch diese Traktate selbst in der schändlichsten Weise vergewaltigt hat. Sie stahl Polen die Selbstständigkeit, die es auf Grund dieser Traktate besitzen sollte und nennt in ihrem Proteste entgegen diesen Traktaten Polen ganz schamlos einen Teil des russischen Staates.

Was die Versprechungen der russischen Regierung nach dem Kriege anlangt — so wissen wir, daß solche Versprechungen stets einen zweifelhaften Wert haben. Sofortige Taten bedeuten stets mehr als — Versprechungen. Das um so mehr als wir wissen, daß die russische Regierung Versprechungen noch niemals gehalten hat, auch die nicht, die in den Wiener Traktaten enthalten sind. Und wir wissen auch, daß es die russische Regierung verstanden hat, gegebene Freiheiten zurückzunehmen. Wo sind die Wiener Traktate? Was ist z. B. vor kurzem mit den i. J. 1905 den Polen infolge des japanischen Krieges gegebenen Freiheiten geschehen? Nur klägliche Reste sind von ihnen übrig geblieben, die ebenfalls verschwunden wären, wenn nicht der Krieg ausgebrochen wäre.

Und was ist denn geschehen, als die polnischen Abgeordneten in der ersten Duma die Autonomie, die Selbstverwaltung forderten? Man hat sie für diese Dreistigkeit davongejagt und ihre Zahl auf den dritten Teil herabgesetzt!

Wie kann also das polnische Volk nach den gemachten Erfahrungen an all die gegebenen Versprechungen noch glauben, wie kann es insbesondere den Versprechungen der russischen Regierung trauen?

Und was verspricht denn übrigens die russische Regierung? Eine ganz beschränkte Selbstverwaltung! Es bedarf fürwahr der ganzen bodenlosen Dummheit der russischen Tschinownik-Regierung, um nach dem Kriege die Selbstverwaltung zu versprechen, während die Zentralmächte die Selbstständigkeit mit eigenem König und eigener nationaler Armee geben.

Lug und Trug ist es auch, wenn gesagt wird, daß das freiwillige polnische Heer gegen sein eigenes

Vaterland kämpfen soll. Es wird gegen seinen russischen Bedrücker kämpfen. Deshalb befinden wir uns auch um so mehr im Einklange mit denen, die da sagen, daß wir lieber Taten sehen, als nebelhafte Versprechungen, denn ein altes polnisches Sprichwort heißt: Besser ist der Sperling in der Hand, wie die Taube auf dem Dache! — und das um so mehr, als sich in diesem Falle die Taube in der Hand und der Sperling auf dem Dache befindet.

Eine interessante Sache ist es auch, daß die Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands, die Herren Briand und Asquith, den russischen Ministerpräsidenten Stürmer beglückwünschten, daß er gegen die Verkündigung der Unabhängigkeit Polens protestiert hat.

Frankreich und England haben keinen Protest erhoben, als im Jahre 1831 das Königreich Polen des Restes seiner Selbstständigkeit beraubt worden war; heute aber treten sie gegen die Wiedergabe dieser Selbstständigkeit auf.

Wenn sich Frankreich und England auf diese Weise dem Proteste Rußlands anschließen, so wird das sicherlich nicht die Liebe und Dankbarkeit in den Herzen der Polen für sie wecken.

Aus Nr. 24 des Związkowice (Kattowitz)
vom 18. November 1916.

Die russisch-polnischen Arbeiter und die Wiedererrichtung des Königreichs Polen.

Bei Ausbruch des Krieges befanden sich in Deutschland sehr viel russisch-polnische Arbeiter, die nach den völkerrechtlichen Bestimmungen als Bürger eines feindlichen Staates betrachtet werden müssen und deshalb den für Ausländer erlassenen, die persönliche Freiheit beschränkenden Bestimmungen unterworfen sind. Diesen Bestimmungen unterliegen mehr oder weniger auch diejenigen Arbeiter, die im Verlauf des Krieges nach dem Zurückgehen der Russen aus Polen nach Deutschland in Arbeit gekommen sind. Die erwähnten Bestimmungen machen sich dadurch bemerkbar, daß diese Arbeiter sich nicht willkürlich von einer Arbeitsstätte in die andere begeben dürfen und sich auf der Polizei melden müssen usw. Wollen sie ihren Arbeitsort verlassen, so müssen sie die Genehmigung der Behörden erwirken; ebenso, wenn sie die Arbeit wechseln wollen. Es ist klar, daß den Arbeitern durch solche Bestimmungen große Schwierigkeiten erwachsen und daß die Arbeitgeber dadurch oft veranlaßt werden, diese Arbeitskräfte auszunützen.

Unter solchen Umständen ist es für diese Arbeiter wichtig, daß vom 5. November 1916 ab ihre Lage in staatsrechtlicher Beziehung sich wesentlich geändert hat. Vom 5. November 1916 ab sind sie nämlich nicht mehr Bürger eines feindlichen, sondern eines mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn verbündeten Staates. Die Monarchen Deutschlands und Österreich-Ungarns haben am 5. November ein selbstständiges Polenreich mit erblicher Monarchie proklamieren lassen. Der neue selbstständige Staat tritt als Verbündeter der Zentralmächte auf.

Aus dem Manifest geht klar hervor, daß die Monarchen Deutschlands und Österreich-Ungarns dem Königreich Polen nicht nur staatliche Selbstständigkeit zuerkannt haben, sondern daß sie in ihm gleichzeitig einen Verbündeten sehen. Die aus Russisch-Polen stammenden polnischen Arbeiter können daher künftig hin nicht als Bürger eines feindlichen Staates behandelt werden und man kann hoffen, daß die Generalkommandos, die seinerzeit die obengenannten Bestimmungen erlassen haben, sie in Kürze lassieren und den Arbeitern aus Russisch-Polen die Freiheit zusprechen werden, wie sie Bürger des verbündeten Staates verdienen.

Aus Nr. 141 des Głos Lubawski (Löbau)
vom 25. November 1916.

In Sachen der Verkündung der Selbständigkeit des Königreichs Polen wird in dem Blatte von seinem Wochenerzähler „Mateusz“ folgendes geschrieben:

Die erste Sache, die ich berühren möchte, ist die Wiedererrichtung Polens. Ihr habt in der Zeitung gelesen, daß wir ein neues Polen erhalten sollen, und das ist doch eine Sache, die uns alle sehr interessiert. Nach dem freien Polen sehnen wir uns alle schon seit 100 Jahren. Wieviel eifrige Patrioten arbeiten für Polen; viele haben sogar ihr Leben für das Vaterland dahingegeben. Alle Opfer aber waren vergebens. Jetzt haben sich unsere Träume erfüllt. Am 5. November haben der deutsche und österreichische Kaiser durch ein feierliches Manifest die Unabhängigkeit Polens verkünden lassen.

Was war es doch für eine Freude, als wir das erfahren. Das kann nur der richtig abschätzen, der unsere Lage kennt, der da weiß, was die Knechtschaft bedeutet. Und es ist auch kein Wunder, daß sich diese Nachricht mit Blitzesschnelle über alle die Länder verbreitete, in denen Polen wohnen. Kein Wunder, daß nicht nur dieser Tag, dieser geschichtliche Tag, sondern auch die ganze Woche festlich begangen wurde, insbesondere in den Gebieten, welche durch dieses Manifest betroffen werden. Und diese Freude würde noch viel größer sein, wenn wir schon jetzt einen eigenen König und eine eigene Regierung hätten. Weil aber der Krieg nicht beendet ist, so kann man über diese Sache heute noch nicht sprechen. In jedem Falle ist aber der erste Schritt zur Wiedererlangung unseres Vaterlandes schon getan. Und bei den Friedensverhandlungen wird man nach meiner Meinung diese Sache nicht mehr mit Stillschweigen übergehen können. Jetzt wird auch Rußland, das mit den polnischen Abgeordneten bis zum letzten Augenblicke um die Verleihung der Selbstverwaltung an die Polen gehandelt hat, mit der erfolgten Tatsache rechnen müssen. Jetzt erst, nachdem der deutsche und der österreichische Kaiser die Unabhängigkeit Polens haben verkünden lassen — wofür wir ihnen dankbar sind, scheint es Rußland leid zu tun, daß es die Wünsche der Polen so gering geachtet hat.

Auf das Wohl des freien Polens wollen wir dreimal ausrufen: Es möge leben!

Aus Nr. 161 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 29. November 1916.

An die Landbevölkerung.

Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Ernährungsfrage.

Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Herr v. Treskow wendet sich in dem „Landw. Zentralblatt“ an die Bevölkerung des Großherzogtums Posen. Er beruft sich in demselben auf den Brief des Feldmarschalls v. Hindenburg an den Reichskanzler, in welchem v. Hindenburg von der Pflicht des Zusammenarbeitens an dem gemeinsamen Ziel der zuhause Gebliebenen spricht und in welchem er sich besonders an die Landbevölkerung mit der Aufforderung wendet, sie solle alles daran setzen, um die in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter zu ernähren. Der Aufruf appelliert mit warmen Worten an das bürgerliche Gefühl der Landbevölkerung und kündigt zum Schluß an, daß Versammlungen stattfinden würden, in denen Redner, Beamte der Landwirtschaftskammer die Ernährungsfrage erläutern würden. Zu diesen Versammlungen wird die Landbevölkerung, besonders der weibliche Teil, auf dessen Schultern heute gewissermaßen die

ganze Last der landwirtschaftlichen Arbeiten ruht, eingeladen.

So weit der Aufruf.

Es handelt sich hier um eine wichtige, weil alle angehende Sache. Wir tragen alle in gleicher Weise die Kriegskosten, darum haben wir auch alle ein gleich wichtiges Interesse daran, daß die Bemühungen jeder Einzelperson als ein Teilchen des Ganzen der Anstrengungen des Staates nicht verloren gehen. Es wäre beklagenswert, wenn durch Unachtsamkeit oder Nebeninteresse oder schließlich durch irgend etwas anderes in einer so wichtigen, durch den nächst dem Monarchen höchsten Heerführer berührten Sache nicht alles, was möglich ist, geschähe. Grundsätzlich wird jeder die Bemühungen der Landwirtschaftskammer loben. Es handelt sich nur darum, daß jedem die Notwendigkeit der Mitarbeit der Landbevölkerung klar wird und daß weiter der Appell der Herren v. Hindenburg und v. Treskow an alle gelange.

Unseres Erachtens wird man auf dem erwähnten Wege das erwünschte Ziel nicht erreichen, denn diese Aufrufe werden nicht in ihrer Vollständigkeit an die ländliche polnische Bevölkerung gelangen.

Ohne Ausnahme unterstützt die polnische Presse gern alle Bemühungen der Gesamtheit, was die von ihr veröffentlichten Mitteilungen, sogar die nichtamtlichen, und neuerdings ihre Haltung in Sachen der Kriegsanleihe beweisen.

Die gegebenen Bekanntmachungen brauchte die polnische Presse nicht aufzunehmen, denn sie konnte auf den einschlägigen Gewinn verzichten. Die polnische Presse läßt sich nicht vom materiellen Interesse, sondern von dem wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit sowie der polnischen Volksgemeinschaft leiten. So wird sie auch in dieser neuen Sache den Appell des Herrn v. Treskow zur Sprache bringen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache wird jedoch das geschriebene Wort nicht ausreichen.

Die zweifellos besser als die polnische ausgestattete deutsche Presse reicht jedoch der Landwirtschaftskammer nicht aus, ungeachtet, dessen, daß sie den Aufruf in der ganzen Ausführlichkeit bekannt geben und in jeder Nummer Ermahnungen, Zusätze usw. veröffentlichen konnte. Das geht schon aus der Andeutung hervor, daß Versammlungen stattfinden werden, um die Landbevölkerung über das dringende Bedürfnis des Augenblicks aufzuklären. Die deutsche Bevölkerung wird somit in eine bessere Lage kommen, wie die polnische, da zu ihr das lebendige Wort dringen wird. Wenn nun die nicht informierte polnische Bevölkerung nicht nach Möglichkeit und Kräften dem Appell folgen würde, so würden bestimmte Kreise dies als Ubelwollen deuten und aus einer solchen Hintanziehung der polnischen Bevölkerung einen Strick gegen die Unschuldigen drehen. Beweise einer solchen Taktik könnten wir sogar mehr als genug aus den vergangenen Zeiten herbeischaffen.

Dem muß man beizeiten entgegenwirken. Es handelt sich um ein großes Ziel, nämlich um eine möglichste Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, das heißt, um die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung des ganzen Reiches, was zum Zwecke einer glücklichen Beendigung des Krieges und zur Erreichung eines vollständigen Sieges durchaus nötig ist. Der Ernst des Augenblicks, über den man nicht zu schreiben braucht, verlangt die äußerste Anstrengung unter Beiseitesetzung aller Nebenrücksichten.

Die Ermahnung kommt aber aus einem so ernsten Munde, daß man sie auf keinen Fall geringschätzen oder unterschätzen darf.

Die polnische Volksgemeinschaft, welche bis jetzt nicht nur ihre Pflicht erfüllt, sondern überdies, soweit es möglich war, mitgewirkt hat, — wenn sie es auch nicht in dem Umfange vermochte, wie so mancher gewünscht

hätte — müßte die Möglichkeit angestrebter Mitarbeit nach dem im Auftruf des Feldmarschalls v. Hindenburg und des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer Herrn v. Treskow gewiesenen allgemeinen Ziele hin haben.

Wiederholt wurde in dieser Beziehung von polnischer Seite entweder zu spät oder zu wenig öffentlich getan; man hat z. B. auf die für alle nachteiligen Seiten der Unterlassung einer derartigen Aktion nicht hingewiesen. Manche Kreise, die bewußt oder unbewußt in der polnischen Volksgemeinschaft den durch uns verurteilten Pessimismus oder die Passivität verbreiteten, schienen manchmal zu siegen, denn viele unter unserer Volksgemeinschaft haben sogar in überaus wichtigen Sachen gemeint, daß es der Mühe nicht lohne, daß man uns alles sage.

Wir sind anderer Ansicht, denn wir glauben, daß mindestens die ruhig denkenden deutschen Kreise aus dem Kriege die Lehre gezogen haben, daß man die Mitarbeit der polnischen Volksgemeinschaft keineswegs geringschätzen darf, denn der Augenblick ist zu ernst, und die Mitarbeit der polnischen Volksgemeinschaft ist zu einer günstigen Beendigung des Krieges durchaus notwendig, nicht zuletzt zur Ernährung Mittel- und Westdeutschlands.

Angeichts einer so wichtigen Aufgabe wie die gegenwärtige, und angesichts des Willens Kaiser Wilhelm II., dem er in seiner berühmten Ansprache vom 4. August 1914 Ausdruck gegeben hat, müssen alle, Nebenrückichten zurücktreten, — und zwar ein für allemal.

Wir sind somit der Ansicht, daß es angezeigt wäre, wenn die Landwirtschaftskammer und alle anderen Faktoren sich an die polnische Bevölkerung wenden würden, damit es keine Hintanhaltung, keine Erbitterung und keine ähnlichen Gefühle gäbe. Die polnische Bevölkerung kann, was kein Geheimnis ist, in diese Sache eindringen und den erwünschten Zweck verstehen, wenn ihr dies in ihrer polnischen Muttersprache erklärt wird.

Da die maßgebenden Faktoren aber nicht über Redner verfügen, welche die polnische Sprache hinlänglich beherrschen, so mögen sie sich an die polnische Volksgemeinschaft wenden. Unsere Geistlichkeit, die Organisationen der landwirtschaftlichen Vereine, (Patronat) sowie der Großgrundbesitzer (Landwirtschaftlicher Zentralverein), werden gern Redner nachweisen, oder selbst die Veranstaltung der Vorträge übernehmen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe polnischer Großgrundbesitzer und Wirtschaftsbeamten, seien es garnison- oder gar felddienstfähige, beurlaubt werden könnten, um als Redner zu fungieren. Denn es handelt sich hier schließlich auch um eine Tätigkeit für die Armee — somit würden sie nur ihre Rolle wechseln, und als nicht weniger wichtige Mitglieder der „Landesverteidigung“ würden sie der Sache wichtige Dienste erweisen.

Diese Hinweise betrachten wir für angezeigt und zeitgemäß, und wir zweifeln nicht daran, daß die maßgebenden Kreise entsprechende Schritte zur Mobilisierung dieser Arbeit tun werden, denn wir wollen nicht glauben, daß man einen solchen wichtigen Zweck Nebenrückichten unterordnen sollte.

Wir haben die Hoffnung, daß das neue Kriegsamt und dessen Leiter, der Generalleutnant Groener, durch eine energische Verfügung die nach dieser Richtung hin notwendigen Schritte unternehmen werden.

Das, was das Posenische anbetrifft, muß auch in den anderen Teilgebieten, in Westpreußen und Schlesien angewandt werden.

Man muß alle Kräfte anstrengen, um nicht nur die Soldaten im Felde und in der Garnison sowie die schwer arbeitenden Arbeiter ausreichend zu ernähren, sondern man muß auch mit besonderer Sorgfalt die

Bevölkerung der großen und mittleren Städte und der Industriebezirke umgeben.

Zu diesem Zwecke muß man jede Handbreit Erde ausnützen und das Verständnis für diese Notwendigkeit und den Geist der Opferwilligkeit unter der Landbevölkerung mit Hilfe von Vorträgen verbreiten — das ist der Weg zum Ziele.

Aus Nr. 273 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 29. November 1916.

Zum Novemberjahrestage.

Große historische Jahrestage dienen den Nationen als Wegweiser. Indem die Völker sich bei ihnen aufhalten, sehen sie sich nach dem zurückgelegten Wege um und orientieren sich hinsichtlich des Weges, den sie bei ihrer Weiterwanderung wählen sollen.

Für uns ist u. a. der Jahrestag der Novemberrevolution eine solche Orientierung. Wir lernen aus ihr, was wir unterlassen sollen und was zu tun unsere Pflicht ist. Und wenn auch die so vielen früheren und späteren Anstrengungen zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit von keinem Erfolg gekrönt wurden, so blieb uns aus ihnen zwar nur ein Nutzen, aber ein großer — die Überzeugung nämlich, daß niemand imstande ist, die polnische Kollektivseele zu vernichten — sie lebt und wird leben, weil sie unsterblich ist!

Unter den Gründen, welche den unglücklichen Ausgang der Novemberrevolution veranlaßten, nehmen die erste Stelle ein: der Zweifel an den eigenen Kräften, der Mangel an Konsequenz in der Ausführung der in Aussicht genommenen großen Absichten, sowie der Mangel an Disziplin. Denken wir also daran und seien wir bei unseren Unternehmungen überzeugt, daß wir zur Vollbringung großer Taten fähig sind. Wir wollen neben jugendlicher Begeisterung den Verstand reifer Männer haben, und vor allem wollen wir unseren Willen in die Zügel des Gehorsams nehmen, aus dem die Opferwilligkeit zum Besten des allgemeinen Wohles geboren wird.

Wenn wir die Geschichte des Jahres 1830 in den Einzelheiten prüfen, so bietet sie prächtige, der Nachahmung würdige Beispiele des Patriotismus, der Hingebung und des Heldentums seitens der Leute, die den Kampf um die Unabhängigkeit hervorgerufen haben, in ihm kämpften und schließlich entweder ihr Leben auf dem Felde der Ehre für das Vaterland ließen oder in der Verbannung, in den Gefängnislöchern und inmitten des sibirischen Eises für dasselbe litten.

Diese Beispiele werden immer in dem Schatz der nationalen Andenken bleiben, und wir werden solange aus ihm schöpfen, bis uns durch den Willen der Vorsehung der Tag der Auferstehung aufleuchtet wird.

Die Gedanken und Gefühle aller Polen richten sich immer nach Warschau, welches trotz allem nicht aufgehört hat, das Herz Polens zu sein. Es ziemt sich also, daß wir an dem Tage, an dem wir den Jahrestag des Ausbruchs dieses denkwürdigen Befreiungskampfes feiern, uns des Warschauer von vor 86 Jahren her erinnern, von dem der Dichter sagt, daß:

„Warschau, allein deine (die des Zaren) Kraft verpöthet
Denn es erhebt gegen dich die Hand und reißt dir die Krone herunter,
Die Krone der Kasimire, der Chrobryh von deinem Haupte,
Denn du hast sie gestohlen und mit Blut besleckt,
Sohn des Wajil!“

Schließlich müssen wir aller derer warm gedenken, die auf den Feldern von Stoczek, Wielki Dab, Zganie, Grochow und Ostrolenka gefallen sind.

Würdiger werden wir ihr Andenken nicht ehren können, als wenn wir unsere geistigen und physischen Kräfte stärken, als wenn wir unsere vom Hunger bedrohten Brüder jenseits der Grenze retten, um sie dem Vaterlande zu erhalten, als wenn wir die Hoffnung stärken, und zwar deswegen, damit schließlich der Augenblick komme, in welchem aus ihren Gebeinen der Rächer der jahrhundertlangen Unbilden erstehen wird.

Aus Nr. 34 des Wielkopolanin (Posen)
vom 29. November 1916.

Der Jahrestag des Novemberraufstandes.

Am 29. November d. J. sind 86 Jahre vergangen, seit der Zeit der denkwürdigen Novemberrnacht, als die Polen im russischen Teilgebiet im Jahre 1830 zur Waffe griffen, um mit bewaffneter Hand das russische Joch abzuwerfen und auf diesem Wege zur Ungezwungenheit und Freiheit zu gelangen, nach welcher sich die dürstende und schwer verfolgte polnische Nation nach dem Verlust der staatlichen und politischen Selbständigkeit sehnte.

Alle tieferen und kritischen polnischen Geister haben schon längst gesagt, daß die Aufstände eine Niederlage und ein Unglück für die polnische Nation gewesen seien. Die Polen haben auf diesem Wege nichts erreicht, statt dessen sind sie in eine noch üblere Lage gekommen, als vor den Aufständen. Nach jedem Aufstande trat eine noch schlimmere Bedrückung und Verfolgung als vorher ein, dagegen geriet die Arbeit unter der Losung der sozialen Reformen, damit sich die Nation auf dem Wege friedlicher Arbeit aus der Ohnmacht erhebe, immer für eine längere Zeit in Vergessenheit.

So war es denn auch mit dem Novemberraufstand. Der Aufstand fiel, und die Nation bezahlte diesen Schritt sehr teuer, nämlich mit Strömen des edelsten Blutes ihrer Söhne, wie bei den anderen bewaffneten Bewegungen in den Zeiten nach der Teilung.

Der Aufstand fiel, denn auch in einem solchen Augenblicke durchwühlten die Nation ihre alten und früheren Fehler, denn es war keine Einigkeit, denn es war keine gehörige Vorbereitung und vor allem kein Glaube an das Gelingen des Aufstandes vorhanden. Über dieses Thema wurden schon ganze Bände geschrieben, und wir wünschen nicht heute alle diese Gründe ausführlicher zu wiederholen, die dem Aufstande den Fall sowie die schmerzlichen Folgen bereiteten.

Ehren muß man vor allem alle diese Helden, die aus den edelsten Antrieben zur Waffe griffen und das Blut ihrer Herzen nicht scheuten, um sich zur Freiheit durchzuschlagen und Europa daran zu erinnern, daß die polnische Nation, welche nach der Teilung der polnischen Republik ihre staatliche Selbständigkeit verloren hat, dasselbe Recht zur Freiheit habe, wie die anderen europäischen Nationen. Davon zeugen die blutigen Schlachtfelder von Grochow, Wawer, Wielki Dab und Jganie, denn das waren wirklich die schönsten Augenblicke des damaligen polnischen nationalen Kampfes. Diese heldenhaften Bemühungen erweckten die Bewunderung Europas, und die polnische Nation bewahrte und bewahrt für unsere nationalen Novemberrhelden, die ihren Hals unter das Joch der Knechtschaft nicht freiwillig beugten, Verehrung und Wertschätzung.

Aus Nr. 139 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 22. November 1916.

Wie die Alldeutschen um Bulgarien besorgt sind.

Unter vorstehendem Titel schreibt das Graudenzer Blatt u. a. folgendes:

Die „Deutsche Tageszeitung“ hält das Bündnis mit dem slawischen Bulgarien für das Deutsche Reich für sehr vorteilhaft — und das ist richtig. Darum ist es uns aber in diesem Augenblick nicht zu tun. Aus dem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ geht für uns hervor, daß Bulgarien, miewohl es ein kleiner Staat ist, der nur wenige Millionen Einwohner zählt, heute doch eine Macht darstellt, daß sogar die Alldeutschen mit ihr rechnen, wenngleich es sich um einen slawischen Staat handelt.

Eigentümlich aber ist es, daß ein alldeutsches und hafatistisches Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung“ und andere Blätter mit Polen und seinen Empfindungen immer noch nicht rechnen wollen, obwohl es doch unter den slawischen Staaten, ausgenommen Rußland, der größte Staat sein wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat dem wiedererstehenden Polen und den Manifesten der Kaiser, die es zu neuem Leben geweckt, in deutlichster Weise Abneigung gezeigt.

Die „erzhafatistischen“ „Danziger Neueste Nachrichten“ raten heute schon, sämtliches polnisches Land im preußischen Gebiete auszukufen und die hiesigen polnischen Landwirte im Königreich auf den Besitzungen ansässig zu machen, aus denen die Russen die Besitzer vertrieben haben. Für eine natürliche Sache sieht es auch dieses liebe Blättlein an, auf dem von der preußischen Regierung ausgekauften Lande nur deutsche Kolonisten anzusiedeln, namentlich Kriegsinvaliden. Es könnte somit scheinen, als ob die Polen im preußischen Militär überhaupt nicht dienten, als ob kein Pole in Verteidigung der Interessen des deutschen Staates verwundet worden wäre oder den Tod davongetragen hätte, oder als ob das polnische Blut und die polnischen Wunden minderwertiger wären. O, angesichts einer solchen Bodenlosigkeit! — (Aus gewissen Rücksichten können wir diese Bodenlosigkeit nicht näher bezeichnen.)

So aber stellen sich die hafatistischen Blätter die neue politische Orientierung im preußischen Staate nach dem Kriege vor. So viel bedeuten für sie die Versprechungen der deutschen Regierung und der preußischen Minister! Was Wunder, daß die Polen in Preußen den Beginn und die Durchführung der neuen Orientierung schon jetzt während des Krieges fordern.

Wir sind auch genötigt, hier auf einen Artikel der „Ostdeutschen Rundschau“ hinzuweisen, die den Polen jetzt schon ankündigt, daß nach dem Kriege der Kampf gegen sie verschärft werden würde, augenscheinlich zu dem Zwecke, um sie zum Verlassen des väterlichen Bodens zu zwingen. — Mögen sich die hafatistischen Zeitungen nur nicht irren! Wir Polen des preußischen Gebietsteiles wollen nach dem Kriege weder Kampf mit der Regierung noch Kampf mit unseren Mitbürgern deutscher Nationalität. Unseren Platz aber werden wir an niemanden abtreten. Wir werden unser väterliches Land niemandem geben, wir werden es verteidigen wie bisher. Wir hatten stets ein Recht auf dieses Land, denn es ist mit dem Blute und Schweiß unserer Väter getränkt. Und jetzt in der Zeit des Weltkrieges hat das polnische Volk dieses Recht durch sein Herzblut wieder von neuem gefestigt.

Daß Artikel der vorliegenden Art, die absichtlich Mißtrauen in den Polen wecken, auch auf unsere Brüder im Königreich Polen ungünstig einwirken müssen, ist mehr als gewiß. Deshalb ist es notwendig, daß die Regierung durch die Tat zeigt, daß diese Schreiberlein der alldeutschen und hafatistischen Blätter keine Bedeutung haben.

Es sei dem wie es wolle; eine interessante Sache ist es, daß die hafatistischen und alldeutschen Zeitungen so sehr mit den Empfindungen der Bulgaren rechnen und nach den Empfindungen der Polen gar nicht fragen.

Aus Nr. 271 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 24. November 1916.

Kaiser Franz Josef und die Polen.

Der Tod des Kaisers Franz Josef fand traurigen Widerhall nicht nur in Galizien, welches für den greisen Monarchen ein schon geradezu kindliches Empfinden hatte, sondern auch in ganz Polen. Zwei polnische Geschlechter haben sich daran gewöhnt, in diesem edlen Greise einen aufrichtigen Freund des Polentums zu besitzen und zu erblicken, und so kannte auch die Volkstümmlichkeit Franz Josefs — besonders in Galizien — keine Grenzen. Der verschiedene Monarch wußte dies wohl, aber in dem ihm eigenen Taktgefühl mißbrauchte er diesen Einfluß auf die Polen niemals in der Richtung, von ihnen allzugroße politische Zugeständnisse zu verlangen, was ihm mancher seiner Minister unterschob. Daher verband auch bis in die letzten Zeiten Galizien mit dem soeben verstorbenen edlen Monarchen ein ganz besonderes, rein gefühlsmäßiges Verhältnis. Franz Josef fühlte sich nirgends wohler, und nirgends weilte er so gern, wie gerade in Galizien, während umgekehrt die Bevölkerung Galiziens für die Person des Kaisers eine tiefe und unwandelbare Anhänglichkeit besaß, welcher sie sogar dann Ausdruck gab, wenn es Veranlassung hatte, mit der Wiener Regierung unzufrieden zu sein, was bekanntlich wiederholt geschah.

In frischer Erinnerung ist bei uns allen das tatkräftige Auftreten des verstorbenen Kaisers in der Abwehr der galizischen Flüchtlinge, welche bei ihrer scharenweisen Ankunft im ersten Kriegsjahre in Wien bei der städtischen Verwaltung sowie überhaupt bei der ganzen Wiener Bürgerschaft eine so skandalöse unfreundliche Aufnahme fanden, daß das Leben dieser armen Kriegsoffer, welche auf dem Wiener Pflaster fast als „lästige Ausländer“ behandelt wurden, für sie eine wahre Hölle zu sein begann. Als Franz Josef davon Kenntnis erhalten hatte, berief er den Bürgermeister zu sich und verlangte von ihm größeres Wohlwollen für diese Familien aus Galizien, indem er drohte, daß er im entgegengesetzten Falle „diesen Armen wohl sein Schloß in Schönbrunn werde überlassen müssen“. Diese schönen Worte liefen in der ganzen galizischen Presse um und erhöhten noch — soweit es möglich war — die Dankbarkeit Galiziens für diesen edlen Monarchen.

Franz Josef war kein Adler, kein Mensch, der der Menschheit neue Wege weisen würde, aber er besaß alle für einen konstitutionellen Herrscher nötigen Vorzüge, vor allem eine geradezu fabelhafte Gewissenhaftigkeit und eine mit idealer Güte verbundene Arbeitsamkeit. Das Leben ersparte ihm keine Bitternis, im Gegenteil Schlag auf Schlag fiel auf sein greises Haupt, aber er harrete aus als das Symbol sozusagen jenes Österreich-Ungarns, dessen Bestehen bis zum heutigen Tage trotz so vieler Stürme und Umwälzungen sein Verdienst ist. Ohne die politische Ehrenhaftigkeit, ohne das große Taktgefühl des verstorbenen Monarchen, welcher im Laufe seiner langen Regierung seine ursprünglichen Anschauungen über den politischen Charakter Österreich-Ungarns radikal ändern mußte, hätte das Verhältnis der österreichischen Deutschen zu den Slawen zweifellos die innere Konsolidation ständig unmöglich gemacht; nachdem Kaiser Franz Josef einmal die Überzeugung gewonnen hatte, daß die Wiener Politik unmöglich nur zentralistisch und slawenfeindlich sein könne, verließ er diesen Weg niemals mehr und ersparte dadurch Österreich an schweren Folgen reiche innere Konflikte.

Es geht daher ein Mann zu Grabe, für welchen die ganze Menschheit das Gefühl tiefster Verehrung haben mußte, und in diesem Gefühl der Trauer vereint sich ganz Polen. Jedenfalls ist die unendlich tiefe

Dankbarkeit, mit welcher jeder Pole seit mehreren Geschlechtern den Namen des verstorbenen Monarchen aussprach, der beste Beweis, daß wir trotz der heuchlerischen Behauptungen der Sakatisten nicht undankbar sind, daß im Gegenteil jeder Monarch, welcher für unsere Verteidigung wirklich eintreten und bemüht sein wird, uns kennen zu lernen, unsere Herzen zu gewinnen, in dieser Beziehung in bezug auf uns niemals eine Täuschung erfahren wird.

Aus Nr. 270 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 25. November 1916.

In einem die Schuldeputation in Posen besprechenden Artikel des Blattes finden sich hinsichtlich der konfessionellen und nationalen Zusammensetzung dieser Körperschaft folgende Forderungen:

„Daraus, daß in Posen seit dem Jahre 1873 die früheren konfessionellen Schulen zu einem paritätischen System vereinigt sind, kann man nicht die Notwendigkeit folgern, jenes Verhältnis zu ungunsten irgend eines der hiesigen Bekenntnisse umzustößen. Es ist im Gegenteil geboten, hier eine noch größere Parität zu wahren. Angesichts der Tatsache also, daß die Katholiken und Polen unter den Einwohnern Posens eine bedeutende Mehrheit bilden, mußte sich dieses Verhältnis auch in der Schuldeputation widerspiegeln...“

...Man muß also in die gegenwärtig unbesetzten Stellen und in diejenigen, welche später vakant werden, bis zur Durchführung des Grundsatzes der Parität, Katholiken polnischer Nationalität berufen. Polnische Kandidaten, die den Forderungen der ministeriellen Instruktion v. J. 1811 entsprechen, wird der Magistrat in ausreichender Zahl finden. Die polnische Stadtverordnetenfraktion wird solche nachweisen. Die deutschen Pädagogen sind nach dem Zurücktreten von zweien noch durch fünf in der gegenwärtigen Schuldeputation vertreten. Die Geistlichkeit hat aber in ihr keinen einzigen Vertreter. Und der Ministerialerlaß vom 17. Juni 1864, der konfessionelle Schulen im Sinne hat, sagt: (Es folgt der Wortlaut). Dieser Ministerialerlaß, sowie die ministerielle Instruktion vom Jahre 1811 erwähnten keine paritätischen Schulen, da es nicht die Absicht der Regierung war, ein solches System von Volksschulen zu begründen und da das Interesse der Familienväter irgend eines Bekenntnisses solche nicht forderte. Und auch heute haben derartige Schulanstalten nicht nur alle Katholiken, sondern auch die überwiegende Mehrheit der Protestanten gegen sich. Die Forderung des Verbandes deutscher Lehrervereine, die Kinder der verschiedenen Bekenntnisse in Einheitsschulen zu vereinigen, fand unter den Protestanten entschiedene Gegner. Auch bei uns im Posenschen hat die Mehrheit der rechtgläubigen Protestanten in dieser Frage eine solche Stellung eingenommen. Auf der Synode, die im Jahre 1911 in Posen stattfand, wurde durch den Mund des Berichterstatters Mollmann die Befriedigung darüber ausgedrückt, daß die Regierung seit 1910 keine evangelische Schule durch die Vereinigung mit einer katholischen in eine paritätische umgewandelt habe. In dieser Versammlung waren unter anderen anwesend: Kreisschulinsektor Dr. Krausbauer, der damalige Oberpräsident D. Schwarzkopf und der Generalsuperintendent Blau.

Nach der amtlichen Statistik vom Jahre 1916 gab es in ganz Deutschland insgesamt 284 paritätische Schulen. Offenbar ist also die Regierung gegen einen solchen Charakter der Schulen.

Die polnische Frage im besetzten Gebiet.

Aus Nr. 327 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 24. November 1916.

Die vorläufige Regierung.

Die Aufrufe der Parteien und die Erklärungen der politischen Gruppen weisen einträchtig auf die Notwendigkeit hin, eine nationale Regierung ins Leben zu rufen. Denn erst eine nationale Regierung wird eine rechtmäßige Vertretung Polens darstellen. Diese wird auch ein sichtbarer Beweis dafür sein, daß der polnische Staat eine lebendige Wirklichkeit ist und keine tote diplomatische Kombination. Die nationale Regierung kann aber nur durch den gesetzgebenden Landtag berufen werden. Zum Zwecke der Einberufung des Landtages müssen Wahlen durchgeführt werden, an denen alle Schichten der Bevölkerung Anteil nehmen werden.

Hierzu ist Zeit erforderlich; das Leben aber wartet nicht. Wer stehen bleibt, kommt zurück. Und wir müssen vorwärts gehen. Durch eigne Taten müssen wir den eignen Staat schaffen.

Unumgänglich notwendig ist daher die Einsetzung einer vorläufigen Regierung. Diese muß nämlich die Wahlen zum Landtage durchführen.

Außerdem gibt es auf dem Gebiete unserer nationalen Politik eine Reihe von Angelegenheiten, die sofort erledigt werden müssen, da sie sonst ohne uns erledigt werden. Diese Angelegenheiten kann und wird die vorläufige Regierung entscheiden.

Von weittragender Bedeutung ist die Armee, da sie dem Staate die Existenz sichert. Die Armee vertritt die Macht, ein Staat aber, der bestehen will, muß Macht besitzen.

Der polnische Staat ist im Feuer des internationalen Krieges entstanden. Er muß trotzdem seine Existenz begründen.

Die vorläufige Regierung muß eine bewaffnete Macht als die tatsächliche Grundlage ihrer Existenz besitzen. Das Volk aber muß eine Armee haben, die in diesem internationalen Kriege gegen seinen Feind kämpfen und auf diese Weise durch die Macht der Tatsachen die Zukunft schaffen wird.

Heute aber hat nur die schöpferische nationale Tat einen staatlichen Wert.

Jegliches Zögern und, was noch schlimmer ist, jegliche Passivität bedeuten Fesseln, die dem neuerstandenen polnischen Staatsorganismus angelegt werden.

Diese Tat ins Werk setzen kann nur eine nationale Regierung, zunächst eine vorläufige sowie ihre Expositur — die polnische Armee.

Passivität ist immer schädlich. In historischen Augenblicken pflegt sie aber tödlich zu sein.

Zu einer einheitlichen Tat werden wir uns nicht aufrufen, wenn wir die Allgemeinheit der Partei entgegenstellen werden.

Außerdem wird uns eine vorläufige Regierung schon in sozialer Beziehung moralisch machen. Sie wird das polnische Staatsinteresse gesetzmäßig machen. Sie wird den Kodex der staatlichen Strafwürdigkeit aufstellen. Sie wird uns das geben, was wir so sehr und so lange wünschen, nämlich die staatliche Ordnung.

Wl. Wołert.

Aus Nr. 324 des Naprzód (Krakau)
vom 22. November 1916.

Der Staatsrat in Warschau.

**Generalgouverneur von Beseler
stimmt den Forderungen des Nationalrats zu.**

Warschau, den 21. November 1916.

Der Generalgouverneur erkannte die Berechtigung der Forderungen des ausführenden Ausschusses des

Nationalrats an. Zu ihrer Ausführung soll in aller nächster Zukunft ein Staatsrat eingesetzt werden. Er soll sich aus 20 Mitgliedern — 8 aus der österreichischen und 12 aus der deutschen Okkupation — zusammensetzen. Hinsichtlich der ersteren sind bis jetzt keine positiven Nachrichten vorhanden, und die Sache ihrer Wahl verschleppt sich. In den Bestand der 12 Vertreter der deutschen Okkupation wird die Abordnung der 7 Personen eintreten, die nach Berlin und Wien gereist waren, sowie 3 Personen, von denen eine vom Generalgouverneur von Beseler ernannt werden soll.

Was das übrige anbetrifft, so finden Verhandlungen statt. Das Nationale Zentralkomitee stellt seinerseits die Kandidatur Arthur Gliwinskis, des Rechtsanwalts Smiarowski und Dr. Jodko in den Vordergrund. Angeblich soll in den Staatsrat Herr Wladislaus Studnicki gelangen.

Der Staatsrat im Königreich Polen und die österreichische Regierung.

Die „Ziemia Lubelska“ teilt mit:

Aus authentischer Quelle erfahren wir, daß die österreichisch-ungarische Regierung von Anfang an die Idee eines Staatsrats unterstützt habe und daß entsprechend dem Ziel die Lösung dieser Frage in aller nächster Zeit in einer möglichst geeigneten und die Interessen des polnischen Volkes möglichst ausgiebig berücksichtigenden Weise erfolgen werde.

Aus Nr. 325 des Naprzód (Krakau)
vom 23. November 1916.

Empfang der Delegierten des Nationalen Zentralkomitees bei Beseler.

Warschau, den 21. November.

Eine aus 3 Vertretern zusammengesetzte Abordnung des Nationalen Zentralkomitees begab sich zu General von Beseler und wurde von ihm in einstündiger Audienz im Schlosse Belvedere empfangen. Die Abordnung legte eine Denkschrift vor, in welcher hauptsächlich die Frage der polnischen Regierung (sofortige Einsetzung von Ministerien, die Kriegszwecken nicht dienen), die Frage der Bildung eines Heeres durch eine polnische Regierung (Zensurlücke) — . . des Pilsudski zur Sprache gebracht wird. General Beseler anerkannte grundsätzlich die Berechtigung der geäußerten Wünsche, legte dar (Zensurlücke) —, daß die Ankündigung vom 5. November folgerichtig und rücksichtslos in die Tat werde umgesetzt werden.

Dieser Empfang fand noch vor Bildung des Nationalrats statt.

Letzte Beschlüsse des Nationalrats.

Warschau, den 21. November.

Der Nationalrat hat in der gestrigen Sitzung den Grundsatz angenommen, daß ein Heer nur von einer polnischen Regierung geschaffen werden könne.

(Zensurlücke.)

Aus Nr. 324 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 21. November 1916.

Wir erfahren, daß aus der zwischenparteilichen Fraktion vorgestern die nationale Partei und die fortschrittliche Vereinigung ausgetreten sind. Bekanntlich ist schon früher aus dieser Organisation die Partei der Nationalen Arbeit ausgeschieden.

Auf diese Weise verbleiben in der zwischenparteilichen Fraktion die Realisten, die Nationaldemokraten und die neben ihnen herlaufende Polnische Fortschrittliche Partei. Was die Nationale Vereinigung in der

Provinz betrifft, so war sie stets im Verdacht, daß sie ein Teil der Nationaldemokratie sei. Jetzt wird es sich zeigen, ob diese Annahme berechtigt oder auf Tatsachen nicht gestützt war.

Die zwischenparteiliche Fraktion hört auf, als solche zu bestehen. Die drei verwandten Gruppierungen, die vorläufig in ihr verbleiben, sind nicht imstande, dieser Organisation einen zwischenparteilichen Charakter zu geben. Die Konstituierung des Nationalrats klärt und befestigt die innere politische Lage. Er umfaßt alle Richtungen des organisierten politischen Gedankens, welche von der Rechten bis zur extremen Linken auf dem Boden der Verwirklichung eines unabhängigen polnischen Staats stehen. Abseits verbleiben die Anhänger der Politiker der Herren Dmowski und Siegmund Graf Wielopolski.

Aus Nr. 328 des *Naprzód* (Kraſau)
vom 26. November 1916.

Fermente in den Parteien des Königreichs Polen.

Unter den auf Warschauer Boden zentralisierten Parteigruppierungen sind ziemlich einschneidende Veränderungen im Gange. Immer mehr Lücken erhält die rechtsstehende zwischenparteiliche Fraktion, aus welcher nach Ausscheidung der Gruppe der nationalen (Arbeit Grendyszynski, Krzywojewski, Bogdan Straszewicz — Kurjer Polski) gegenwärtig die nationale Partei (die frühere Marynski-Partei — Graf Rostkiewicz, Kostworowski usw.), der größte Teil der zwischenparteilichen Fraktion und die fortschrittliche Vereinigung (Gastrowski usw.) ausgetreten sind. Auf diese Weise verblieben in der Fraktion nur die Nationaldemokraten (ohne Führer, die überwiegend ausgewandert sind) und die Überreste der Realisten, die ebenfalls ihrer Häupter beraubt sind.

Nach den Akten vom 5. November hat sich naturgemäß der Einfluß der Liga des polnischen Staatswesens ungeheuer verringert. Sie wird gegenwärtig durch innere Zwistigkeiten zerrissen und kann weder bei der sich auf die Massen stützenden Linken, noch bei den die zu weit gehende einseitige Versöhnlichkeit der Liga des polnischen Staatswesens verurteilenden Gruppen der Rechten Sympathie finden. Es ist eine Sezession gewisser Elemente aus der Liga des polnischen Staatswesens und eine Vereinigung dieser Sezession mit gewissen gemäßigten Elementen zwecks Bildung eines neuen Zentrums nicht ausgeschlossen.

Aus Nr. 595 der *Nowa Reforma* (Kraſau)
vom 25. November 1916.

Erklärung der Parteien in Lublin.

„*Ziemia Lubelska*“ vom 24. d. Mts. enthält folgende Erklärung:

Indem wir den Akt vom 5. November d. J. als den Ausdruck des Einverständnisses zwischen den beiden Okkupationsregierungen auffassen, um die durch das polnische Volk aufgestellte Forderung der Unabhängigkeit zu verwirklichen, und indem wir feststellen, daß wir, um die Übernahme der Aufgaben und Pflichten übernehmen und die Schwierigkeiten überwinden zu können, ohne eine ordnungsgemäß gewählte Vertretung und eine entsprechend bevollmächtigte Regierung nicht auskommen können, halten wir es heute schon namentlich aus Rücksicht auf äußere Umstände für notwendig, unsere Forderungen in folgender Weise zu präzisieren:

1. Der Landtag, hervorgegangen aus allgemeinen Wahlen seitens der Bevölkerung des ganzen Königreichs Polen, ausgestattet mit der vollen Kompetenz der Gesetzgebung und dem Rechte der Initiative wie auch mit der gesicherten Freiheit der Beratung und

Entscheidung, vertritt die Interessen und drückt den Willen der polnischen Volksgesamtheit derjenigen Gebiete aus, die Rußland in diesem Kriege von den Zentralmächten abgenommen wurden.

2. Der Staatsrat, durch den Landtag ins Leben gerufen, ist sein diplomatisches und ausführendes Organ, dem Landtage verantwortlich und zugleich bis zum Augenblick der endgültigen Organisation des Staates und der Schaffung der höchsten Staatsgewalt die einzige leitende Aufsichtsbehörde für die nach und nach entstehenden Behörden und Ämter.

3. Der provisorische Staatsrat, der in nächster Zeit berufen werden soll, muß die erste Aufgabe haben, den Landtag nach obengenannten Grundsätzen einzuberufen.

4. Ein Landtag und eine Regierung, die obigen Grundsätzen nicht entsprechen würden, könnten als eine rechtmäßige Vertretung und eigene Organisation des Volkes nicht angesehen werden.

5. Die in der Gegenwart unvermeidliche zeitige Abhängigkeit des Landes von den Zentralmächten dürfte die Grenzen nicht überschreiten, die durch die Notwendigkeiten des Krieges geboten sind, und dürfte auf keinen Fall den Charakter einer Unterordnung unter einen einzigen der beiden Staaten haben.

Für den Polnischen Klub:

Johann Stecki, Stanislaus Skwinski, Boleslaus Sekutowicz.

Für den Nationalen Ausschuß:

Dr. Paul Jankowski, Georg Maczewski, Przemyslaus Podgorzski.

Im Zusammenhang mit obiger Deklaration erklären ergänzend: Daniel Skwicz, Marian Kunicki, Bronislaus Golembewski, Viktor Turczynowicz folgendes:

Im Sinne der Entschließung des Lubliner Ausschusses der Liga für das polnische Staatswesen vom 23. d. Mts. erklären die Unterzeichneten im Namen des Ausschusses ihren Beitritt zu den Beschlüssen des Polnischen Klubs und des Nationalen Ausschusses in Lublin in der Erwartung, daß diese Beschlüsse, unterstützt durch die analogen Organisationen und Institutionen des Landes, auf diese Weise den Willen der ganzen polnischen Volksgesamtheit zum Ausdruck bringen werden.

Aus Nr. 567 des *Głos Narodu* (Kraſau)
vom 26. November 1916.

Kristallisierung.

Die vorgestern von Lubliner Vereinen, dem polnischen Klub, dem nationalen Ausschuß und dem örtlichen Ausschuß der Liga des polnischen Staatswesens, erlassene Erklärung sammelt und ordnet eine Reihe von grundsätzlichen Forderungen, welche das Königreich Polen in der durch das Novembermanifest geschaffenen Lage in den Vordergrund stellt.

Es handelt sich um die Bildung eines polnischen Staatswesens. Dazu ist zunächst nötig, daß die Quelle der nationalen Staatsgewalt, d. i. ein vom ganzen Königreich Polen gewählter Landtag, sodann die Exekutive, d. i. die Regierung, ein Staatsrat entstehe, während eine provisorische Exekutive diese Wahlen vorbereiten soll. Daraus ergab sich die Forderung eines vorläufigen Staatsrats, dessen nächste und erste Aufgabe sein wird, die einleitenden Arbeiten durchzuführen und die Einberufung eines Landtages zu ermöglichen.

Diese 3 nächsten Stappen der Entstehung eines polnischen Staatswesens sind heute Eigentum des ganzen Königreichs Polen in seinen beiden Okkupationen, obgleich sie gegenwärtig am klarsten in Lublin formuliert worden sind, wo sie nach dem Novembermanifest zuerst erfaßt und veröffentlicht wurden.

Schon am 8. November nämlich, also 3 Tage nach Bekanntmachung des geschichtlichen Akts, tauchte in den Zeitungen eine Erklärung auf, durch welche die ernstesten Bürger des Orts und der Umgegend feststellten, daß „Die Verwirklichung des proklamierten Grundsatzes eines unabhängigen polnischen Staats sich nur unter Beteiligung der polnischen Volksgesamtheit selbst, und zwar durch ihre rechtmäßig gewählten Vertreter vollziehen kann.“ So mußte die erste und nächste logische Konsequenz sein, die aus dem Manifest auf dem Wege politischen Denkens gezogen worden ist. Kein Wunder, daß sie im ganzen Königreich Polen austauchte und auf dem Gebiete beider Okkupationen in Beschlüssen, Entschliefungen und öffentlichen Erklärungen, die von verschiedenen Versammlungen bekannt gemacht wurden, Ausdruck fand.

In allen diesen Erklärungen hinsichtlich des Manifestes offenbarte sich der Wille der Volksgesamtheit, daß die entstehende Regierung sich auf konstitutionelle Grundlagen stützen soll, die der November-Akt so deutlich festlegte. Daher ergriffen auch, als am 12. November Generalgouverneur von Beseler die Entschliefungen betreffend den zukünftigen Landtag und Staatsrat bekannt gemacht hatte, politische Vereinigungen in Warschau das Wort und stellten in mehr oder weniger deutlicher Form weitergehende Forderungen auf, als die in diesem Akte angeordnete Landtagswahlordnung und die des Staatsrats. Die Liga des polnischen Staatswesens erklärte direkt, daß die Volksgesamtheit an so gestalteten Instituten nicht mitwirken könnte, während das Nationale Zentralkomitee in einer öffentlichen Erklärung sich für eine wirkliche, rechtmäßige, auf Grund von Wahlen gestützte polnische Staatsgewalt erklärte. Es ist nämlich daran zu erinnern, daß die durch die Bekanntmachung vom 12. November angekündigte Landtagswahlordnung sich auf die Wahl von Vertretern des Generalgouvernements Warschau durch auf Grund von Ernennungen der Okkupationsbehörden entstehende Kreisversammlungen, durch den ebenfalls ernannten Gemeinderat von Lodz und durch den Warschauer Gemeinderat, der allein aus Wahlen hervorgegangen ist, stützt. Außerdem wurde in diesem Akt die Wahl der Vertreter aus dem österreichischen Okkupationsgebiet für die Zukunft reserviert, und indem dieser spätere Termin nicht näher bezeichnet wurde, wurde ein provisorischer Staatsrat angekündigt, der durch Ernennung seitens der Okkupationsbehörden entstehen sollte. Die Mitglieder dieser vorläufigen Einrichtungen wurden vom General von Beseler sogar schon berufen, aber sie konnten der Aufforderung nicht Folge leisten, da sich inzwischen ein aus Vertretern der verschiedenen Parteien zusammengesetzter Nationalrat zu organisieren begann, welcher die Unterhandlungen mit den Okkupationsbehörden zwecks Bildung eines provisorischen Staatsrats auf Grund einer Verständigung mit den Parteien in die Hand genommen hat. Über den Verlauf dieser Verhandlungen besitzen wir noch keine näheren Mitteilungen, in jedem Falle waren sie in dem Augenblick, wo wir diese Worte schreiben, noch nicht abgeschlossen.

Inzwischen aber befestigt und kristallisiert sich die öffentliche Meinung des Königreichs Polen. Scheinbar auseinanderlaufende Teilchen setzen sich um eine einzige Achse fest. Es ist dies der Landtag und die polnische Regierung als die ersten Staatseinrichtungen, womit die wiederholt in den Vordergrund gestellte Forderung einer Dynastie und eines Regenten verbunden wird. Die Lubliner Entschliefungen gehen in diesem Kristallisationsprozeß insofern einen Schritt weiter, als sie die Einzelheiten der heute unbedingt nötigen Forderungen genauer formulierten. Der Landtag soll auf Grund allgemeiner Wahlen und von der Bevölkerung des ganzen Königreichs Polen gewählt werden; er soll

vollständige gesetzgeberische Zuständigkeit sowie Freiheit der Beratungen und Entscheidungen besitzen. Der Staatsrat soll ein Organ des Landtages und ihm gegenüber verantwortlich sein; er soll die leitende Obrigkeit und die für alle allmählich entstehenden Behörden und Ämter einzige Obrigkeit sein. Der Nachdruck, welchen das Königreich Polen auf diese Forderungen legt, wird in der Erklärung ausgedrückt, daß ein Landtag und eine Regierung, die diesen Grundsätzen nicht entsprechen würde, als rechtmäßige Vertretung und eigene staatliche Organisation des Volkes nicht anerkannt werden könnten.“ Es fehlt auch nicht an einem äußerlich politischen Moment, — wenn man sich so ausdrücken darf — das in der These zusammengefaßt ist, daß „die in der Übergangszeit unvermeidliche zeitliche Abhängigkeit des Landes von den Mittelmächten“ sich in den durch die kriegerischen Notwendigkeiten umschriebenen Grenzen bewegen sollte, und überdies „kann sie in keinem Falle den Charakter der Unterordnung unter nur eine Macht haben.“

So lautet in den grundsätzlichen Punkten die Forderungen des Königreichs Polen, die jetzt in Lublin festgelegt und den galizischen Blättern durch das k. k. Korrespondenzbureau übersandt worden sind, was die Schlußfolgerung gestattet, daß die Okkupationsbehörden ihnen Gewicht und Bedeutung beilegen. Sie werden zweifellos die Grundlage der Erörterung im ganzen Königreich Polen werden, so daß sich Warschau auf ihre Grundlage wird weiter, und, wie bisher, mit gleicher — hoffen wir — Einheitlichkeit in den grundlegenden Fragen, in der entschiedenen Umschreibung der Ordnung, in welcher die polnischen staatlichen Einrichtungen entstehen sollen, und in den rechtlich-öffentlichen Grundsätzen, auf die sie sich stützen sollen, äußern können. Diesen Prozeß werden wir aufmerksam verfolgen mit dem Wunsche, daß man in seinem Verlauf diejenigen Elemente der politischen Logik, Besonnenheit und der nüchternen Beurteilung der Lage, von denen die bisherigen Anfänge dieser Aktion zeugen, möglichst reichlich sehen könnte.

Aus Nr. 325 des *Naprzód* (Krakau)
vom 23. November 1916.

Aufruf der polnischen Jugend in Wloclawek.

Landesleute!

Das polnische Heer erhebt wieder.

Wir — die polnische Jugend — wollen mit den Spitzen unserer Bajonette die Grenzen des Vaterlandes zeichnen.

Wir warten auf den Befehl der Nationalregierung (Zensurücke) — möge sie uns zu den Waffen rufen — dann werden wir uns wie ein Mann stellen.

Es lebe die polnische Regierung! Es lebe der Chef der Nation Josef Pilsudski. Es lebe und siege der wiederaufstehende nationale Adler!

Die philaretische Jugend.

Die nationale Jugend.

Die Jugend von der Vereinigung „Zargewie“.

Die Arbeiterjugend.

Der Verband der völkischen Jugend.

Wloclawek, den 11. November 1916.

Aus Nr. 326 des *Naprzód* (Krakau)
vom 24. November 1916.

Aufruf der P. P. S. in Sachen des Heeres und der Regierung.

„Die Befreiung der Arbeiter sollte das Werk der Arbeiter selbst sein.“

In Anbetracht der in diesen Tagen veröffentlichten Aufrufe der Generalgouverneure in Warschau

und Lublin in Sachen der sofortigen Bildung eines polnischen Freiwilligen-Heeres erklären wir:

1. Die Arbeiterklasse ist bereit, Polen und Litauen zu verteidigen, um die russische Invasion abzuwehren; aber das polnische Proletariat kann dies in dem Gefühl, daß sein Blut nicht vergeblich fließen wird, nur in dem Falle tun, wenn eine rechtmäßige und das Vertrauen der Volksmassen besitzende Nationalregierung zum Kampfe aufgerufen wird; die deutsch-österreichischen Behörden können das polnische Volk nicht zu den Waffen rufen;

2. eine rechtmäßige Nationalregierung kann nur im Auftrage eines gesetzgeberischen Landtages bestehen, der aus allgemeinen, geheimen, gleichen, direkten und proportionalen Wahlen hervorgegangen ist;

3. zum Zwecke der Einberufung des Landtages und zur Durchführung der entsprechenden Wahlen ist eine vorläufige Regierung zu schaffen, die sich aus demokratischen und die Unabhängigkeit erstrebenden Elementen in der polnischen Volksversammlung zusammensetzt;

4. die Okkupationsbehörden müssen die immer noch in Polen und Litauen zwangsweise durchgeführte Aushebung der Arbeiter einstellen; die Sache der Regelung der Arbeitslosigkeit, der Inbetriebsetzung der Industrie, der öffentlichen Landesarbeiten wird die Nationalregierung auf sich nehmen, sobald sie die ganze zivile Staatsgewalt im Lande übernehmen wird.

Das Zentrale Arbeiterkomitee der polnischen sozialistischen Partei.

Den 13. November 1916.

Aus Nr. 263 des Kurjer Zagłębia (Sosnowice)
vom 21. November 1916.

In einer am 20. November 1916 in Sosnowice abgehaltenen politischen Versammlung des Vereins christlicher Arbeiter wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die in der Versammlung zu Sosnowice am 19. November 1916 Versammelten fordern die Errichtung einer Nationalregierung und eines aus Wahlen hervorgegangenen polnischen Landtages sowie die Bildung eines polnischen Heeres, dessen erste Kadres die Legionen sein werden; fürs allernächste fordern sie wenigstens die Beseitigung der Okkupationsgrenze und die Übergabe der Verwaltung des Gerichts- und Volkswesen in polnische Hände.“

Aus Nr. 326 des Naprzód (Kraukau)
vom 24. November 1916.

Betrifft die Liga des polnischen Staatswesens.

In der letzten Sitzung der Liga des polnischen Staatswesens, in welcher seit einiger Zeit eine starke Gärung vor sich geht, haben die Herren M. Lempicki und J. Chmielewski ein Mißtrauensvotum erhalten, was sie zum Austritt aus dem Vorstand der Liga des polnischen Staatswesens gezwungen hat.

Aus Nr. 571 des Kuryer Lwowski (Lemberg)
vom 14. November 1916.

Aufruf der polnischen Volkspartei im Königreich.

An das polnische Volk!

Ein großer Tag ist für uns gekommen! Man hat in dem Königsschloß heute am 5. November 1916 dem polnischen Volke und der Welt die Unabhängigkeit Polens verkündigt!

Am heutigen Tage soll der Bau des neuen Gebäudes, der Bau des polnischen Staates beginnen.

Heute muß über ganz Polen die Stimme der Millionen von Landleuten ertönen: Gebt uns Zutritt zur Regierung!

Wenn das neue Gebäude mächtig sein soll, möge es alle Polen umfassen und mögen sich alle daran beteiligen.

Gebt dem Volke Zutritt zur Regierung, und Millionen von Händen werden zu den Waffen greifen, um die Rechte des Volkes zu verteidigen.

Das polnische Volk wird es nicht zulassen, daß die arbeitenden und kämpfenden Massen beim Bau Polens zur Seite geschoben werden. Es wird nicht zulassen, daß es in gegenwärtiger Zeit gewaltsam zur Arbeit in fremde Länder gebracht wird!

Möge in jedem Dorfe, in jeder Gemeinde, in den Städten und Städtchen von ganz Polen das Volk sich besprechen und laut die Einberufung des großen konstitutionellen Landtages fordern, der auf dem Wege gleicher, geheimer, direkter und allgemeiner Wahlen ins Leben gerufen werden soll.

Dieser Landtag wird eine Regierung einsetzen, Ordnung und Gerechtigkeit schaffen und die polnische Armee organisieren, die einzig und allein die Bürgerschaft unserer Unabhängigkeit sein kann.

Es gibt nur ein Mittel der Erhaltung, Stärkung und Erweiterung der Unabhängigkeit — eine demokratische Regierung!

Es gibt nur eine einzige Waffe des Volkes — die nationale Armee!

Es gibt nur einen Führer, der das Vertrauen des ganzen polnischen Volkes besitzt — Joseph Piłsudski!

Es lebe das unabhängige Polen des Volkes!

Es lebe der polnische Landtag!

Es lebe die polnische Armee!

Die Polnische Volkspartei.

Warschau, den 5. November 1916.

Aus Nr. 328 des Naprzód (Kraukau)
vom 26. November 1916.

Eine wichtige Denkschrift über Litauen.

Wie der Warschauer „Biuletyn“ (Bulletin) mitteilt, übersandte der gegenwärtige Polizeipräsident in Hannover, früherer deutscher Bürgermeister in Wilna, von Beckerath zu Händen des Oberbefehlshabers Ost eine Denkschrift betreffend die Nationalitätenpolitik im Verwaltungsbezirk Wilna. Nach seinen auf amtlichem Hintergrunde gemachten Beobachtungen können manche Maßnahmen, die auf dem Gebiete der dortigen Politik angewandt werden, die „beabsichtigte dauernd Angliederung dieser Provinzen an das Deutsche Reich“ erschweren. Nach einer Darlegung, daß unter der Litauen bewohnenden Bevölkerung das kulturelle und wirtschaftliche Übergewicht die Polen haben, schließt der Verfasser seine Denkschrift mit der Schlussfolgerung:

„... Ich bin überzeugt, daß bei Einführung einer dauernden, nicht nur auf militärischer Übermacht gestützten Herrschaft im Wilnaer Verwaltungsbezirk die Mitwirkung der Polen unentbehrlich ist und daß diese Beteiligung möglich wäre, ohne die inneren politischen Verhältnisse des Reiches zu gefährden. In jedem Fall halte ich es für richtig, nur die polnische Bevölkerung von der Beteiligung an der Landesverwaltung von vornherein auszuschließen und sie durch eine Behandlung, welche sie als parteiisch empfinden wird, dem deutschen Regime abgeneigt zu machen und sie auf diese Weise in der Richtung einer Vereinigung mit einem nach dem Kriege entstehenden nationalen polnischen Staate zu drängen.“

Diese Denkschrift, welche vom General Ludendorff als „wertvoll“ angenommen wurde, hat in Wilna großen Eindruck gemacht.“

Aus Nr. 594 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 24. November 1916.

Litauen und der polniſche Staat.

Aus Wilna ſchreib man an die „Ziema Lubelska“:

Am 8. November fand unter Beieiligung von 152 Perſonen eine Verſammlung ſtatt, in der folgende Beſchlüſſe angenommen wurden:

1. Bezüglich der Aktes der Unabhängigkeitserklärung Polens ſind wir der Anſicht, daß dieſer Akt von ungeheurer weittragender Bedeutung iſt, daß er die polaiſche Frage zu einer europäischen Angelegenheit macht, ferner daß ohne Rückſicht auf die ſoziale und politiſche Überzeugung dieſer Akt von der ganzen polniſchen Geſamtheit als ein beſonderer nationaler und politiſcher Wert aufgefaßt werden kann und muß, der die erſte Etappe auf dem Wege zum Wiederaufbau Polens in möglichſt weitgehenden hiſtoriſchen Grenzen darſtellt.

Im Gefühle der Einmütigkeit mit dem Königreich ſind wir der Anſicht, daß die Unabhängigkeitserklärung Polens eine Änderung des biſherigen Kurses der deutſchen Politik bezüglich der Polen in Litauen nach ſich ziehen muß, namentlich durch Wiedereinführung der polniſchen Sprache in die Verwaltung, das Gerichts- und Schulweſen, ferner durch Erneuerung der geſchloſſenen polniſchen Inſtitutionen und Nichtbehinderung bei der Entſtand neuer, durch Inſtandenrufen der ſtädtiſchen und ländlichen ſelbſtverwaltung und Abſchaffung der Beſchränkungen, die den Verkehr mit und alle Beziehungen zu dem Königreich Polen erſchweren.

Obige Forderungen müßten durch ein polniſches Komitee den deutſchen Behörden unterbreitet werden.

2. In der Angelegenheit der durch die Okkupationsbehörden angekündigten Einſtellung in die Arbeiterbataillone ſind die Verſammelten einmütig zu einem negativen Entſchluß gekommen.

3. Bei dem Mangel einer offiziellen polniſchen Vertretung in Wilna, die die nationalen Interieſſen vertreten könnte, und bei der unbedingten Notwendigkeit des Schutzes dieſer Interieſſen halten wir es für unumgänglich notwendig, daß ſich ein polniſches Komitee bilde, das die polniſchen Angelegenheiten gegenüber den deutſchen Behörden in Wilna vertreten würde.

Die polniſche Frage im Auslande.

Aus Nr. 564 des Glos Narodu (Kraſau)
vom 23. November 1916.

Kaiſer Franz Joſeph I. und die Polen in Galizien.

Als er am 2. Dezember 1848 inmitten des Sturmes, den der Völkerrühm über den Himmel Öſterreichs brachte, den Thron beſtieg, herrſchte in Galizien unumſchränkt der fremde Beamte, der in fremder Sprache die Regierungsgeschäfte ausübte und Befehle erteilte; fremde Richter richteten die Bevölkerung in einer für ſie unverständlichen Sprache, eine fremde Sprache war die Sprache für alle Schulen von der Volkſchule an bis zur Univerſität. Der Pole hatte nicht das Gefühl, daß er auf ſeinem eigenen Boden wandle, auf dem Boden, den er von ſeinen Vätern und Vorfahren übernommen hat.

Im Augenblicke ſeines Todes aber wird Galizien von polniſchen Beamten regiert, ſeine Bewohner werden von polniſchen Richtern gerichtet; Polen ſind die Lehrer der Jugend, ob ſie ſie mit dem Alphabet bekannt machen oder ſie zu den Höhen der Wiſſenſchaft führen. Die polniſche Sprache erklingt überall, nicht nur als Verkehrſprache der Behörden und Gerichte mit der Bevölkerung, ſondern auch als Sprache des inneren Dienſtes. Von dieſer polniſchen Bevölkerung Galiziens ging der Gedanke des Wiederaufbaus eines geſtückten Polens auf den Thron der Habsburger aus; die Jugend dieſes Volkes eilte zu den polniſchen Legionen,

die ſich mit Öſterreich verbanden und ſich unter den Schutz ihres Kaiſers ſtellten.

Was für ein weiter Weg iſt von jener Zeit, da Franz Joſeph I. den Thron beſtieg, bis zum gegenwärtigen Augenblicke, bis zum Akte vom 5. November! Zu Anfang — das alte Öſterreich, das mit den Wurzeln ſeiner politiſchen Gedanken in das 18. Jahrhundert zurückreichte und es für ſein Ziel und ſeine Aufgabe hielt, Öſterreich zu einem einheitlichen und deutſchen Staat umzugestalten, der vom deutſchen Gedanken regiert wurde ohne Rückſicht auf die nationalen Beſtrebungen der verſchiedenartigen Völker und Stämme, die ſich in ihm im Verlauf der geſchichtlichen Ereignisse fanden. Am Ende ſeiner Regierung — ein Öſterreich, das der Wiedererweckung Polens hilfreich die Hand reicht und die Erweiterung der Rechte Galiziens ankündigt.

Die Führung Galiziens auf dieſem weiten von Schwierigkeiten ſtrohenden Wege, die Beſeitigung von Begriffen bei den Schichten, die es regiert haben, und die Aufſtellung neuer Ideen an ihrer Statt, iſt eine gewaltige, große Tat, die immer mit dem Namen des verſtorbenen Monarchen verknüpft ſein wird. In einer Epoche, in der der Grundsatz des Nationalstaates in Europa geweckt wurde und zum Siege gelangt iſt, ſchien es, daß eine Monarchie, die kein Nationalstaat ſein kann, keine Exiſtenzberechtigung habe. Erlöſt wurde die Monarchie durch die neue Idee des Staates, der eine Stütze für verſchiedene Nationalitäten ſein ſoll, wenn dieſe auch noch ſo klein und ſo ſchwach ſind, daß ſie einen eigenen Staat nicht bilden können. Dieſe Idee hat auch größere Völker nach ſich gezogen, die die Vorteile der Zugehörigkeit zu einer Großmacht erkannten, nachdem es klar geworden war, daß dieſe ihnen eine freie, auf Gerechtigkeit geſtützte nationale Entwicklung ſichert. Dieſe Idee hat auch in den Köpfen der Polen geſiegt, die das Schickſal an Öſterreich geknüpft hat.

Das geſchah nicht gleich nach dem Jahr 1848. Die erſten Äußerungen der neuen Gedanken ſollten damals noch nicht in die Wirklichkeit umgeſetzt werden. Erſt die Jahre 1859—1873 brachten unter noch vielfachen Reibungen die Beſteigung der neuen Grundsätze, auf die ſich das politiſche Leben auch der Polen ſtützte. Von dieſer Zeit an ſloß es dann ruhig bis zur Gegenwart dahin.

Noch ehe es zur Beſteigung der neuen Grundsätze der neuen Konſtitution vom Oktober 1860 kam, ließ man ſchon i. J. 1859 auf Anordnung der Behörde in Galizien im Verkehr mit der Bevölkerung die polniſche oder rutheniſche Sprache zu, und im nächſten Jahre wurde durch neue Verordnung die polniſche und rutheniſche Sprache für alle Behörden, und Gerichte als Verkehrſprache mit der Bevölkerung eingeführt. Die fremden Beamten wurden nach und nach zurückgezogen, und an ihre Stelle traten in weitem Umfange Polen. Ein Jahr ſpäter poloniſierte man teilweise die Kraſauer Univerſität.

Noch war der Umbau Öſterreichs, der zugleich auch die Erneuerung ſeiner Kraft ſein ſollte, aber durch den engen Gedanken der Zentraliſation und Germaniſation unterwühlt war, nicht beendet, und noch wartete Öſterreich nach dem Diplom Goluchowskiſkis vom Jahre 1860 und nach dem Patent Schmerlingſkis vom Februar 1861 auf die neue Konſtitution, die erſt der Dezember 1867 bringen ſollte; aber trotzdem war er ſchon damals ſicher, daß in dem neuen Rahmen des Staatslebens die Polen frei leben würden, daß ſchon im Jahre 1861 der Landtag die denkwürdigen Worte ausſprechen konnte, daß die Polen an der Seite des Monarchen ſtehen wollen, „ohne die Beſorgnis eines Verzichtes auf den nationalen Gedanken und in dem Glauben an die Sendung Öſterreichs.“

Die Dezemberkonſtitution vom Jahre 1867 hat die Polen nicht befriedigt. Sie ſtimmten jedoch für

sie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Monarchie. Vor ihrer Verkündung erhielt das Landesgesetz über die Sprache in den Schulen, durch das die Volks- und Mittelschule in Galizien zu einer polnischen, beziehungsweise ruthenischen umgestaltet wurde, die Zustimmung; auch erhielt Galizien — gemäß der Forderung des Landtages — einen Landeschulrat. Aber das konnte die Polen nicht befriedigen. Ihre Forderungen formulierte der Landtag in der Entschließung vom 28. September 1868. Die Sonderstellung Galiziens war die Parole, unter der sich die Landtagsdelegation im Wiener Parlament vereinigte. Es begann der Kampf um die Entschließung, an den man jetzt so lebhaft erinnert wird. Die Forderung konnte in vollem Umfange nicht durchgeführt werden. Jedoch erlangten im Zusammenhang mit dem Kampfe um diese Entschließung die Polen in Galizien eine Reihe weiterer Konzessionen: im Jahre 1869 die Anerkennung der polnischen Sprache als Sprache des inneren des Dienstes bei den Behörden und Gerichten, i. J. 1870 die Polonisierung der Krakauer Universität, i. J. 1871 die Berufung eines besonderen Ministers für Galizien in den Kronrat und die Polonisierung der Universität und des Polytechnikums in Lemberg.

Nach der verlorenen parlamentarischen Kampagne i. J. 1873 bei der Einführung der direkten Wahlen für den Staatsrat verzichteten die Polen auf die „Entschließung“ und gingen im Vertrauen auf die ihnen gemachte Zusicherung der Freiheit der nationalen Entwicklung aus der Opposition zur Regierungsmehrheit über. Sie gaben der Monarchie eine Reihe hervorragender Staatsmänner und bekannten sich zu dem Grundsatz, daß sie dem Staate die Forderungen nicht versagen werden, die zu seiner Kraft nötig sind, nämlich das Heer und das Budget.

Der weitblickende Sinn des Monarchen hat den Polen die Möglichkeit einer nationalen Existenz und der Entwicklung ihrer nationalen Kräfte gesichert. Sie haben darauf mit ehrlicher, wahrer Loyalität geantwortet, die ungetrübt von Tag zu Tag wuchs. In diesem Vertrauen setzten sie auf seinen Verstand, seinen Willen und sein Herz die Hoffnung, daß sie mit seiner Hilfe und mit Hilfe seines Staates das erringen werden, was immer der heißeste Wunsch ihrer Herzen und Sinne war.

Mit tiefer Trauer stehen sie nun an seiner Bahre.

Stan. Kutrzeba.

Aus Nr. 3221 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 8. November 1916.

Auf den Spuren der Arbeiten des Obersten Nationalkomitees.

Das Problem der Erlangung des polnischen Staatswesens, welches der grundsätzliche Ausgangspunkt des D. N. K. ist, stellte sich der polnischen Volksgesamtheit als das Problem sozusagen des praktischen Idealismus dar. — Um das Verhältnis zu verstehen, welches die polnische Volksgesamtheit zu diesem fundamentalen Teil der Tätigkeit des D. N. K. einnahm, wollen wir uns der Denkmethode bedienen, die der ausgezeichnete Philosoph Richard Avenarius anwendet. — Es folgt eine kurze Wiedergabe der Grundsätze des Avenarius über die „Vitaldifferenz“ und über das „vitale Erhaltungsmaximum“ mit folgenden Schlußbemerkungen:

„Es ist für jeden sofort klar, daß z. B. das französische Volk, welches eine eigene Nationalregierung, einen eigenen Staat, eine großartige Armee und Flotte, eine ausgezeichnete Verfassung besitzt und ein reiches Volk ist, fähig, über sein eigenes Schicksal frei zu entscheiden, — „den Zustand des vitalen Erhaltungsmaximums“, jenes biologische „optimum“ weit

leichter erreichen kann, als z. B. die polnische Volksgesamtheit, welche aller dieser Werkzeuge zum Schutz und zur Entwicklung ihres Daseins völlig beraubt ist . . .“

In einem solchen Zustand befanden sich die Teile des polnischen Volkes im russischen und preussischen Teilgebiet in der Zeit, als gegen sie die Methoden einer rücksichtslosen möglichst weitgehenden nationalen Bedrückung angewendet wurden. Dies rief in diesen beiden Teilgebieten eine Abnützung der sozialen und nationalen Tatkraft zur Beseitigung der Folgen dieses von außen kommenden Druckes hervor. Das Polensche unternahm den schweren Kampf um das tägliche Dasein mit dem deutschen Koloß, welcher mit einer ungeheuren Wucht unter Anwendung aller fortschrittlichsten Kampfmethoden, mit denen nur die hochentwickelte deutsche Wissenschaft, der große Reichtum und die rücksichtslose Art der Auffassung jedes Kampfes das deutsche Reich ausstatten konnten, einen Druck ausübte. Es ist klar, daß es der polnischen Volksgesamtheit im preussischen Teilgebiet in Anbetracht dessen an der nötigen Zeit und Tatkraft gebrach, um sich irgend einen allgemeinen Gedanken über die nationale Politik zu bilden, um die Bedürfnisse aller Teilgebiete mit dem Auge zu erfassen, um mit dem ganzen Polentum Fühlung zu unterhalten.

„Mutatis mutandis“ gelangten im Königreich Polen ähnliche Verhältnisse zur Herrschaft. Dieser größte Teil des polnischen Staates mußte ebenfalls einen schweren Kampf ums Dasein mit einem Feinde führen, der ebenso rücksichtslos und dabei barbarisch war, aber mit anderen Methoden wirkte, welche dem Blute des Volkes Gift einschlößten. Es ist hinzuzufügen, daß die Vorräte an Tatkraft im Königreich Polen zu sehr von dem russisch-japanischen Kriege geschwächt wurden, in welchem das polnische Volk sich in dem schweren Kampfe um fremde, es nichts angehende Interessen verbluten mußte. Dieser Krieg rief auch in unserer Volksgesamtheit im Königreich Polen das hervor, was stets in jedem Organismus ein übermäßiger Verlust an Tatkraft hervorruft: einen krankhaften Zustand, einen Ausbruch von Fieberhize — einer sozialen Revolution zusammen mit allen typhösen Erscheinungen. Sogar nach 10 Jahren, im Augenblick des Kriegsausbruches war das Königreich Polen davon noch nicht geheilt, hatte es noch nicht alle moralischen und materiellen Verluste ersetzt, die ihm dieser Zeitabschnitt zugefügt hatte. Aber vor allem konnte es noch nicht den größten Schaden wettmachen, den ihm die Revolution bereitet hatte: den weitgehenden Zwiespalt und die innere Zerrissenheit, die heftigen Konflikte in den Parteien, deren Gegensätze sich in Haß verwandelten.

Es ist leicht zu verstehen, daß derartige Verhältnisse einer gedanklichen Erfassung der Gesamtheit der polnischen Interessen nicht günstig waren, daß sie dazu zwangen, vor allem an die örtlichen Verhältnisse, an die Wettmachung der Schäden und Heilung der Wunden des russischen Teilgebietes zu denken. Und hinzuzufügen ist noch die Psychose, welche die lange russische Herrschaft in Polen hervorgerufen hat, die Psychose, die der polnischen Volksgesamtheit sagte, daß der russische Koloß, der sich nach jeder Niederlage so rasch emporrichtet, tatsächlich eine unbefiegbare Macht ist, daß alle sozialen Kräfte dazu verwendet werden müssen, um in dem Kampfe mit ihm nicht zu unterliegen, sondern doch irgendeinen „modus vivendi“ zu schaffen, der die Erhaltung einer weiteren Existenz des polnischen Volkes in diesen Teilgebiet gewährleisten würde.

Wie verhielt sich nun die Sache in Galizien?

Die Verhältnisse, welche bei uns in dem Zeitabschnitt vor dem Kriege herrschten, kann man ebenfalls

nicht gesunde nennen. Auch hier bestanden Parteizwistigkeiten, die besonders einige Jahre vor dem Kriege einen wirklich ungewöhnlichen Umfang annahmen. Es entstanden heftige Kämpfe nicht nur von Gruppen und Parteien, sondern von Aliquen und kleinen Aliquen, ja sogar von einzelnen Personen, die, sich leidenschaftlich bekämpfend, diesen ihren persönlichen Abrechnungen die Maske eines politischen Kampfes, eines Kampfes um Grundsätze anlegten. Welche Formen diese wütenden Abrechnungen der Parteien und Personen angenommen haben, haben wir noch alle in guter Erinnerung. Dies alles wirkte auf unser politisches Leben sehr ungünstig ein, erschwerte die Schaffung irgend einer Achse für eine politische Kristallisierung der einzelnen Teile der polnischen Volksgesamtheit, trübte häufig und verhüllte nicht nur den allgemein-nationalen, sondern auch den allgemeinen Teilgebiedsgedanken.

Wie wir aus all dem ersehen, sah es auch bei uns nicht erfreulich aus. Trotzdem aber blieben alle diese Parteizwiste in Bezug auf das wirkliche Leben der Volksgesamtheit etwas gleichsam Äußeres, ein — um einen trivialen Ausdruck zu gebrauchen — an der Oberfläche schwimmender Schaum. Indes ist nichts Wunderbares dabei: dem war die Möglichkeit der Entfaltung eines freien nationalen Lebens im Rahmen einer ziemlich stark entwickelten Autonomie, der Verbrauch der sozialen und nationalen Tatkraft zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse günstig. Dabei waren wir frei von nationaler Bedrückung, der die spezifisch österreichischen Verhältnisse nicht günstig waren. Dank all dem lebte, obgleich unsere politischen Parteien ihre Tatkraft in heftigen Kämpfen untereinander verbrauchten, doch in der eigentlichen Masse des Volkes ein allgemeiner politischer die Gesamtheit der polnischen Interessen umfassender Gedanke — vielleicht in halbbewußtem Zustand, aber er lebte doch ein eigenes und starkes Dasein. Dank dem war bekanntlich Galizien stets das Gelände, auf dem sich unser nationales Leben im wahren Sinne des Wortes am freiesten kundgab, auf dem man alle Aktionen von breiterem, allgemein-polnischem Charakter einleiten konnte.

Die Tatkraft der polnischen Presse verbrauchte sich hier nicht im Kampfe mit der Ausrottung, vergiftete sich nicht in solchem Grade, wie im Königreich Polen, durch die Diffusion der der Kultur und Zivilisation feindlichen östlichen Strömungen, sondern sie stapelte sich in einer geheimnisvollen Weise auf, um sich im Augenblick des Kriegeausbruchs mit ganzer Kraft zu entladen. Es entstand hier die dritte Möglichkeit, wie sie Wenarius in seinem Schema voraussieht: die Tatkraft übertraf jene Mengen, die der gegebenen Augenblick wirkende Ansporn erforderte. Die Vorräte der im Kampfe mit dem äußeren Druck nicht verbrauchten Tatkraft ermöglichten die Erzeugung politischer Orientationen, welche die Gesamtheit der Interessen des polnischen Volkes umfaßten. Wenarius sieht in solchen Fällen die Entstehung emanzipierender Bewegungen, Zeiten von Stürmen und des Drangs nach vorwärts, überhaupt Epochen des „praktischen Idealismus“ voraus, wie er sich ausdrückt. Eine Kundgebung dieses praktischen Idealismus war die Entstehung des D. N. K. und seine ganze Tätigkeit. Welches Echo diese Tätigkeit im Posenischen und im Königreich auf dem Hintergrund der gekennzeichneten Verhältnisse hervorrufen mußte, werden wir besonders erörtern.

Aus Nr. 3223 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 9. November 1916.

Das Oberste Nationalkomitee — Das Posenische und das Königreich Polen.

Lemberg, den 9. November.

Nachdem wir kurz die grundsätzlichen Ausgangspunkte des Obersten Nationalkomitees erörtert und die politischen Verhältnisse umrissen haben, welche es im Augenblick seiner Entstehung in den 3 Teilgebieten antraf, werden wir heut kurz in Erwägung ziehen, wie sich die Tätigkeit des Obersten Nationalkomitees im Prisma der Meinung des Posenischen und des Königreichs Polen bricht und welche Folgen dies auf die Arbeit dieser unserer höchsten militärischen nationalen Obrigkeit ausgeübt hat.

Wie wir schon gesagt haben, ist die Ära der nationalen Bedrückung im preußischen Teilgebiet sowie im Königreich Polen der Schaffung von Problemen allgemein polnischen Werts nicht günstig gewesen, hat dagegen dort die Entstehung von lokalen Problemen mit großer Schärfe hervorgerufen. Infolgedessen waren die Stimmungen der Meinung jedes dieser Teilgebiete weit entfernt von einer Übereinstimmung mit den politischen Stimmungen der polnischen Volksgesamtheit in Galizien, welche in der Schaffung des Obersten Nationalkomitees und in seiner späteren Tätigkeit in die Erscheinung getreten sind. Auf diese Weise löste die polnische Volksgesamtheit im Großherzogtum Posen das Dilemma der Wahl zwischen der Reserve und der Erfüllung nur der Pflicht und der Ablehnung der Rechnung und dem Folgen der Idee, indem sie die erste Möglichkeit, d. i. die Beobachtung absoluter Reserve und das Sichbeschränken auf die Erfüllung nur der Pflicht wählte. Die Söhne dieses Landes kämpften heldenhaft in den Reihen des deutschen Heeres, in der Politik jedoch haben die Posener jener großen Rolle entsagt, die sich ihnen eröffnete, d. i. der Rolle einer Vermittelung zwischen der Gesamtheit der polnischen Volksgesamtheit und dem deutschen Volk und Reich, in welchem sie die Verhältnisse naturgemäß am besten kannten. Dank dem ist der vom Obersten Nationalkomitee vertretene politische Gedanke nur in unerheblichem Maße in einen Teil der polnischen Volksgesamtheit im Großherzogtum Posen eingedrungen, welches vom ersten Augenblick an bis vor nicht langer Zeit gegenüber den Arbeiten an dem Wiederaufbau des polnischen Staats eine kühle Reserve beobachtete, teilweise aber sogar gegen das Oberste Nationalkomitee einen aggressiven Standpunkt einnahm, welcher sich im „Kurjer Poznański“ und in den um ihn gruppierten Kreisen am stärksten bemerkbar machte. Wie folgerichtig dieses Blatt bemüht war, die Idee des Wiederaufbaus des polnischen Staats zu bekämpfen, dafür sei ein Beweis, daß dieses Blatt noch in letzter Zeit trotz aller Tatsachen und Meinungen der ernstesten polnischen Kreise, über die doch der „Kurjer Poznański“ unmöglich nicht unterrichtet sein konnte, das Oberste Nationalkomitee und seine Ideologie ganz rücksichtslos angriff. Wir erinnern uns alle noch des „Unabhängigkeits-Deute“ überschriebenen Artikels, welcher i. Zt. eine solche Entrüstung hervorgerufen hatte. In dem unlängst, nämlich am 20. September 1916 gebrachten Artikel stellt der „Kurjer Poznański“ buchstäblich fest, daß „trotz der ehrwürdigen Fassade der Fluch der Methode und der Unabhängigkeitsidee auf allen Vorhaben des Obersten Nationalkomitees lastet. Das Merkmal radikaler Worte, revolutionärer Gesten, das Merkmal sozialistischer Klassen-Doktrinen und von Elementen jüdischer Dialektik ist in die Physiognomie des Obersten Nationalkomitees nur zu deutlich eingegraben.“ Und an einer anderen Stelle dieses selben Artikels schrieb der „Kurjer Poznański“: „Gegen die Unabhängigkeitslösungen und -Strömungen

traten wir mit der größten Entschiedenheit auf in der festen Überzeugung, daß die in die Farben der Unabhängigkeit sich kleidende Richtung eine schädliche, wahn-sinnige und unfähige Nachahmung verflungener revolutionärer Lösungen ist, daß sie in doktrinäer Verblendung alle Forderungen der polnischen Realpolitik verkennt, daß sie für die gesunde Entwicklung des nationalen Gedankens äußerst schädlich ist, weil sie die Gemüter mit dem Haschich von Phrasen und von der Wirklichkeit losgerissenen, aber durch täuschenden Glanz blendenden Konzeptionen berauscht.“ — So belehrte am 20. September 1916 der „Kurjer Pożnanski“ seine Leser über die „realen Forderungen der polnischen Politik“. — 6 Wochen später aber veröffentlichten die Mittelmächte die Proklamation, welche einen unabhängigen polnischen Staat wieder ins Leben rief

Erst unlängst machte sich in einem Teil der polnischen Volksgesamtheit des preussischen Teilgebiets eine gewisse Annäherung an die Lösungen einer wirklich realen Politik kund. Man legte sich in diesen Kreisen Rechenschaft darüber ab, daß ein solcher geschichtlicher Katastismus, wie der gegenwärtige Krieg, durch die Macht der Tatsache eine Umwertung aller Werte bewirken muß, also auch der Werte der polnischen Politik in jedem der einzelnen Teilgebiete. Es wurde dort verstanden, daß es unmöglich sei, an dem Programm festzuhalten, welches der Exponent der Verhältnisse vor dem Kriege war, und man machte sich an die Arbeit, die in der Gründung der „Gazeta Narodowa“ und in der ziemlich lebhaften Gruppe der um sie gescharten Leute in die Erscheinung getreten ist. Die Ergebnisse muß man — das ist klar — noch abwarten.

Mutatis mutandis trat auch im Königreich Polen die Tatsache in die Erscheinung, daß sich die vom Obersten Nationalkomitee vertretenen Anschauungen eines erheblichen Teils der Volksgesamtheit dieses Teilgebiets nicht zusammenfanden. Auch hier war das tiefste Fundament dieser Erscheinung jenes Hervortreten der lokalen Probleme, welche durch die nationale Bedrückung und durch die zwangsweise Verfettung mit dem Organismus des russischen Reichs hervorgerufen wurden. Die Situationen verschärften diese tiefen Klüften, welche zwischen den polnischen Parteien im Königreich Polen die Revolution gegraben hatte und dank denen es genügte, daß eine Partei etwas begann, damit alle anderen die gegebene Arbeit verurteilten. Jene Unmöglichkeit, aus sich einen die Gesamtheit der polnischen Interessen umfassenden politischen Gedanken herauszubekommen, gab sich im Königreich Polen durch das Betreten des Weges der politischen Rechnung kund, und der Aufruf des Großfürsten Nikolaus war nur — eine Rechtfertigung vor dem eigenen Gewissen. In der Praxis offenbarte sich dies hauptsächlich in drei Formen:

1. als Bekämpfung der polnischen Aufstände und des polnischen Militarismus überhaupt im Namen des Kampfes gegen den „nicht zeitgemäßen Romanismus“;
2. als Kritik des „polnisch-galizischen Politizierens“;
3. als Entgegenstellung gegen die Politik — das Wirken auf wirtschaftlichem und philanthropischem Gebiet. In den wichtigsten Beweggründen führte man die notwendige Vorsicht vor dem sich nicht voraussehen lassenden Kriebsausgang an, berief man sich auf die von der Volksgesamtheit dieses Teilgebiets in den Jahren 1831 und 1863 gemachten Erfahrungen, schließlich auf den Mangel an endgültigen Erklärungen der Mittelmächte hinsichtlich der polnischen Frage, endlich auf das Bedürfnis der Menschenchonung usw. Als Folge hiervon vermochten sich manche ein-

flußreiche Parteien des Königreichs Polen zu einer Verständigung mit dem polnischen Klub und dem Obersten Nationalkomitee nicht aufzuraffen, und letzten Endes konsolidierten sie sich im Namen der Unabhängigkeit Polens und der Unteilbarkeit Kongreßpolens. Diese Kristallisationsachse der Konsolidation der polnischen Parteien im Königreich Polen konnte naturgemäß nur für das russische Teilgebiet einen Wert haben, denn man konnte nicht annehmen, daß sich Österreich-Ungarn mit einem Verlust Galiziens, des größten Kronlandes der Monarchie, abfinden würde.

Alle diese Umstände haben in ihrem letzten Effekt bewirkt, daß es zu einer elementaren Rundgebung der polnischen Volksgesamtheit im russischen Teilgebiet für eine Angliederung, dieses Teils des polnischen Staats an Galizien und an die österreich-ungarische Monarchie nicht kam, was bekanntlich der grundsätzliche Zug der politischen Konzeption des Obersten Nationalkomitees war. Daß eine solche Rundgebung stark auf die Waagschale der Geschichte gefallen wäre, ist für jeden klar, der sich vergegenwärtigt, wie sehr die Mittelmächte mit den Stimmungen der polnischen Volksgesamtheit im letzten Zeitabschnitt des Krieges gerechnet haben.

Aus Nr. 269 der Gazeta Ludowa (Rattowig)
vom 26. November 1916.

Eine Erklärung der Polen Österreich-Schlesiens.

Die Polen Österreich-Schlesiens veröffentlichten eine Erklärung, in der sie hervorheben, daß sie die Sonderstellung Galiziens als einen schweren, gegen die nationale Entwicklung des Polentums in Schlesiens gerichteten Schlag empfänden. Mit einer solchen Änderung der Verhältnisse könnten sie sich nur dann einverstanden erklären, wenn auf dem Wege der Gesetzgebung ihre eigenen Rechte auf nationalem und wirtschaftlichem Gebiete gewährleistet werden würden.

Aus Nr. 225 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 19. November 1916.

Unsere Aufgaben im Ausland.

Der Akt der Proklamation der Wiederherstellung des polnischen Staates hat in der ganzen Welt großen Eindruck gemacht. Der internationale Charakter der polnischen Frage wurde nachdrücklich und unwiderruflich unterstrichen.

Die Stimmen der neutralen Presse waren bis zu einem gewissen Grade von den Sympathien der neutralen Staaten teils für die Mittelmächte, teils für die Entente abhängig.

Was jedoch bei uns eine unzweifelhafte Errungenschaft bedeutet, sind die Reibungen, welche auf dem Hintergrunde der polnischen Frage zwischen England, Frankreich und Italien einerseits und Rußland andererseits entstanden sind.

Reibungen bestehen zwischen diesen Staaten fortwährend; sie schwächen in hohem Maße die militärische Kraft der Entente, sie haben ebenfalls mit der Unmöglichkeit einer Vereinheitlichung des militärischen Oberbefehls bewirkt, daß die kriegerische Initiative niemals in die Hände der Entente übergegangen ist.

Aber wenn Reibungen auf dem Hintergrund des Verhältnisses zu den Dardanellen, zu Konstantinopel oder dem persischen Meerbusen für uns nur mittelbar von Interesse sind, so verhält sich die Sache ganz anders mit den Reibungen auf Grund der polnischen Frage.

Dieser Art Grundsätze gehen uns unmittelbar an und sollten aufmerksame Beachtung finden.

Die Legende, welche um den Aufruf des Großfürsten gewoben worden ist, hieß uns glauben, daß dieser Aufruf das Ergebnis von Bemühungen der englischen Diplomatie war.

Wir werden heute über die Sache nicht näher nachdenken. Tatsache bleibt jedoch, daß in der gegenwärtigen internationalen Lage, da Rußland von seinen westlichen Verbündeten finanziell und technisch abhängig gemacht worden ist, diese natürlich in gewissem Maße Rußland ihren Standpunkt aufzuzwingen können.

Aus diesen Gründen ist die Unzufriedenheit mit Rußland in der Entente für uns eine Errungenschaft und eine Konsequenz des Aktes vom 5. November.

Von dem Augenblick, wo es nach außen hin zu solchen Ausritten gekommen ist, wie der Austritt des Petersburger Botschafters Lord Buchanan war; von dem Augenblick, wo den Standpunkt des Vertreters Englands die Vertreter Frankreichs und Italiens, Pa-leologue und Markgraf Carloti unterstützen, tritt die polnische Frage vor die Herren Stürmer und Popoff nicht mehr als inneres Problem, sondern als eine gefährvolle Angelegenheit der Auslandspolitik. Die Unzufriedenheit der Entente entspringt natürlich hauptsächlich der Quelle der Besorgnis, daß die Initiative in unserer Frage in die Hände der Mittelmächte übergehen könne. Es ist klar, daß auf diese Weise Polen in den Kreis der Einflüsse der Mittelmächte gelangt ist. Das hat in den Staaten der Entente Beunruhigung hervorgerufen. Das hat Ent-rüstung gegen Rußland hervorgerufen.

Diese Ent-rüstung können wir unmöglich nicht ausnützen.

Der Akt vom 5. November, welcher den polnischen Staat wiederherstellt, war gleichzeitig der Akt der Loslösung der heute von den Mittelmächten „*manu militari*“ besetzten Lande von dem russischen Imperium. Das ist natürlich für die russische Regierung das Heikelste. Balsam auf diese Wunde wird natürlich die gegenwärtige Ent-rüstung der Entente nicht sein. Eine Milderung dieses Standpunkts und eine Beruhigung der Unzufriedenheit kann jedoch schon heute eine unvermeidliche Notwendigkeit sein, vor welche die russische Regierung treten wird.

Indes hat heute die polnische Frage eine solche Wendung genommen, daß alles, was die Entente von Rußland erzwingen wird, auf der vom Akt des 5. Novembers gezogenen Linie liegen wird. Nolens volens muß Rußland, wenn es in der polnischen Frage Zugeständnisse macht, mehr oder weniger offen danach streben, den Akt der Proklamation des polnischen Staats anzuerkennen.

Die Bemühungen der Entente in dieser Beziehung sind unsere augenblickliche Errungenschaft, ja noch mehr, sie sind eine Errungenschaft, die man mit Rücksicht auf die Zukunft Europas sehen und auszunützen verstehen muß.

Der europäische Krieg hat sich dem Punkt genähert, in welchem das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines Dauerfriedens nach dem Kriege zum Axiom wird.

Was kann dem günstig sein? Wir können mit fester Überzeugung behaupten, daß es die Entstehung des polnischen Staates und die Schwächung Rußlands sein wird.

Daher müssen die Reibungen zwischen der Entente und Rußland von uns, gerade von uns ausgenützt werden.

Der erste Schritt in dieser Beziehung ist die Vereinheitlichung der polnischen Auslandspolitik. Es ist heute für niemand ein Geheimnis, daß in einzelnen Städten der neutralen Staaten polnische Pressebureaus bestehen, die hauptsächlich informatorisch und

ziemlich auseinanderlaufend gearbeitet haben. Diese Arbeit hat in gewissen Fällen gewichtige Ergebnisse gezeitigt.

Heute jedoch ist der Zeitpunkt eingetreten, wo diese Arbeit geregelt und planmäßig durchgeführt werden muß.

Die einzelnen Kreise und Gruppen, Organe und Schriftleitungen müssen sich zusammenschließen und ihre Kräfte nach einer einzigen Richtung hin aufbieten.

Alle müssen sich einer aus dem Heimatlande kommenden Richtschnur unterordnen. Heute müssen sie unter unserer Kontrolle und Leitung sein. Dies erfordert das nationale Interesse.

Ein Zusammenschluß dieser kleinen Gruppen und Organisationen in der Schweiz und in Skandinavien muß sich möglichst bald vollziehen. Es muß dieser Politik der „Verschleppung“ ein Ende gemacht werden.

Schon heute erscheint es uns notwendig, diese zusammengefloßene Vertretung darauf hinzuweisen, daß sie auf die Meinung der Entente dahin einen Druck ausüben sollte, daß die Regierungen dieser Staaten in Sachen der Anerkennung des Aktes vom 5. November seitens Rußlands intervenieren sollen. Einerseits kann uns dies reale Vorteile geben, andererseits wird dies die Reibungen mit Rußland vermehren, indem es im Westen eine russenfeindliche Stimmung hervorrufen wird, diese Aufgabe aber ist für uns ungeheuer wichtig.

Bevor wir aber den Plan dieser Aktion zurechtlegen werden, müssen wir von unseren Politikern im Auslande schon heute Disziplin verlangen.

Unlängst traf die Kunde von einer in Paris geplanten Zusammenkunft ein. Eine Zusammenkunft dieser Art auf dem Territorium eines kämpfenden und in der polnischen Frage durch einen Vertrag mit Rußland gebundenen Staates erscheint uns als kein glücklicher Gedanke.

Er kann für die polnische Frage äußerst gefährlich sein. Es bedarf vieler Besonnenheit, großen Taktgefühls und vieler Würde, um nicht auf Felsriffe zu stoßen, die diese Zusammenkunft umgeben. Wir greifen ihren Ergebnissen nicht vor. Wir müssen jedoch schon heute hervorheben, daß diese Zusammenkunft keine bindenden Beschlüsse fassen darf, daß sie irgend welche repräsentativen Anmaßungen nicht erstreben sollte.

L. Chrzanowski.

Aus Nr. 324 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 21. November 1916.

Der Protest der Zwanzig.

An die Wiedergabe des Protestes der im Auslande lebenden 20 Polen gegen die Proklamation des Königreichs Polen knüpft das Warschauer Blatt folgende Bemerkungen:

Wir hören auf, diese Politiker zu verstehen. Ihre ganze Argumentation zielt auf den einen einzigen Punkt, die Mittelmächte der Absicht anzuklagen, das Völkerrecht zu verletzen.

Für uns ist die Verteidigung eines solchen Völkerrechts durch diejenigen verständlich, denen es irgend welche Vorteile bringt und welche an seiner Einführung und Pflege durch eigene Organe teilnehmen. Aber das Völkerrecht richtet sich im Ganzen gegen unsere nationalen Rechte, gerade das Völkerrecht gab den Teilungen Polens die Sanktion. Es gestattete, daß Rawicz, Traugut, Waszkowski gehängt wurden, als ob es gewöhnliche Banditen gewesen wären. Der Pole war für dieses Recht überhaupt nicht da.

Gerade auf dieses Recht berief sich soeben Rußland, indem es uns daran erinnerte, daß wir sogar heute nicht aufgehört haben, seine „Untertanen“ zu sein.

Die 20 Freischützen des Völkerrechts dachten daran auch nicht einen Augenblick.

Aus Nr. 327 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 24. November 1916.

Der verletzte Protest.

Der von zwanzig polnischen Emigranten in der Schweiz unterschriebene Protest gegen die Proklamation des polnischen Staates ist ein Ausdruck der Meinung von R. Dmowski, E. Pils und ihren Bekannten über den historischen Akt des 5. November. Die Argumente, deren sich die Verfasser bedienen, sind scheinbar ernster Natur; aber bei näherer Betrachtung halten sie einer sachlichen Kritik nicht stand.

Der Protest geht von drei Voraussetzungen aus: der polnische Staat mußte alle polnischen Gebiete umfassen; die Zentralstaaten haben die polnischen Gebiete nicht vereinigt, sondern durch die Bildung des polnischen Staates eine neue Teilung Polens herbeigeführt; endlich haben die Zentralstaaten durch ihren Akt das Völkerrecht verletzt.

Das erste Argument, daß der polnische Staat alle polnischen Gebiete umfassen müsse, ist ein Echo des Aufruhrs des Großfürsten, der in unklarer Weise „die Vereinigung aller Gebiete des zerrissenen Polens unter dem Szepter des Zaren“ ankündigte. Die Vereinigung Galiziens, des Posenschen, des Königreichs Litauens mit Weißrußland ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen undurchführbar. Das fordern heißt mehr fordern, als andere große Völker besitzen. Sind die Deutschen nicht unter das Deutsche Reich, Österreich, die Schweiz und Aurland verteilt? Wohnen denn Italiner nicht auch in Savoyen, Korsika und Trient? Und trotzdem protestiert niemand von den Deutschen oder Italienern gegen die Existenz des deutschen Reiches oder des Königreichs Italien. Warum sollen also die Polen gegen die Bildung eines polnischen Staates protestieren, wenn dieser auch aus Teilen — und zwar aus bedeutenden Teilen der früheren polnischen Gebiete bestehen soll? Hier sind die Herren Pils und Dmowski offenbar im Unrecht.

Ihr zweites Argument besteht darin, daß der Akt der Bildung eines polnischen Staates ausschließlich aus den Gebieten, die bis jetzt zu Rußland gehörten, die vollzogenen Teilungen Polens bestätigt, demnach eine neue Teilung Polens darstellt. Dieses Argument ist ein politischer Sophismus. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wäre auch die geringste Änderung der Grenzen Polens eine neue Teilung. Eine wirkliche Teilung Polens waren die Teilungen im 18. Jahrhundert, namentlich seine Teilung im Jahre 1795, als es von der Karte Europas verschwand. Als aber Napoleon im Jahre 1807 einen kleinen polnischen Staat unter der Bezeichnung „Herzogtum Warschau“ mit eigenem Monarchen, einem Landtage und einer Armee schuf, da fiel es niemandem von den Polen ein, dies als eine neue Teilung Polens zu bezeichnen, sondern alle nannten es Restitution. Ebenfalls hielt man die Begründung von Kongreßpolen im Jahre 1815 nicht für eine neue Teilung, sondern für die Wiedererweckung des polnischen Staates, wenn auch in engeren Grenzen.

Das dritte Argument der Verfasser des Protestes, daß nämlich die Zentralstaaten das Völkerrecht verletzt hätten, ist ein russisches und kein polnisches. Aus der Theorie des Völkerrechts geht hervor, daß neue Staaten entweder im Wege internationaler Abmachungen oder im Kriege durch die Macht der Tatsachen entstehen. Die Proklamierung des neuen polnischen Staates ist während des Krieges geschehen, und daher ist es nicht möglich, in diesem Augenblick die Vertragsformalitäten zu erfüllen, d. h. das Einverständnis der Koalition mit der Wiedererrichtung

des polnischen Staates zu erlangen. Die Existenz des Staates beginnt, wie die des Menschen, mit dem Augenblicke der Geburt, und nicht mit dem Zeitpunkte, in welchem die Geburtsurkunde, also der Akt auf dem Friedenskongreß aufgenommen werden wird. Wenn jetzt z. B. Deutschland im Bündnis mit Schweden Rußland Finnland abnehmen, eine finnische Armee begründen und die Unabhängigkeit dieses Landes proklamieren würde, so würde gewiß kein Finne, weder im Auslande noch in Finnland, dagegen protestieren.

In der polnischen Frage haben die Zentralmächte das Völkerrecht durchaus nicht verletzt. Im Gegenteil steht ihre Handlungsweise in Übereinstimmung mit dem internationalen Traktat vom Jahre 1815, das von England, Frankreich, Rußland, Preußen und Österreich unterschrieben wurde. Durch das Wiener Traktat wurde ein Königreich Polen mit eigenem Thron, Landtage, eigener Regierung und Armee geschaffen. Nunmehr haben Deutschland und Österreich dieses Königreich in legaler Weise wieder ins Leben gerufen, während Rußland entgegen dem Wiener Traktat die polnische Regierung, den Landtag, die Armee und sogar den Thron abgeschafft hat.

Mitteleuropa führt jetzt einen schweren Krieg mit Rußland und hat nicht die Verpflichtung, die russische Herrschaft in den polnischen Gebieten wiederherzustellen. Mitteleuropa hat aber gemäß Art. 43 der Haager Konvention die Pflicht, die soziale Ordnung in Kongreßpolen wiederherzustellen, also den Landtag, die polnische Regierung, die polnische Armee und einen besonderen polnischen Thron, der im Jahre 1832 durch Nikolaus I. abgeschafft worden ist, wiederherzustellen.

Aus diesem Grunde hält dieses Argument vom Standpunkte des internationalen Wiener Traktates aus der Kritik nicht stand.

Wenn die Schweizer Protestler die Begründung des polnischen Staates mit einer eignen Armee ein „Unglück“ nennen, so mögen sie sich daran erinnern, daß fast alle Staaten in Europa auf eine ähnliche „unglückliche“ Weise entstanden sind. Noch in gegenwärtiger Zeit ist auf die selbe Weise der bulgarische Staat entstanden.

Die Protestler möchten ein völlig unmögliches Kunststück vollbringen: sie möchten den Zentralstaaten, die tatsächlich die polnischen Gebiete okkupiert haben, jeglichen Anteil an der Bildung des polnischen Staates entziehen und das Recht der Verfügung über Polen der Koalition oder dem sogenannten Europa einräumen. (Von Rußland schweigen sie in dem Proteste wohlweislich.) Aber was sind denn Österreich und Deutschland anderes, als das wirklichste Zentraleuropa, das von drei Seiten Polen umfaßt, das geographisch ebenfalls Zentraleuropa ist? Es ist klar, daß in der polnischen Frage Zentraleuropa den wichtigsten und unmittelbarsten Einfluß haben muß, während die Koalition (außer Rußland) nur einen mittelbaren Anteil daran nehmen kann. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Mit der eisernen Logik der Tatsachen und der Geographie muß man auf dem Gebiete der realen Verhältnisse rechnen.

Die Verfasser des Protestes hätten besser getan, wenn sie, anstatt mit dem Akt vom 5. November zu polemisieren, sich bemüht hätten, die Koalition und ganz Europa zu überzeugen, daß dieser Akt eine historische Notwendigkeit war.

Aus Nr. 589 des Czas (Krakau)
vom 22. November 1916.

Zu dem Protest der 20 Polen in der Schweiz macht das Krakauer Blatt folgende Bemerkungen:

Die Erklärung der im Auslande weilenden Polen aus allen drei Teilgebieten beweist noch einmal die bekannte Wahrheit, wie gefährlich es ist, die Fühlung

mit dem Volke aufzugeben und aus der Fremde ihm seine Meinung aufzunötigen. Die Politik der Emigranten ist immer utopistisch und unklar. Ist es denn nicht eine Utopie, von dem gegenwärtigen Kriege die Vereinigung aller drei Teile Polens zu erwarten, „ohne die das Volk nicht zufrieden sein könne“? Ist es denn klar ausgedrückt, von wem man diese Vereinigung erwartet, wenn die Autoren des Aufrufs diese Lösung von dem gegenwärtigen Kriege erwarten? Es wird doch nicht der Krieg selbst, sondern es werden die im Kriege siegreichen Mächte über den politischen Erfolg entscheiden; — und wenn das wahr ist, so hätte man klar sagen sollen, daß die Verfasser der Erklärung die Vereinigung der drei Gebiete und ihre Unabhängigkeitserklärung noch immer von dem Siege Frankreichs, Englands und Rußlands erwarten.

O, diese Utopisten, die von dem heimatischen Boden und den realen Verhältnissen losgerissen sind! Für sie kämpft noch immer Rußland wie inden Augusttagen 1914 für die Vereinigung Polens; und England und Frankreich haben kein anderes Programm, als von dem siegreichen Rußland die polnische Unabhängigkeit zu erzwingen! Wegen solcher Seifenblasen, deren Wichtigkeit doch wenigstens einige von ihnen verstehen müßten, rufen 20 Polen, die im Auslande weilen, das Volk auf, daß es die Gelegenheit der Bildung einer Armee und des polnischen Staates verwerfen soll, der Armee, die, wie der hervorragende politische Schriftsteller Stanislaus Rozmian gestern im „Gaz“ ausgedrückt hat, „inmitten der Niederlagen der Finsternis, des Sturms, der politischen Unsicherheit und des Zweifels eine erwünschte und wertvolle Garantie ist.“ So jagen also leider bei uns nicht nur Kinder Seifenblasen nach.

Aus Nr. 593 des Goniec (Warschau)
vom 24. November 1916.

Der Protest der Emigranten.

Das Schwinden des Gefühls für nationale Würde hat keine Grenzen. Wer einmal die schiefe Bahn betritt und ins Gleiten kommt, der stürzt in den Abgrund der Nichtswürdigkeit.

Ein solcher Mensch ist Roman Dmowski. Es gibt im gegenwärtigen Augenblicke keinen Schmutz, den dieser Mensch nicht in seine Seele eingesogen hätte. Ein Schädling von Natur aus, ein Rechtsverdreher und zugleich Schänder seines eignen Volkes, der durch ein glückliches Zusammentreffen der Umstände von diesem getrennt ist, so daß er nicht unmittelbar in seinem Vaterlande Argernis erregen und es beschmutzen kann, — tritt er aus der Ferne gegen seine heiligsten Ziele und Wünsche auf.

Gibt es denn einen Menschen, der gegen die Unabhängigkeit seines Vaterlandes auftreten könnte? Entartete gibt es überall. Auch bei uns Polen muß es solche geben. Wer ist es in diesem Falle? Wiederum Roman Dmowski. Er veröffentlicht in den Schweizer Blättern einen Protest gegen die Proklamation des polnischen Staates, unter dem wir außer seinen Namen noch einige andere finden, darunter auch den so sehr dunklen des Erasmus Piłz. Auch Marian Seyda ist dabei, der bekannte Nationaldemokrat und Russenfreund aus Posen und einige weniger bekannte, wenn auch teilweise mit Titeln versehene Personen. Es figuriert darunter auch die Tasche Dmowskis, jenes berühmten Ausbeuters fremder Geldmittel. Jene Tasche ist der Graf Mauritius Jamojski. Ein naiver Mensch, eigentlich nur ein Werkzeug. Kann man nämlich jemanden als Menschen bezeichnen, der weder Willen noch Verstand besitzt und dem man alles einreden kann, was man will?

Gingegen kann man Herrn Dmowski und einige andere der Unterschriebenen nicht der Naivität verdächtigen. Das sind durchaus schmutzige Seelen.

Die Mehrzahl der Unterschriebenen sind Menschen, die sich niemals mit Politik befaßt haben, davon nichts verstehen und sich nur von dem alten Intriganten Dmowski, der mit ganzer Seele Moskau ergeben ist, haben irreführen lassen.

Und diese kleine Handvoll Emigranten hat sich erdreistet, sich als Vertretung des polnischen Volkes aufzuwerfen und mit einem Proteste gegen die Proklamation des polnischen Staates hervorzutreten. Sie geht also mit der Regierung des Zaren Hand in Hand, die das selbe getan hat.

Anders waren unsere früheren Emigranten, die sich nach den mißlungenen Aufständen in der Fremde befanden. Hoch hielten sie die nationale Fahne und die polnische Würde. In der Fremde sitzend arbeiteten sie für das Wohl des Landes und seine Unabhängigkeit, immer in Gedanken an dieses. Sie waren auch immer vom Volk geehrt und geschätzt. Sie waren sein Stolz und der Beweis seiner Bestrebungen und Anstrengungen, die sich auf den Wiederaufbau des Staates richteten, waren sichtbare Symbole ihrer unverjährten Rechte.

Die heutigen Protestler sind aber — Überläufer, die die bösen und guten Geschicke Polens nicht mit ihm zusammen durchleben wollten, die dahin geflohen sind, wo man bequemer und angenehmer sich die Zeit vertreiben kann, wo man ohne jegliche Verantwortung Intriguen zu Gunsten Moskaus spinnen und die Bedeutung der polnischen Frage untergraben kann.

Wir beeilen uns mitzuteilen, daß alles, was selbstständig denkt und den Beweis irgend einer Arbeit für das Land erbracht hat, von den Intriganten à la Dmowski abgerückt ist.

Askenazy, Rucharzewski, Geistlicher Gralewski, Osuchowski, der verst. Sienkiewicz, sie alle haben nicht die „Ehre“, neben Dmowski und Seyda zu figurieren.

Der Protest hat sogar schon eine Ohrfeige von französischer Seite bekommen. Edmond Privat, der bekannte Polenfreund, veröffentlicht in der französischen „Tribune de Geneve“ einen Leitartikel, in dem er den Beweis führt, daß das Verhalten gewisser polnischer Emigranten, die ihrem Volke die Sympathien der Entente erhalten wollen, bis zu einem gewissen Grade verständlich, aber durchaus unangebracht sei. Sie glauben, daß sie mit ihren Protesten gegen das neubegründete Königreich Polen den Enthusiasmus ersticken werden, von dem Warschau beim Anblick des weißen Adlers und der entfalteten polnischen Fahnen ergriffen wurde. Privat bemerkt, daß er an die guten Absichten jener Emigranten glaube, daß er aber als wahrer Freund der Polen ihren Schritt nicht gutheißt!

Das polnische Pressebureau in Bern hat in der gesamten Schweizer Presse einen kräftigen Protest gegen Dmowski und die anderen Anhänger Rußlands veröffentlicht.

Aus Nr. 595 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 25. November 1916.

Die Aufnahme des Aktes vom 5. November seitens der Polen in der Schweiz.

Bern, den 20. November 1916.

Die Proklamation des polnischen Staates wurde von der deutschen Presse der Schweiz am Sonntag, den 5. November, mittags durch Extrablätter bekanntgegeben. In verschiedenen Städten der Schweiz, wie in Rapperswil, Bern, Lausanne, Zürich, St. Gallen versammelten sich sofort die polnischen Kolonien, um den Festtag der Wiedererstehung des polnischen Staates zu feiern.

An dem selben Tage versammelte sich die polnische Kolonie in Bern zu einem zwanglosen Unterhal-

tungsabend, wobei der Akt des 5. Novembers durch Ansprachen gefeiert wurde. Es sprach u. a. der Geistliche, Rektor Gralewski, indem er ein Hoch auf den Grafen Morstin als den Vertreter der Armee, die für die Freiheit kämpft, ausbrachte. Es war ein erhebender Moment, als der Veteran vom Jahre 1863 Dr. Minich und der Legationsoffizier Gr. Morstin einander in die Arme fielen. Die Lausanner Polen sind bekanntlich getrennt. Die Gruppe Ruchazewski nahm den Akt vom 5. November so auf, wie es sich gehört, d. h. sie stellte sich entschieden auf den Standpunkt der Anerkennung dieses Aktes, während das Verhalten der Gruppe Pilz von dem nicht abwich, was man von dieser Gruppe erwartete. — In der Woche vom 5. bis 12. November fanden private Besprechungen der Polen in den einzelnen Kolonien statt, und man empfand die Notwendigkeit einer gemeinsamen Erklärung von Seiten der Elemente, die sich auf den Standpunkt der Anerkennung des Manifestes der beiden Kaiser gestellt haben. Die erste gemeinsame Kundgebung im Auslande war gewiß die Versammlung in Rapperswyl, zu der die Landsleute aus Bern, Zürich und St. Gallen erschienen waren und an der sich selbstverständlich die Rapperswyl'sche Kolonie wie ein Mann beteiligte. Von verschiedenen Seiten gingen Zustimmungstelegramme ein, unter anderen aus Weesen von dem Emigranten des Jahres 1863, Propst Heyducki, einem Posener, der herzliche Glückwünsche überbrachte.

Zu der selben Zeit veröffentlichte die Agentur Pilz den bekannten Protest gegen die Bildung des polnischen Staates.

Nach Rapperswyl waren auch drei Abenteuerer gekommen, die die Absicht hatten, Störungen hervorzuheben. Helfen sollten ihnen vier zehnjährige Mädchen, die man hingebraht hatte, damit sie als „polnische Kinder“ durch den Ruf „Wejchen“ stören sollten. Bei dem Ernste des Augenblicks wagte man jedoch die Störung nicht. Die Agentur Pilz suchte ebenfalls die Bedeutung der Rapperswyl'schen Kundgebung dadurch herabzusetzen, daß sie entsprechend präparierte gehässige Kommunikate verschickte, die jedoch nicht den gewünschten Erfolg hatten.

Daß die Anhänger der Herren Dmowski und Pilz gegen den Akt vom 5. November protestieren werden, dafür hatten wir am 6. November einen Anhaltspunkt in der „Stampa“ oder dem „Secolo“, wo der Leiter des Pressebureaus des ehemaligen Lemberger Nationalrats in Rom die Erklärung abgab, daß die Polen im Auslande diesen Akt nicht anerkennen würden und daß sofort in Rom, London und Paris polnische Kongresse abgehalten werden würden, die dagegen protestieren würden. Die Kongresse fanden nicht statt, aber es kam der bekannte Akt vom 12. November, den allerdings der Leiter des Bureaus in Rom nicht unterschrieben hat. Nicht unterschrieben hat auch Starbek, den man um die Unterschrift bat. Auch Sienkiewicz hat die Unterschrift verweigert. Was die bekannte Erklärung anbelangt, so kann man nicht darüber hinweggehen, da sich die Unterschrift des Prof. Laszkowski nicht erklären läßt. Als er am 6. November telegraphisch von dem Direktor des Nationalmuseums in Rapperswyl gefragt wurde, ob das Museum zu dekorieren sei, gab er eine bejahende Antwort, und sechs Tage später unterschrieb er die Lausanner Erklärung.

Außerdem fanden größere Versammlungen der Gruppen des Obersten Nationalkomitees statt, sowie der Gruppe Ruchazewski, von Paris ging aber gerade etwas entgegengesetztes aus, als die Leiter des Bureaus in Rom angekündigt hatten, nämlich ein energischer Aufruf, der die Wichtigkeit des Aktes vom 5. November betonte. Als wichtig kann man aber das Hervortreten des unberufenen Herrn Sclavus-

Gajorowski nicht anerkennen, der als Beweis dafür, wie feindselig das Volk das Manifest aufgenommen habe, an die neutrale Presse telegraphierte, daß beinahe 150 Kriegsgefangene, die in den Staaten der Entente interniert sind, auf die Nachricht von der Proklamation über 340 000 Fr. als französische Kriegaanleihe gezeichnet hätten.

Über das Verhalten der Polen in Amerika hat man bis jetzt keine Nachrichten. Kabeltelegramme werden von England nicht durchgelassen, und die polnisch-amerikanischen Zeitungen werden erst gegen Ende des Monats hier ankommen. Die Fremden haben den Akt entsprechend ihrer Sympathie mit der einen oder der anderen kämpfenden Seite aufgenommen. Von diesen Sympathien haben sie sich hauptsächlich leiten lassen; nur bei den Italienern und Schweizern kommt außerdem auch die Sympathie für die Polen in Frage. Die Presse des Vierverbandes, durch das Gespenst der zukünftigen Armee erschrocken und im höchsten Grade beunruhigt, hat sich mit Bosheit auf die „perfiden Barbaren“ (die Zentralmächte) gestürzt — wegen der Vergewaltigung des Völkerrechts und weil sie in dem Akt vom 5. November die Ankündigung eines Blutopfers entgegen dem Willen der Polen sieht. Um diesen Punkt dreht sich die Diskussion der Entente unter Zuhilfenahme von Argumenten, die von der Lausanner Agentur geliefert werden, wobei die Entente-Pressen versichert, daß die Polen „mit Verachtung“ das Manifest vom 5. November verwerfen. (Das kann sie verkünden, da sie dauernd nur solche Versicherungen von Seiten der Gruppe Dmowski hört, der sich der Entente gegenüber als Vertreter Polens aufspielt.) Vielleicht der einzige „Corriere della Serra“ faßt die Sache anders auf, denn er schmälert nicht die Bedeutung des Aktes und rechnet mit ihm, denn er erklärt, daß die Entente jetzt einen Feind mehr hat, nämlich die Polen, die mit dem 5. November in das Lager der Zentralmächte übergehen, wobei „Corriere“ diesen neuen Gegnern androht, daß die Entente ihre bisherige günstige Stellungnahme ihnen gegenüber ändern müsse. Herr Edmund Privat, ein Schweizer Franzose, hat eine Reihe von Artikeln in der „Tribune de Geneve“ veröffentlicht, in welchen er sich scharf gegen die Polen wendet, die gegen das Manifest vom 5. November protestiert haben.

Die Schweizer Deutschen haben das Manifest der beiden Monarchen in der Weise aufgenommen, daß sie ihre Sympathien für Polen bezeugten, indem sie die Polen Schritt auf Schritt beglückwünschten. Das selbe gilt auch nicht nur von dem Durchschnittsschweizer, sondern auch von den Regierungskreisen, wobei die falsche Nachricht zu berichtigen ist, daß die Schweizer Regierung befohlen hätte, das Museum in Rapperswyl zu dekorieren. Herr Stanislaus Zielinski aus Rapperswyl erklärt uns entschieden, daß dies nicht der Fall war und auch nicht sein konnte, da das Museum ein polnisches und nicht ein Schweizer Institut ist.

Schließlich wollen wir noch hinzufügen, daß die Petersburger Telegraphenagentur den unter dem Lausanner Protest Unterscribenen eine üble Sache mitgespielt hat, indem sie von ihnen im Anschluß an die amtliche russische Erklärung mitteilte, daß sie im Namen aller polnischen Organisationen in der Schweiz bei dem russischen Gesandten in Bern erschienen seien, um gegen den Akt vom 5. November zu protestieren, und daß sie zu diesem Schritt durch den Umstand veranlaßt worden seien, daß die Polen im Lande geknebelt seien und ihre Gefühle nicht aussprechen dürften.

Eine allgemeine Empörung herrscht unter den Polen über das anmaßende Auftreten der kleinen Lausanner Gruppe „im Namen der Polen.“

Aus Nr. 584 und 587 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 19. und 21. November 1916.

Die Bedeutung des 5. November.

I.

Die Proklamation der Unabhängigkeit des polnischen Staates durch die Zentralstaaten hat eine doppelte Bedeutung: eine innere für uns und die Schöpfer des polnischen Staates, und eine äußere für Europa und die ganze zivilisierte Welt.

Gegenstand der bisherigen Besprechung in der Presse, sowohl in der polnischen als auch in der deutschen war die innere Bedeutung, sei es die polnische oder die deutsche. Obwohl dieses Thema noch längere Zeit nicht erschöpft sein wird, muß man sich auch mit der Frage der äußeren Bedeutung des Aktes vom 8. November befassen, und zwar um so mehr, als man nur durch allseitige Beleuchtung zur richtigen Beurteilung seiner allgemeinen Bedeutung gelangen kann.

Die äußere Bedeutung des Aktes muß von drei Gesichtspunkten aus betrachtet werden, nämlich vom Standpunkte der Koalition, der Neutralen und schließlich der Gesamtgestaltung der internationalen Kräfte und Verhältnisse.

Vom Standpunkte der Koalition aus betrachtet war die Proklamation des polnischen Staates durch die Zentralstaaten ein sehr unangenehmes und unverhofftes Ereignis. Schon die Stimmen der französischen, italienischen, englischen und russischen Presse, die bis jetzt zu unserer Kenntnis gelangt sind, liefern den Beweis, daß die gesamte Koalition den Akt vom 5. November für einen ebenso unverhofften wie kräftigen Schachzug von Seiten der Zentralstaaten hält, und zwar für einen mehr diplomatisch-politischen, als militärischen Zug. Obwohl man nämlich bei der Koalition auch mit der Möglichkeit einer bedeutenden militärischen Stärkung der Zentralmächte durch die polnische Armee rechnet, deren Stärke auf rund eine halbe Million geschätzt wird, so legt man doch das Hauptgewicht auf die politische und diplomatische Bedeutung dieses Aktes.

Wenn wir von dem Scheinbaren zum Wirklichen weitererschreiten, so sehen wir vor allem, daß die gesamte ideologische Phraseologie, die sich die Koalition unter der Leitung der englischen Heuchelei zum Zwecke des Verbergens der eigentlichen sehr prosaischen Kriegesziele zurechtgelegt hat, durch den Akt vom 5. November einen schweren Schlag erlitten hat. Vor allem ist der schönste Grundsatz jener Phraseologie, der von England verkündigt wurde, der Schutz — der kleinen Völker, dadurch zunichte geworden.

Die Wirklichkeit hat sich tatsächlich mit diesem „Ideal“ des uneigennütigen England einen derben Scherz geleistet. Es hat sich nämlich gezeigt, daß alle kleinen Völker, die so unvorsichtig waren, ihre Geschicke an England und die Koalition zu knüpfen, dabei so schlecht als möglich fuhren, während die kleinen Völker, die sich auf die Seite der Zentralstaaten stellten, dabei ein gutes Geschäft machten. Während Belgien und Serbien ihre staatliche Existenz in den Begriff von Verwaltungsgebieten verwandelt sahen, und Rumänien, dieses liebste, weil jüngste Kind der Koalition, alle Veranlassung hat, um seine Existenz zu zittern, hat Bulgarien nicht nur mit geringer Anstrengung seine Lebensziele verwirklicht, sondern eine solche Erhöhung seiner Ziele erreicht, von denen es früher nicht hätte träumen können. Die Türkei hat sich in hohem Maße dem schrecklichen Druck seiner mächtigen Feinde widersetzen können. Polen aber — ist sogar aufgestanden.

Es hat sich erfahrungsgemäß gezeigt, daß die kleinen Völker, die sich mit der Koalition verbunden haben, ihre staatliche Existenz verloren oder in die Gefahr gerieten, dieselbe zu verlieren. Hingegen haben andere kleine Völker, die sich an die Seite der Zentralstaaten gestellt haben, nicht nur ihre Staat-

lichkeit gestärkt, sondern auch, wie Polen, dieselbe entgegen dem Willen und den aus Agitationsrück-sichten erfolgten Ankündigungen der Koalition wieder-erlangt. Es ist dies eine Tatsache, die durch keine Dialektik der Koalitionspresse beseitigt oder verdunkelt werden kann, wenn diese auch in ihren Schlußfol-gerungen noch naiver und in ihren Worten noch weniger wählerisch sein sollte, wie bisher.

Zu Anfang des Krieges fand ein jynischer Handel um die polnische Seele von Seiten der Koalition statt. Aber selbst der höchste Preis, den bei dieser seltenen Vizitation die Koalition geboten hat, ist nichts im Vergleich zu dem, was die Zentralstaaten am An-fang des zehnten Vierteljahrs des Weltkrieges ohne lange Manifeste, ohne heuchlerische Ankündigungen, einfach und ehrlich, vor allem aber — tatsächlich getan haben. Was sind nämlich jene Versprechungen des Posenischen, Westpreußens und Schlesiens, die der russische Generalismus und seine englisch-franzö-sischen Choristen an die Adresse der Polen gerichtet haben, im Vergleich zu dem Akt vom 5. November? Jene wollten etwas geben, was sie nicht besaßen, was sie nicht zu erlangen vermochten, und es ist außer-dem zweifelhaft, ob sie es wirklich erlangen wollten. Von Anfang an war nämlich unzweifelhaft die An-nahme trügerisch, daß Frankreich und England tat-sächlich über die russische Absicht, Preußen und Posen zu erobern und durch Schlesien in das Herz von Mittel-europa zu gelangen, entzückt gewesen sind. Daß Rußland davon geträumt hat, daß die Ambitionen seiner Führer keine Grenzen der erwarteten Er-oberungen kannten, ist ohne weiteres anzunehmen. Rußland ist und war nämlich immer bereit, alles zu verschlingen, sogar Madrid und Lissabon. Noch zur Zeit Katharinas II. hat ein russischer Staatsmann, nachdem er die Verderbnis des Westens „festgestellt“ hatte, den Plan gefaßt, das damalige Österreich zu teilen und sich gegen Paris vorzuschleichen, um auf den Trümmern der europäischen Zivilisation — ein einziges die Menschheit gesund machendes, natürlich russisches Imperium zu errichten. Man könnte auch annehmen, daß die öffentliche französische Meinung, die sich zu Anfang des Krieges in noch nie dagewesenem verblendeten Haß Deutschland gegenüber befand, sogar mit der Eroberung von Westfalen und Württem-berg durch die Russen einverstanden gewesen wäre, um nur ihre Rachsucht an den Deutschen zu fühlen.

Den Führer der ganzen Koalition — England, kann man nicht einen Moment einer solchen Ver-blendung verdächtigen. Dieser Staat ist in den Welt-krieg nicht nur mit dem Schwerte, sondern auch mit dem Bleistift des Kaufmanns eingetreten. Für England stellte sich die Rechnung sehr einfach dar. Auf der einen und der anderen Seite sah es nur Konkurrenten. Um den Stärkeren zu bekämpfen, vereinigte es sich mit dem Schwächeren. Der leitende Gedanke hierbei aber war, beide zu schwächen, um dem einen die bereits vorhandene Kraft zu nehmen und dem andern nicht zu gestatten, solche zu erwerben. Dieser Grundsatz bedingte die Richtung der englischen Politik vom ersten Augenblick des Krieges an. Das englische Interesse verlangte, daß die Deutschen dem englischen Handel und der Industrie keine Konkurrenz machen. Damit ist alles gesagt. Es wäre schon eine weitgehende Naivität und Mangel an elementarem politischen Denken nötig, wenn man annehmen wollte, daß Eng-land in seinem antideutschen Gefühl so weit gehen könnte, daß es mit eigener Hand die tönernen Füße des russischen Kolosses in — eiserne verwandeln sollte. Und auf solchen eisernen Füßen würde der russische Koloss stehen, wenn es ihm gelingen würde, Österreich zu besiegen, Ungarn zu besetzen, an die Adria zu gelangen und sich an der Oder und Elbe festzusetzen. Die auf diese Weise begründete russische Hegemonie über Europa würde sich bald auch auf

Asien erstrecken, was mit der größten Gefahr für die Grundlagen des englischen Imperialismus verbunden wäre. Das konnte aber England auf keinen Fall wünschen.

Daher ist es ein grundsätzlicher Fehler aller jener politischen Konstruktionen, die die Anhänger der sogenannten „breiten Bahn“ unter den Polen und andern slawischen Völkern sich gebildet haben, anzunehmen, daß Westeuropa mit England an der Spitze sich jemals mit einer Erweiterung der russischen Macht nach dem Westen einverstanden erklären könnten, die unumgänglich notwendig wäre, wenn das Versprechen Nikolaus Nikolajewitsch bezüglich der Vereinigung aller polnischen Gebiete, oder das Versprechen des Zaren selber, das er einer Deputation tschechischer Kolonisten gegeben hat, er werde einen unabhängigen tschechischen Staat errichten in Erfüllung gehen sollte. Die Befürworter aller solcher politischen Glaubenssätze haben die einfache Tatsache nicht erfaßt, daß Europa das Todesurteil über sich selbst sprechen würde, wenn es sich damit einverstanden erklären sollte, daß die Rosafenknote den Mittelpunkt Europas beherrschen solle, den Napoleon der Große nirgends anderes als gerade in Böhmen suchte.

Man wollte sich die natürliche Sachlage nicht vergegenwärtigen, daß, wenn Rußland im gegenwärtigen Kriege seine Ziele erreicht hätte, dann schon am nächsten Tage eine neue Koalition, diesmal unter Beteiligung der Deutschen, aber gegen Rußland entstehen müßte.

II.

Gemäß einer grundsätzlichen Stellungnahme gegenüber Rußland hat das englische Kabinett bis jetzt eine strikte Reserve in der polnischen Frage beobachtet. Im Gegensatz zu dem sehr unaufrichtigen, aber um so lauterem Lärm, den die französische Presse aus Anlaß des Aufruhrs des Großfürsten erhoben hatte, bewahrten die englischen Zeitungen Zurückhaltung, natürlich in den Grenzen der gegenüber dem Bundesgenossen erforderlichen Höflichkeit. Mit Ausnahme der „Times“, von welchem Blatte die russische Regierung schon ein Jahr vor dem Kriege einen bedeutenden Teil angekauft hatte, haben sich alle großen und leitenden Organe der englischen Presse in acht genommen, in der polnischen Frage den Boden der objektiven Tatsachen zu verlassen.

Nach der Verdrängung der russischen Armeen aus den polnischen Gebieten hat sich diese Stellungnahme noch deutlicher bemerkbar gemacht. Während Briand auf den Wunsch Jzwolskis die französische Presse das Wort in der polnischen Frage nicht ergreifen ließ, hat die Asquithsche Regierung nach keiner Richtung hin die Äußerungen der englischen Presse in bezug auf diese Frage unterbunden. Diese Äußerungen aber bewegten sich hauptsächlich in einer sehr — nicht-russischen Richtung.

Im Frühjahr dieses Jahres kam nach London Herr Roman Dmowski, um auf englischen Boden seine Politik fortzuführen. Er stützte sich hierbei auf die russischen Bottschaft. Bei Gelegenheit eines Frühstücks beim russischen Gesandten Benkendorff lernte Dmowski Herrn Grey kennen, der jedoch wenig Interesse für die politischen Konstruktionen Dmowskis zeigte. Am demselben Tage brachten die „Times“ einen umfangreichen Artikel, in dem der Beweis geführt wurde, daß unter den gegebenen Verhältnissen die beste Lösung der polnischen Frage in der Annahme der sogenannten „österreichischen“ Konzeption bestehen würde, d. h. in der Vereinigung der von Rußland eroberten polnischen Gebiete mit Österreich als dritten Staates im Bündnis mit der Donaumonarchie. Die Bemühungen Dmowskis, daß die „Times“ einen Artikel aufnehmen möchten, der seinen Standpunkt beleuchtete, waren erfolglos. — Man sieht daraus am besten den Druck der „Foreign office“

auf dieses Blatt, daß trotz seiner materiellen Beziehungen zur russischen Regierung den Bemühungen Dmowskis nicht entsprechen konnte.

Kurze Zeit darauf hielt derselbe Politiker einen Vortrag über die polnische Frage vor einer sehr vornehmen Zuhörerschaft. Den Vorsitz führte ein einflußreicher Lord. Als der Vortragende anfing, in energischer Weise die „österreichische Konstruktion“ zu bekämpfen, und ihre Schwächen kritisierte, unterbrach ihn der Vorsitzende einen Augenblick mit der Erklärung, daß weder er noch die Mehrzahl der Anwesenden diese Auffassung teile.

Nach der berühmten Rede des deutschen Reichskanzlers, in der er ankündigte, daß die polnischen Gebiete niemals an Rußland zurückgegeben und daß die Zentralmächte selber die polnische Frage lösen würden, erschienen zahlreiche offizielle Antworten von englischer Seite. Es ist bezeichnend, daß die englischen Staatsmänner, die auf alle Teile der Kanzlerrede reagierten, den Teil derselben, der Polen betraf, systematisch mit Schweigen übergingen.

Aus allen diesen Tatsachen geht mit voller Klarheit hervor, daß England im Gegensatz zu Frankreich durchaus nicht auf dem Standpunkte der notwendigen Wiedervereinigung Polens mit Rußland steht, sondern eine ganze Reihe anderer Lösungen der polnischen Frage vorzieht, die seinen Interessen mehr entsprechen.

Nach der Proklamierung der Unabhängigkeit des polnischen Staates am 5. November hat sich die englische Presse ohne weiteres dieser Tatsache gegenüber auf einen sachlichen Standpunkt gestellt. Manche Blätter behaupteten direkt, daß eine Tatsache von internationaler Bedeutung geschehen sei, nach der eine Rückkehr zum „status quo“ von russischer Seite nicht mehr denkbar ist.

Der englische Botschafter in Petersburg Buchanan hat sich an die Spitze einer großen diplomatischen Aktion gestellt, bei der sich die ganze Entente bemüht, Rußland zu einer Änderung seiner Stellung zur polnischen Frage zu bewegen, bisher aber vergeblich. Es ist bekannt, daß dieser tatkräftige und rücksichtslose englische Diplomat in starkem Gegensatz zu Stürmer sich befindet. Als Stürmer von Sasonow das Portefeuille des Äußeren übernahm, ging Buchanan so weit, daß er erklärte, er werde den Wechsel nicht anerkennen. Bald darauf erfolgte die berühmte Reise Buchanans nach Moskau und die politische Versammlung, die ihm zu Ehren dort abgehalten wurde. Es ist aber bekannt, daß eine der Ursachen von Sasonows Rücktritt, also auch der offensibaren Unfreundlichkeit Buchanans gegenüber Stürmer, seine Stellung in der polnischen Frage war. Während Sasonow für eine endgültige Lösung der polnischen Frage nach dem Grundsatz der Autonomie eintrat, die zugleich eine reale Union mit Rußland darstellen sollte, beharrte Stürmer auf der früheren Stellungnahme der russischen Bureaukratie.

Die Analyse der Grundlagen des Verhältnisses Englands zu Rußland und seiner Eroberungsabsichten im Zusammenhange mit den oben genannten Tatsachen beweist, daß die Stellung des Londoner Kabinetts in der Sache des Aktes vom 5. November sich durchaus nicht mit dem Standpunkte der russischen Regierung deckt. Zwar soll sich das Londoner Kabinett dem russischen Protest gegen diesen Akt anschließen, aber man darf diese Tatsache nicht überschätzen. Sie ist ein Akt der Kourtoisie gegenüber dem Bundesgenossen und nichts anderes.

Beim Friedensschluß wird sich die englische Regierung in der polnischen Frage von zwei Faktoren leiten lassen, nämlich von der tatsächlichen Lage und den eigenen politischen Interessen. Wenn Rußland im Augenblicke der Beendigung des Krieges seine früheren polnischen Gebiete nicht wirklich besitzen wird — und dies wird heute allgemein für ausgeschlossen

gehalten — dann wird England gewiß nicht die Hand dazu bieten, daß es diese Gebiete auf diplomatischen Wege erlange. Das kann man heute mit Sicherheit annehmen. Die weitere englische Politik in der Sache der Befestigung des Schicksals Polens wird sich gewiß nach einer Reihe von Verhältnissen richten, deren genaue Bezeichnung vor Beendigung des Krieges unmöglich ist. Auf jeden Fall werden sich die Bestrebungen Englands nach der Richtung hin zentralisieren, daß das europäische Gleichgewicht auf der Grundlage der durch den Krieg geschaffenen Tatsachen hergestellt werde. Da in der Reihe dieser Tatsachen sich auch die Befreiung der polnischen Gebiete von der russischen Herrschaft befinden wird, so wird England auch diese Tatsache als Grundlage seiner Politik betrachten.

So weit es sich also um das wichtigste Glied der Koalition — England — handelt, gibt seine bisherige Stellung in der polnischen Frage durchaus keinen Anlaß zu der Befürchtung, daß es um jeden Preis den russischen Standpunkt in dieser Angelegenheit verteidigen wird. Im Gegenteil spricht vieles dafür, daß die polnische Frage und ihre endgültige Lösung zu den Problemen gehören wird, bei denen sich der Gegensatz der englisch-russischen Interessen am frühesten zeigen wird.

Aus Nr. 323 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 20. November 1916.

Rußland und Polen.

I.

Da bis heute in manchen dunklen Quergassen des politischen polnischen Gedankens noch der Rest des Glaubens umherirrt, daß wir in Rußland irgendwelche Freunde haben, die bereit sind, die billigen Rechte und Forderungen Polens anzuerkennen, wird es nicht unangebracht sein, rückblickend die Stellung zu betrachten, die seit der Besetzung des Königreichs durch die Armeen der Zentralstaaten verschiedene soziale und politische Gruppen Rußlands gegenüber der polnischen Frage eingenommen haben.

Wenden wir uns also in Gedanken rückwärts zu dem Tage der Einnahme Warschaws und der berücksichtigten, barbarischen, gedankenlosen und wilden Evakuierung des rechten Weichselufers. Diese Tatsache hat in der russischen öffentlichen Meinung weder eine Bedrückung, noch größere Klagen hervorgerufen. Im Gegenteil! Die Petersburger und Moskauer Presse ertrug sie mit völligem Stoisizismus. Nur zwei Zeitungen Sumorinows vergossen einige Krokodilstränen, die übrigen politischen Organe Rußlands gaben ihrem Gefühl keinen Ausdruck. Die „liberalen“ Zeitungen gingen nach dieser Richtung hin den andern voran. Sie schrieben ungefähr folgendes: „Der Rückzug aus Polen bedeutet kein verlorenes Spiel; er erleichtert im Gegenteil die kriegsrischen Operationen. Unsere tapferen Heere ziehen sich nicht nur in Ordnung zurück, sondern sie haben auch Zeit, alles mit Feuer und Schwert zu vernichten und dem Feinde ein in Trümmern liegendes Polen zu überlassen.“

So drückte sich das russische Gefühl gegenüber der „vielgeliebten Schwester“ aus, wie man kurz nach dem Austritt des Großfürsten Nikolai Polen nannte. So zynisch liquidierte das politische Rußland sein Verhältnis zu jenen, die zu beglücken es feierlich versprochen hatte. Und bald erschienen durch bezahlte Schreiber fabrizierte Lügen über das angeblich grenzenlose Elend der Bewohner Polens unter den neuen Verhältnissen. Man mußte seine Gedanken von dem abwenden, was damals die Menge von polnischen Vertriebenen in Rußland selbst durchlebte. Sie durchlebte aber schreckliche Dinge.

Hunderte von Eisenbahnzügen, die sich langsam dahinschleppten, brachten Bauern nach dem fernen Osten, Hunderttausende von polnischen Bauern, die losgerissen vom heimatlosen Boden, noch ehe sie bis zur Eisenbahn gelangten, ihre lange Wanderung in Hunger und Kälte durch Gräber von Greisen, Kindern und Frauen bezeichneten, die das Elend und die Mühsal nicht ertragen konnten und unterwegs starben. Zu die Eisenbahnzüge gelangten die schon durch die Epidemien dezimierten und von Krankheiten ergriffenen Massen. Und unter den schrecklichen Martern der endlosen Reise schmolzen sie immer mehr zusammen. Doch der Wille der Behörden trieb diesen verzweiflungsvollen Zug immer weiter und weiter. Man wollte sie fern in den östlichen Grenzmarken des Staates unterbringen, irgendwo in Turkestan oder Sibirien. Da zeigten wieder die liberalen Zeitungen Rußlands ihr Antlitz. Das Kadettenblatt „Kiecz“ befürwortete eifrig die Umsiedelung der polnischen Vertriebenen in den Wüsten Sibiriens und führte aus, daß ein großer Teil von ihnen, der sich an das Klima gewöhnt haben wird, gewiß dort auf die Dauer bleiben und die weiten und wilden Flächen, die jetzt brachliegen, bevölkern werde. Die Evakuierung, für die wir die Kosaken und Führer verantwortlich machten, wurde von der russischen „öffentlichen Meinung“, die von den polnischen Feinsinnigen noch bis jetzt für „humanitär“ gehalten wird, gutgeheißen.

Das Wohlwollen und die politische Humanität der Russen gegenüber Polen zeigt sich übrigens immer krasser. Als in den Spalten der europäischen Presse zum ersten Mal Nachrichten darüber erschienen, daß der Krieg unter anderem durch Anerkennung der Unabhängigkeit Polens beendet werden könnte, legten die Männer der Gerechtigkeit, ewige Feinde jeglicher Gewalt und jeglichen Unrechts — soweit es sich z. B. um die Juden handelte — wie die G. Miljukow und Fürst Trubezkoi, energisch Protest gegen die Befreiung Polens ein. Der Führer der Kadetten erließ eine Erklärung, daß Rußland ein unabhängiges Polen nicht anerkennen könne, da dies die Bedingung eines „teutonischen Friedens“ sei, wie er sich pathetisch ausdrückte, während Fürst Trubezkoi mit wahrhaft östlicher Perfidie erklärte, daß er sich mit einem „gefälschten Polen“ niemals einverstanden erklären werde, d. h. mit einem Polen, das nicht alle polnischen Gebiete umfaßt, und daß für ein solches Polen die Autonomie das höchste sei, was man zugestehen könne. Prof. Maxim Kowalewskij erklärte ebenfalls, daß die Träume Polens die Autonomie nicht übersteigen können, und er rief aus: „Mehr haben wir Euch nicht versprochen, und mehr werden wir Euch nicht geben.“ Diese drei Namen und die Ansichten ihrer Träger sind bezeichnend. Vohnt es sich, auch noch die übrigen zu erwähnen?

Das benahm jedoch den Schiffbrüchigen der polnischen „Versöhnung“ — sei es der konservationalistischen Art à la Dmowski, sei es der etwas liberal gefärbten Art à la Lednicki — nicht die Lust, mit den „älteren Brüdern“ zu paktieren und von ihnen etwas zu erbetteln. Als die offiziellen polnischen Politiker in Petersburg mit ihrem Autonomieprojekte an die Türen des ministeriellen Kabinetts klopfen, was übrigens erfolglos war, da die leeren Worte Goremykins und der Aufruf des Großfürsten Nikolaus in den russischen maßgebenden Kreisen nicht ernst genommen wurden, organisierten verschiedene Kreaturen minorum gentium in den Salons von Politikern und politisierenden Kaufleuten polnisch-russische Versammlungen, indem sie die Methode der slawischen romanhaften Liebeserklärungen kontiniuerten, auf die Deutschenschimpfen und ihr unbegrenztes Vertrauen gegenüber Rußland ausdrückten. In einer dieser Versammlungen ereignete sich folgender charakteristischer Vorgang. Nach einer Rede Sadzewicz's, die voller rührenden Appelle an Rußland war, sagte einer der anwesenden

Russen, ein Dozent der Moskauer Universität: „Ich bin erstaunt, ein solches Vertrauen der Polen gegenüber den Russen zu sehen. Im Jahre 1863 kamen auch Delegierte der polnischen revolutionären Partei zu uns und rechneten auf die Hilfe der Opposition im Kampfe mit der zarischen Regierung. Diese Hilfe wurde ihnen auch feierlich versprochen. Das hörte sich Czernyszewskij geduldig an, bis er schließlich ausrief: „Meine Herren Polen, glaubet uns nicht.... Seid sicher, daß wir Euch hintergehen werden.“ Und wirklich hat Rußland damals die Polen hintergangen. Auch jetzt wird das ebenso sein. Ihr seid wieder von uns hintergangen.

Das setzte die Stimmung der polnisch-moskowitischen Rußophilen für eine Zeitlang herab; sie blieben jedoch einander treu und betrieben das hoffnungslose Gewerbe, Gefühle ohne Gegenseitigkeit zu pflegen, weiter.

Aus Nr. 324 des Kurjer Polski (Warschau)

vom 21. November 1916.

Rußland und die Polen.

II.

Am besten ist das Verhältnis der russischen sozialen Schichten zu uns an dem sogenannten Fortschrittsblock zu sehen. Dieser ist eine Vereinigung der Parteien, die im Herbst 1915 in der Duma angeblich zum Zwecke des Kampfes mit der Regierung, in Wirklichkeit aber dazu begründet worden ist, um ihr wenigstens einen Teil der Macht zu entreißen. Dieses gelang ihm nicht, und die Duma wurde ohne viel Federlesen geschlossen. Solange jedoch die Illusionen dauerten, taten die russischen Kadetten und Fortschrittler alles, um die Nationalisten des linken Flügels in den oppositionellen Reihen zu erhalten. Diese wollten aber von der Aufnahme umfassender oder weitgehender Postulate bezüglich Polens in das Programm des Blockes nichts hören. Dieses genügte dem russischen Liberalismus, ihnen das geforderte Zugeständnis zu machen. Infolgedessen ist sogar die elementare Notwendigkeit, uns die vollen Bürgerrechte in Rußland einzuräumen, bis jetzt im Reich der unerfüllten Träume geblieben.

Ehrlich, ganz ehrlich im Verhältnis zu den Polen war nur die russische, nationalistische Rechte. Diese widerlegte sich durch die Tat und in der Presse mit aller Macht konsequent allen Zugeständnissen gegenüber den Polen „vor Beendigung des Krieges“.

„Kijew“, „Rußloje Znamia“ und „ZiemiŹczyna“ haben dauernd gewarnt, daß die Polen ein sehr unzuverlässiges und undankbares Volk seien. In Übereinstimmung mit dieser Auffassung wiederholte S. Stürmer, der, als er zum Schrecken von ganz Rußland Ministerpräsident geworden und als solcher gezwungen war, irgendetwas über die Polenfrage zu sagen, nicht nur das von seinem Vorgänger gebrauchte Wort „Autonomie“, sondern er sprach auch lediglich von der Freiheit der kulturellen Entwicklung, die den Polen gewährt werden solle. Darauf antwortete ihm in den Koulours ganz richtig der Abgeordnete Szefeko: „Erzählen, wie ich sehe, haben Sie nichts dagegen, daß ein fähiger polnischer Maler gute Bilder in Polen malt; diese Rechte haben wir aber auch bis jetzt gehabt.“ S. Harusiewicz hat sich augenscheinlich nicht einmal in den Koulours zu einer solchen Antwort aufgeschwungen.

Die russischen Kreise der Linken gaben, als man sich bemühte, sie über die polnische Angelegenheit aufzuklären und ihnen klarzumachen suchte, daß es sowohl für uns, als auch für alle gesund denkenden Russen nur eine Lösung des polnischen Problems geben könne, nämlich die Unabhängigkeit, gewöhnlich zur Antwort: „Es ist möglich, daß dem so ist; der gegenwärtige Krieg

muß aber den Sieg zweier großer Demokratien bringen, der französischen und der englischen; da wir aber, wenn wir die russische Regierung durch die Parole der Unabhängigkeit Polens schrecken würden, diesen Sieg erschweren würden, so dürft ihr euch nicht wundern, daß wir bereit sind, das Schicksal Polens zu Gunsten von hundertfach wichtigeren Angelegenheiten zu opfern. Und übrigens liegt die Begründung neuer Staaten, also neuer Tyranneien, nicht in dem Programm der russischen Demokratie.“

Ich erinnere mich, wie einmal der einzig politisch ehrliche Mann der russischen Linken, Kierenski, der selbe, den einst der polnische Klub durchaus zum Zweikampf fordern wollte, unseren Nationaldemokraten wegen ihrer Stellungnahme ordentlich die Wahrheit sagte. Kierenski nimmt in der polnischen Frage eine bestimmte und tatkräftige Haltung ein und verteidigt sie besser als alle Schiffbrüchigen der polnischen Vertretung. Leider verhallt seine Stimme in der Leere der russischen Dummheit und Verdrehtheit. Er bleibt mit seinen Ansichten ganz allein.

Wenn wir uns auf das russische Volk und das in demselben angeblich wachsende Verständnis für eine radikale Lösung der polnischen Frage verlassen sollten, so würde diese Sache wahrscheinlich niemals entschieden werden. Der Geist einer verständigen politischen Initiative ist in Rußland nicht vorhanden. Die Grundbesitzer zu enteignen, das ist etwas anderes; aber irgendein Volk zu befreien, das ist nicht russische Art. Aus dem Schoße der russischen Volksvertretung würde der Entschluß, Polen selbständig zum achten, wahrlich nie hervorgehen. Nach dieser Richtung hin kann sie sich nur zur Heuchelei aufschwingen. Ein Beweis dafür sind alle jene Autonomieprojekte, die im Schoße der verschiedenen Gruppen entstanden sind. In keinem von diesen war die Forderung enthalten, daß in dem zukünftigen autonomen Polen nur Polen Ämter bekleiden können. Und was sind alle diese Projekte ohne diese Bestimmung wert! Die russische Regierung hat, ohne Rücksicht auf ihre persönliche Zusammensetzung die polnische Sache während des ganzen letzten Jahres dauernd ignoriert. Der einzige Sasonow hat sie etwas großzügiger aufgefaßt. Und trotzdem erreichten die französischen Minister Viviani und Thomas, als sie im Mai an die Niewa kamen und im Auftrage des Kabinetts in der polnischen Frage interpellierten, gar nichts. Denselben Erfolg hatten die englischen Vorstellungen. Als Sasonow gestürzt war, fühlte sich S. Buchanan beleidigt und fing an, Herrn Stürmer zu ignorieren. Trotzdem warf Herr Stürmer alle polnischen Projekte in den Winkel. Wenn nicht der Akt vom 5. November gekommen wäre, wären diese Projekte noch immer im Papierkorb.

Heute ist Rußland zweifellos sehr überrascht worden, und es wird wahrscheinlich versuchen, auf irgend eine Weise aus dieser Bloßstellung herauszukommen, indem es wiederum Polen und die Welt belügen wird, und ich weiß, daß diese Lügen manchem polnischen Ohr zur Schande des Volkes angenehmer sind, als der klare Kampf um seine Zukunft. Möge es mir jedoch gestattet sein, für diejenigen, die auf Neuigkeiten aus dem Osten gespannt horchen, einen kurzen Satz anzuführen, den vor kurzem ein ausnahmsweise ehrlicher russischer Politiker aussprach, als man ihn fragte, was mit Polen geschehen werde:

„Wenn wir zurückkehren, wird Polen nichts erhalten, wenn wir nicht zurückkehren — alles!“

So denken die Russen selbst. Und unsere Neutralisten?

W. B.

Aus Nr. 589 des Czas (Krakau)
vom 22. November 1916.

Der neueste Sieg Rußlands

Die Agenturen Havas und Stefani haben gestern den Text der offiziellen Depeschen gebracht, die die Präsidenten der drei Kabinette, des französischen, englischen und italienischen nach Petersburg aus Anlaß der russischen Erklärung, in der gegen die Proklamation des polnischen Staates protestiert wird, übersandt haben: Die Minister Briand und Asquith stellen bei dieser Gelegenheit ihre „Freude“ fest, daß Rußland „den unerschütterlichen Entschluß des Zaren, daß die Autonomie Polens durchgeführt werden wird,“ erneuert hat. Der italienische Minister Boselli aber zollt ebenfalls „der Erklärung der kaiserlichen Regierung, die den vereinigten polnischen Völkern die Autonomie garantiert, die seit hundert Jahren das Ideal dieses Volkes ist,“ seinen Beifall. So viel Worte, so viel Unwahrheiten!

Der Protest Rußlands enthält zunächst nicht eine einzige Erwähnung der polnischen Autonomie, sondern stellt nur fest, daß die Bewohner des Königreichs durch den Eid gebunden sind, dem „erhabenen Herrn“ Treue zu halten; er spricht also nicht von ihren zukünftigen Rechten, sondern ausschließlich von ihren Pflichten. Es ist von seiten jener beiden Staatsmänner durchaus unangebracht, wenn sie in Beantwortung des Protestes diesen in obiger Weise interpretieren, indem sie seinen wirklichen Inhalt verdrehen. Aber dieser Fehler ist von untergeordneter Bedeutung im Vergleich zu dem grundsätzlichen, wie es die Berufung auf den „unerschütterlichen Willen“ des Zaren ist, der angeblich „vor zwei Jahren“ verkündet worden ist und Polen die Autonomie verspricht. Es liegt gerade vor uns das sogenannte „Regenbogenbuch“, in welchem das gesamte Material bezüglich der russischen Versprechungen von Kriegsanfang an bis April 1915 enthalten ist und das gewiß in England und Frankreich genau bekannt sein muß und keine doppelte Auslegung zuläßt.

Ein Akt, der die Äußerung des kaiserlichen Willens wäre, ist in dieser Sammlung nicht vorhanden, und es hat in Wirklichkeit auch keinen gegeben. Selbst der bekannte Ausruf des Großfürsten, voll allgemeiner Redewendungen und unbestimmter Ankündigungen (wie die Wiedererweckung des Volkes unter der Bedingung der „brüderlichen Ausöhnung mit dem großen Rußland“) spricht weder von der Autonomie, noch von einem Willen des Zaren. Von einer sehr beschränkten Autonomie sprach erst vor einem Jahre Gorenkyin — nach der Einnahme Warschaws — und gegenwärtig wie es scheint auch Protopopow. — Aber es ist bekannt, daß die Versprechungen der Generale und Minister für den autokratischen Zaren nicht bindend sind. Es ist ein Beweis der diplomatischen Gewissenlosigkeit, wenn man behauptet, daß der Zar — und zwar schon vor 2 Jahren — seinen Willen kundgetan habe, in Polen die Autonomie durchzuführen. Der Irrtum bezüglich des Datums und bezüglich des verkündenden Organs kann nicht zufällig sein; — er ist tendenziös.

Genauer ist der Minister Boselli, der zugibt, daß von der Autonomie die „Regierung des Zaren“ gesprochen habe, und zwar besonders, also in einem diplomatischen Akt, der für das Ausland bestimmt ist; — das bedeutet gewiß die Erklärung im Staatsrat durch den Mund Protopopows. Aber er begeht wiederum zwei andere Fehler, indem er von den „vereinigten polnischen Völkern“ spricht und die Autonomie ein „hundert Jahr altes Ideal“ des edlen Volkes nennt. Das Ideal unsres Volkes ist ein anderes, und wir kämpfen darum nicht hundert Jahre, sondern rund 40. Seine Verwirklichung in den Grenzen, die heute ausschließlich möglich sind, hat uns den Platz an der Seite

der Zentralstaaten angewiesen. Wer die Sache anders darstellt, läßt sich ebenfalls — von der Tendenz leiten.

Was für eine Tendenz hat nun eigentlich die leitenden Minister der drei großen leitenden Koalitionsstaaten veranlaßt, Tatsachen zu verdrehen, die ihnen gewiß bekannt sind? Ist doch ebenso in England, wie auch in Frankreich und Italien die Stellungnahme Rußlands in der polnischen Angelegenheit — eine ablehnende und negative Stellung — der Gegenstand leiser, durch die Zensur unterdrückter Klagen sowohl der Presse, als auch der politischen und gewiß auch der diplomatischen Welt, obwohl diese nach außenhin eine anständige Diskretion bewahrt. Reimt doch der Botschafter Buchanan gewiß genau das polnische Programm Stürmers, und die Gerüchte über die verschiedenartigen Ansichten der beiden Staatsmänner nach dieser Richtung hin werden gewiß nicht falsch sein.

Um diese Frage beantworten zu können, muß man zunächst die — namentlich seit der Offensive Brussilows — vollständige Machtlosigkeit der Diplomaten der Koalition in Bezug auf die polnische Angelegenheit feststellen. Sie vermochten weder Stürmer zu stürzen, noch eine klare Erklärung in Bezug auf die polnische Frage vor der Proklamation, ja nicht einmal ein die Polen befriedigendes Versprechen nach dem 5. November zu erzwingen. Was Frankreich anbelangt, so ist schon längst aus diplomatischen Kreisen durchgesickert, daß seine Hände durch einen besonderen Vertrag (vom April?) nach dieser Richtung hin gebunden seien und daß es seit dieser Zeit einer amtlichen Beeinflussung entsagt habe. Die inneren Verhältnisse der Gebiete, die eventuell „dem Feinde abgenommen werden (also das Königreich beziehungsweise Elsaß-Lothringen) sollen nach diesem Vertrage nicht zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Bundesgenossen gemacht werden.“ Es scheint nach allem, was man hört, daß auch England, das von Rußland große und mit jedem Tag noch wachsende Opfer verlangt, trotz seiner entgegengesetzten Meinung die selbe Bahn beschreiten mußte, und der Besuch des englischen Botschafters beim Minister Stürmer und die Konferenz, von der die gestrigen Telegramme berichteten, waren, wie aus ihrem Endergebnis zu ersehen ist, ein Gang nach Kanossa. Wenn man auch annehmen sollte, daß England in irgend einem späteren Stadium der Angelegenheit eine Verringerung der russischen Macht und die Losreißung der polnischen Gebiete mit Freuden begrüßen wird, so ist doch gegenwärtig nur die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, daß England die polnische Frage für eine innerrussische Angelegenheit erklärt und auf die vorzügliche Gelegenheit, von Rußland die Anerkennung unsrer staatlichen Aspirationen zu erlangen, verzichtet hat.

Die gestrigen Telegramme bestätigen also endgültig, daß das Interesse Rußlands, aufgefaßt als das Interesse seiner Bureaucratie und seines Chauvinismus, den drei Koalitionsstaaten durch ihren Bundesgenossen aufgezwungen worden ist. Diese Mächte befanden sich in der polnischen Frage in einer ungeheuer schwierigen Lage, die einen ehrlichen Ausweg nicht zuließ. Einerseits mußten sie mit der öffentlichen Meinung ihrer Völker rechnen, die schon seit langem durch die Parole des Schutzes der kleinen Völker irreführt werden und nunmehr verlangen, daß dem Akt der Zentralstaaten von russischer Seite eine Antwort mit der Parole folge, die damit wenigstens nicht in Widerspruch steht. Andererseits hat Rußland in dieser Frage eine unbeugsame Haltung eingenommen, und der einzige Faktor in Rußland, der wirklich entscheidend ist — der Wille des Zaren — wollte sich nicht vernehmen lassen. Es gab daher keinen anderen Ausweg als einen solchen, der es mit der Wahrheit nicht

genau nimmt. Man verlangt diese im Kriege doch in so geringem Grade! Man mußte den Schein wahren und der autokratischen Regierung den unerschütterlichen Willen der „Verleihung der Autonomie“, unsrem Volke aber die Auffassung unterschieben, daß jene Autonomie das Ideal sei, für das unsere Vorfahren gekämpft und in Sibirien geendet haben. Werden sich Leichtgläubige im Westen finden? Es ist möglich. Aber die koalitionsfreundliche Orientierung auf polnischen Gebieten macht — wenn eine solche existiert — in diesen Tagen wahrlich eine schwere Probe durch.

Aus Nr. 582 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 18. November 1916.

Die Petersburger Erklärungen.

Kraſau, den 18. November.

Der den Regierungen notifizirte Protest des Petersburger Kabinetts gegen die Wiederherstellung eines polnischen Staates in den bisher zum russischen Imperium gehörigen polnischen Landen ist gar keine Überraschung. Der Krieg dauert fort. Bis zum Friedensschluß und bis zu seiner formellen Ratifizierung besitzt Rußland das formelle Eigentumsrecht auf die von dem geschaffenen polnischen Staat umfaßten Lande. Der Protest des Petersburger Kabinetts ist nichts anderes, als nur ein Vorbehalt dieses Eigentumsrechts. Politisch greift dieser Protest keiner Sache vor. Die Anerkennung des am 5. November errichteten polnischen Staates wird Gegenstand der Friedensverhandlungen sein, wie alle anderen Fragen, um welche der Krieg geführt wird. Dann erst wird die russische Regierung auf das Meritum der Sache eingehen müssen. Heute, auf einen rein formellen Standpunkt beschränkt, kann sie nichts anderes tun, als das, was sie getan hat.

Daß die russischen Dumamitglieder im Sinne des offiziellen Protestes gesprochen haben, ist ebenfalls ganz natürlich und bedarf keiner besonderen Erklärung. Etwas anders verhält sich die Sache mit den polnischen Erklärungen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Erklärung des Harusiewicz und Szabefo nicht nur bestellt, wie mit Recht der österreichische Kommentar zu der einschlägigen Depesche vermutet, sondern geradezu erzwungen war. Mit welchen Mitteln, wissen wir nicht. Aber man kann sich sie leicht denken. Es ist die Tatsache zu erwähnen, daß einige Tage vor dieser Erklärung bei einem der hervorragendsten Mitglieder der polnischen Dumafraktion, Wladislaus Grabski, eine strenge polizeiliche Haussuchung stattgefunden hat, bei welcher ihm der ganze Schriftwechsel beschlagnahmt wurde. Diese Tatsache wirkt, obgleich sie auch nicht näher bekannt ist, doch ein Licht auf das Verhältnis der russischen Regierung zu den polnischen Abgeordneten.

Aber neben der Frage der persönlichen Gefahr der Abgeordneten besteht noch ein wichtiger Umstand, nämlich die Frage der Gefahr der Habe und des Lebens derjenigen zahlreichen polnischen Scharen, welche die barbarischen Kriegsmethoden des Nikolajewitsch in das Innere Rußlands vertrieben haben und die dort sowohl der Verwaltung, als auch der russischen Bevölkerung auf Gnade und Ungnade preisgegeben sind. Besorgnisse von Progroms seitens des russischen Mobs, welcher seit langer Zeit an diese Art „politischer“ Tätigkeit gewöhnt wird, bestehen schon nicht seit heute.

Schon im Laufe des verflossenen Winters bestanden Befürchtungen, daß der Moskauer Mob über die polnischen Flüchtlinge herfallen werde. Jeder, welcher Rußland und seine Verhältnisse kennt, weiß ausgezeichnet, daß eine Arrangierung des völkischen „Horns“ gegen die wehrlosen polnischen „Verräter“ für die

russische Regierung nur die Frage eines vertraulichen polizeilichen Auftrages wäre.

Mit all dem mußte natürlich die polnische Vertretung in der Duma rechnen. Daher kann man zwar mit der Tragik der polnischen Seelen, welche in der schrecklichen Lage dagegen protestieren müssen, wonach sie mit allen ihren besten Kräften streben, mitfühlen, aber man kann sich über diese Proteste und diese Verwahrung nicht wundern.

Jede Sache aber kann auf hundert verschiedene Arten gemacht werden, von denen nur die eine die beste ist. Der Abgeordnete Harusiewicz hat nun keineswegs das Beste gefunden. Er hat im Gegenteil — übrigens nicht zum ersten Male — den Beweis geliefert, daß er diesen äußerst schwierigen, subtilen und verantwortungsvollen Aufgaben durchaus nicht gewachsen ist, Aufgaben, die das für ihn und für die Polen unglückliche Zusammentreffen der Umstände seit einiger Zeit vor seine politische Intelligenz stellt.

Nicht das ist nämlich schlecht, was Harusiewicz gesagt hat, obgleich auch das geschickter sein konnte, obgleich er sich auch darin zwischen den Anforderungen der russischen Loyalität und dem polnischen Interesse mit weit größerer Gewandtheit hätte hindurchschlängeln können. Ein Übel, ein wirkliches Übel ist das, was Harusiewicz nicht gesagt hat, worüber er kein Wort herausgebracht hat. Insbesondere tat er aller derjenigen Forderungen keine Erwähnung, deren Erfüllung seitens der russischen Regierung zu erwarten die Polen ein Recht haben. In dieser Materie hat ein polnischer Dumaabgeordneter selbst unter den schwierigsten Verhältnissen viel zu sagen. Und es ist schon Sache seines zivilen Muts und seiner politisch-dialektischen Gewandtheit, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Anstatt in seiner Erklärung dem preussischen König wegen der Teisungen vor einem so gerechten Richter, wie — die russische Regierung ist, einen Prozeß anzustrengen, zog es Herr Harusiewicz vor, an diese Regierung einige delikate Fragen zu stellen, die der Pole in der Tasche nicht zu suchen braucht.

Aber alles das zusammen ist von ebenso untergeordneter Bedeutung, wie eine untergeordnete politische Figur der polnische Gelegenheitsredner in der Duma ist, der nur das Unglück hat, daß ihn das Schicksal politische Aufgaben lösen hieß, für die er keine Qualifikation besitzt. Der Abgeordnete Harusiewicz ist sicherlich ein guter Sohn Polens, er will für sein Land und Volk sicherlich das Beste. Es liegt keine Veranlassung vor, die Reinheit seiner Intentionen in Frage zu stellen. Vielleicht wird ihn einmal die Geschichte nach Prüfung aller Umstände, unter denen er sprechen mußte, den Nachkommen als tragische Persönlichkeit hinstellen. Aber daß er im Glanz der Geschichte nicht als hervorragender Staatsmann erstrahlen wird, ist schon heut ganz sicher. Harusiewicz hat nämlich in seiner Erklärung einen elementaren politischen Grundsatz verlegt, der da kurz und bündig lautet: Sage nicht, was nicht unbedingt nötig ist. ...

Die Petersburger Erklärung steht in krassem Widerspruch mit der Meinung des ganzen polnischen Volkes — nicht nur diesseits der Kampffront. Es fehlt nicht an Beweisen, daß auch dort im Innern Rußlands die Enttäuschung über die russischen Versprechungen und über die slawische Gemeinschaft in entsprechend veränderten Anschauungen darüber Ausdruck gefunden hat, wie und mit wem Polen eine bessere Zukunft erwarten kann. Mehr in dieser Materie zu sagen oder gar zu schreiben, ist nicht gestattet. Aber das darf festgestellt werden, daß der Aufenthalt in Rußland eine vorzügliche Schule für — eine russenfeindliche Denkart ist.

Aus Nr. 271 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 26. November 1916.

Die polnische Presse in Rußland angesichts des Manifestes.

Das Berliner Preßbureau „Wat“ teilt folgendes mit:

Da wir aus uns bis jetzt unbekannten und von uns unabhängigen Gründen weder aus Petersburg noch aus Moskau und Kijew polnische Zeitungen erhalten haben, so können wir nicht unmittelbar die Äußerungen dieser Presse in der Angelegenheit der Proklamierung Polens wiedergeben. Wir haben nur den „Kjecz“ und das „Now. Wremia“ vom 9.—12. d. M. zur Hand, in denen eine Zusammenfassung der Artikel aus der polnischen Presse enthalten ist. Die beiden russischen Blätter betonen in der Einleitung, daß man in den Anschauungen der polnischen Presse über den österreichisch-deutschen diplomatischen Akt eine bedeutende Verschiedenheit der Ansichten feststellen könne. Während nämlich der bekannte General Babianski im „Kurjer Nowy“ die Proklamierung eines selbständigen Königreichs durch die Mittelmächte begrüßt, verurteilt wieder der Petersburger „Dziennik polski“ diesen Akt. Verdammend äußert sich auch die in Moskau erscheinende „Gazeta polska“ darüber, aber schon der „Dziennik Kijowski“ trat gemäßigter und zurückhaltender auf.

Wir geben also, da wir nicht anders können, die Stimmen der russischen Blätter wieder, betonen aber bei dieser Gelegenheit, daß die russischen Zitate bestimmt tendenziös und unvollständig sind.

Der „Kurjer Nowy“ schreibt: Das Königreich Polen fühlt, daß es schließlich nach langjähriger Bedrückung, welche in ihm jede freie und fortschrittliche Bewegung unmöglich machte, befreit wurde.

Alle Werte sind zu schwach, um die Freude auszudrücken, welche jedes polnische Herz aus Veranlassung der Proklamierung eines unabhängigen Polens fühlt. Angesichts der Größe und der Bedeutung des Aktes selbst sind alle diese Zweifel, welche noch die einzelnen Gruppen der Polen in Rußland betreffs der endgültigen Formen unserer staatlichen Wiedergeburt haben könnten, zu verschwindend. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Akt des 5. November noch weit von dem entfernt ist, was wir von dem zukünftigen Polen geträumt haben; aber jedenfalls haben wir in ihm einen sichereren Boden unter die Füße bekommen, als bis jetzt. Auf dieser Grundlage wird man für die Zukunft arbeiten können, die recht gut sein soll. Hauptsache bleibt, daß die polnische Nation gegenwärtig eine größere Möglichkeit zur weiteren Entwicklung besitzt, als früher. Der Umstand, daß sie diese Möglichkeit um diesen oder jenen Preis erhalten hat, hat keine Bedeutung. Kein Preis ist hoch genug, wenn nur die alten polnischen Träume in Erfüllung gehen. Wieviel schwere Opfer hat die polnische Nation im Laufe der Jahrhunderte schon im Namen ihrer Freiheit ertragen, die erst jetzt realere Formen anzunehmen beginnt und sich ihrer Verwirklichung allmählich nähert?! Die Polen können erst gegenwärtig ein neues, volleres und allseitigeres nationales Leben beginnen. Deshalb muß man den obigen Akt als die Bürgschaft einer besseren Zukunft begrüßen.

Der „Dziennik Polski“ äußerte sich in einem mehr skeptischen und zurückhaltenden Tone: Der Akt der Mittelmächte trägt nicht nur nicht zur Erfüllung der historischen Bestrebungen der Polen bei, sondern schwächt sie politisch noch mehr, da er unter ihnen einen noch größeren Teilseparatismus hervorrufen kann als bis jetzt. Wir wissen selbst noch nicht, welche verhängnisvollen Folgen die staatliche Umbildung nur eines Teils der polnischen Länder haben wird, wodurch die Polen der beiden anderen Landesteile sich benachteiligt fühlen und dem neuen Polen gegenüber Gefühle

des Meides hegen können. Von diesem grundsätzlichen Gesichtspunkte aus betrachten wir heute den oben erwähnten Akt, und wir erhalten den Eindruck, daß die allgemeine Lage der polnischen Nation keine Besserung, sondern eine noch ärgere Verschlechterung erfahren hat. Unsere Aussichten für die nächste Zukunft sind garnicht rosig und in nichts besser wie sie vor einem Jahre waren.“

In der Moskauer „Gazeta Polska“ lesen wir was folgt: „Die Staaten Mitteleuropas kamen uns nicht nur nicht zu Hilfe, sondern sie haben ihrerseits zu einer noch größeren Verwicklung beigetragen. Ein Polen ohne Posen und Danzig, sogar ohne Krakau, wird nicht das Polen sein, von dem unsere größten nationalen Dichter und Gelehrten einmütig träumten. Es wird bezüglich des Programms der Vereinigung aller polnischen Lande ein Organismus sein, der nicht fähig ist zu einer Entwicklung im breiteren Maße und zu einem Leben im höheren Style. So können wir denn auch von dem Standpunkte des nationalen Ideals aus mit der gegenwärtigen Reform der Proklamierung eines unabhängigen Polens nicht zufrieden sein. Für uns ist heute das klar, daß der Haupt Schwerpunkt darin liegt, daß die Polen gegenwärtig eine zahlenmäßig ziemlich starke Armee aufstellen sollen, die als Feind des Bivverbandes auf der Seite der Mittelmächte mitkämpfen würde. Dieser Umstand schließt darum auch die größte Gefahr für die polnische Nation in sich, welche niemals die Zahl ihrer Feinde in Europa vermehren wollte, sondern im Gegenteil sich bemühte, immer wieder neue Verbündete zu gewinnen. Übrigens wird die Zwangsrekrutierung für die Mittelmächte nicht einen so leichten Verlauf nehmen, wie sie es erwarteten.“

Der „Dziennik Kijowski“ drückt seine Befürchtungen hinsichtlich dessen aus, daß die polnische Frage, die eine diplomatische Frage bleiben sollte, eine militärische geworden sei. Dieser letzte Umstand könnte leicht zu einer Verspätung statt zu einer Beschleunigung der Erledigung der polnischen Sache führen.

Aus Nr. 560 des Glos Narodu (Krakau)
vom 19. November 1916.

Programmäßig.

Dem Manifeste der Zentralstaaten folgten die Proteste Rußlands; die Regierung, die Duma und der Staatsrat ließen sich vernehmen. Die großen internationalen Fragen haben auch ihre bureaukratische Form, ihren Instanzenweg, sogar ihre Schablone, die nicht weniger vorausgesehen und nicht weniger langweilig sind, als die Protokolle in der kleinsten Verwaltungsangelegenheit. Daß Rußlandsein „Streitverfahren wegen Störung des Besitzstandes“ vorbringen wird, war zu erwarten, und daher ist diese erwartete und für heute rein formale Tatsache ohne stärkeren Eindruck vorübergegangen.

Auf diese Weise ist der russische Protest schon von der Meinung der Neutralen beurteilt worden, und wenn dieses den Neutralen leichter geworden ist als uns Polen, so liegt das daran, daß die nicht direkt Interessierten die Gefühlsregungen nicht zu überwinden brauchen, die wir bei dem Klang gewisser Wendungen und Ausdrücke in den Erklärungen der Regierung und der Duma empfinden. An alle Bedrückungen und Drangsale, an alle Bitabellen und Verschickungen nach Sibirien wurde der Pole erinnert, als er von dem Königreich als „dem unlöslichen Teil des russischen Staates“ und von dem „erhabenen Herren“ las und als er von dem russischen Diplomaten noch einmal in feierlich hölzernen bureaukratischen Formeln schwarz auf weiß die Abhängigkeit und Sklaverei erhielt. Es war erst eine gewisse Zeit nötig, um aus dem Erstaunen herauszukommen und sich kühl zu vergegenwärtigen, daß Terminologien, wie sie vor dem Kriege üblich

waren, noch heute ein politisches Moment sind, daß sie inmitten der Erschütterung der Welt nicht verschwinden wie ein leerer Klang, daß sie nicht mit den Nerven, sondern mit dem Verstande aufgenommen werden müssen, mit einem Worte, daß man über ihren politischen Effekt mit Achselzucken hinweggehen kann — mit jenem Achselzucken, das sie lediglich bei uns hervorrufen können. Polen durchlebt eine große Zeit; es kann sich nicht den Luxus vorübergehender Gefühlsregung leisten, da es zum Zwecke der Arbeit an der Zukunft die volle Kraft aller Nerven und Sinne braucht. Das aber, was Rußland heute privatim oder amtlich jagt, ist weder eine politische Tat, noch die Ankündigung einer solchen. In Friedenszeiten hatten diplomatische Noten und Erklärungen eine andere Bedeutung als jetzt. Man muß sie notieren, aber sie unter dem Gesichtspunkte der Zukunft zu analysieren, wäre nutzlose Zeitverschwendung. Die Zukunft, die aus den Schlachten geboren wird, wird erst diesen Schablonen den begrifflichen Inhalt geben; heute kann man ihnen nur diejenige Bedeutung beimessen, die sie einzig haben können, nämlich diejenige von Formeln und Beweisen zu ewigem Gedächtnis, die sich auf den bereits erschütterten, denn vor dem Kriege vorhandenen Besitzstand stützen.

Deshalb genügt es, nur die pathetischen Wendungen des „Prawittelsiwny Wiestnik“ zu notieren, oder die Hymnen des H. Szezeglowitow, dessen fleißiger Intellekt sich den wohlthätigen Erschütterungen des Krieges widersetzt und auch fernerhin mit der „großmütigen Güte des Zaren“ operiert, als wenn er nicht die ganze westliche Welt hören würde, die längst solche naive byzantinischen Formeln zur Bezeichnung des Interessenspiels vergessen hat und über die so ursprünglichen Elemente des politischen Denkens erstaunen wird. Außer dieser Phraseologie kann man höchstens noch die Wiederholung des Manifestes des Großfürsten Nikolaus erwähnen, das insofern bemerkenswert ist, als daraus das hartnäckige Festhalten an der These hervorgeht, daß die polnische Frage eine innere Angelegenheit Rußlands sei, also ein hartnäckiges Festhalten an einer Auffassung, die durch das Manifest der Zentralstaaten umgestoßen worden ist. Ob die russische Regierung zugeben will oder nicht, daß seit dem 5. November die polnische Frage sich auf dem internationalen Piedestal befindet, so wird dies im gegebenen Augenblicke wenig zu bedeuten haben. Positive Tatsache ist etwas anderes, nämlich, daß das Kostüm der Autonomie, womit Rußland die polnische Frage bekleiden will, bereits aus dem Journal der politischen Moden Europas, in dem es sich vor 2 Saisons befand, ausgerissen worden ist. Die Evolution ist weitergegangen, und daher sind „die Klagen, die Bemühungen und die machtlosen Vermählungen vergeblich“. Das staatliche Dasein Polens befindet sich auf der europäischen Tagesordnung, und es liegt nicht in der Macht Rußlands, es von dieser zu streichen.

Dies umso weniger, als zu derselben Zeit, da in Petersburg Worte fallen, in Warschau Tatsachen vor sich gehen. Das Königreich legt Hand an die Arbeit, die die Befestigung des polnischen Staatswesens bezweckt, und es tut dies in seiner überwältigenden Mehrheit mit Überlegung und Verständnis, indem es die Schritte abwägt und ihre Zweckmäßigkeit prüft. Dieser methodischen Arbeit, nicht den diplomatischen Formeln, wendet sich heute unsere Aufmerksamkeit zu. Wir verfolgen diese Arbeit mit Spannung, da wir wissen, daß von ihrer Organisation, Ordnung und Verständigkeit viel mehr für die Zukunft nach dem Kriege abhängt, als heute von papiernen Protesten und Verwahrungen.

Aus Nr. 325 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 22. November 1916.

Ein Wort über Frankreich.

Es scheint, daß bei uns die Beurteilung der französischen Anschauung über den großen Akt vom 5. November auf die Tagesordnung kommen wird. Schon erscheinen die ersten Schwalben, die uns die Unruhe verkünden, mit der die Nachrichten über die Beseitigung der Wolken, die die Sonne der Freiheit verdunkelten, aufgenommen worden sind.

Sie bringen uns keine Kunde vom Enthusiasmus, der der Erinnerung an die gemeinsamen Kämpfe um die Freiheit überhaupt würdig wäre.

Ein sonderbares Volk, das auch unglücklich sein muß, da es auf dem Altare des Opportunismus die Grundsätze geopfert hat, die die Gesamtgestalt seiner ruhmvollen Vergangenheit bilden.

Die mit der Vergangenheit so schwer vereinbare Allianz, die einen rein spekulativen Charakter hat, zwang die Franzosen zum Verlassen der Traditionen, die sie manchmal entgegen ihren eignen Interessen die Grundsätze der Menschheit verteidigen ließ und ihren Ruhm in Errungenschaften suchte, die die Zivilisation veredelten.

Man hing die Grundsätze an den Nagel, wandte sich von dem Anblick fremder Leiden ab in dem einzigen Gedanken, daß fremde Hilfe gestatten wird, die materielle „Revanche“ zu verwirklichen. Dieses Unglück der letzten Jahre des vergangenen Jahrhunderts macht sich bis jetzt bemerkbar und wird erst am Tage des Friedensschlusses ein Ende nehmen, indem es die fruchtbringende Tätigkeit des französischen Volkes zum Nutzen der Welt wieder befreien wird. —

Zunächst ist aber die Geschichte dieses Alps, der die Ideale der Nachkommen der großen Revolution gedrückt hat, interessant.

Um einen Beweis zu geben, in welchem Grade die französische öffentliche Meinung in den Jahren vor dem Weltkriege den polnischen Angelegenheiten fremd war und fremd sein wollte, kann ich einige interessante Abschnitte aus Briefen anführen, die der verstorbene Emil Olivier, ehemaliger französischer Ministerpräsident und einer der Präsidenten der französischen Akademie, an mich geschrieben hat.

In einem der Briefe, in welchem er auf meine Kritik der russischen Anordnungen in Polen, durch welche ich eine Kampagne der französischen Presse hervorzurufen suchte, antwortete, schrieb mir Olivier aus St. Tropez am 22. Februar 1910 folgendes:

„Von hier aus kann ich nichts unternehmen, da die französische Presse, wie ich Ihnen bereits geschrieben habe, unter den Einfluß unterwürfiger Untertänigkeit gegenüber Rußland steht, die jegliche Publikation unmöglich macht, die sich gegen dasselbe richtet. Sie können sich nicht vorstellen, in welchen Zustand der Gleichgültigkeit unser Volk verfallen ist, das früher in so edler Weise den Schmerz der andern fühlte.“ („Dans quelle torpeur d'indifférence est tombé notre peuple autrefois si généreux et si vibrant à la souffrance d'autrui.“)

In einem langen schönen Briefe, der an mich am 20. Juli 1912 nach Praga gerichtet war, resümiert Olivier seine Beobachtungen bezüglich des slavischen Kongresses in folgender Weise: „Gebt Euch keinen Illusionen hin. Um die Fragen der Nationalität und der internationalen Gerechtigkeit kümmert sich in Frankreich kein Mensch mehr. Der früher vorhanden gewesene Fortschritt ist verschwunden, an seine Stelle sind erstorbene Begriffe den Gräbern entstiegen; die verabscheuungswürdige Hand des Eroberers hat ihr Merkmal den Völkern aufgedrückt; die Begriffe der Gerechtigkeit und des Anstands sind verschwunden. Noch nie hat in der Geschichte eine solche zynische Unmoral bezüglich der internationalen

Verhältnisse geherrscht, („une immoralité plus cynique parmi les nations“).

Man möchte wirklich sein Gesicht bedecken, zu Boden fallen und dem Schöpfer fluchen.

Aber gebt euch nicht dieser Verzweiflung hin. Wenn Gott seine Augen manchmal schließt, dann kommt früher oder später seine Stunde. Alsdann setzt er diejenigen hinweg, die seine Gesetze nicht beobachtet haben.

Es ist notwendig, daß wir ihm durch kräftige Anstrengungen helfen, denn er gibt nur den gutgeleiteten Kämpfen den Sieg.

Zu solchen gehört der Kampf, den ihr so mutig führt. Harret in euern Bestrebungen aus. Bewahret die Hoffnung. Ihr werdet das erringen, was ihr erstrebt. Wenn aber der Segen des Greises, der an denselben Wunden leidet, euch Kraft verleihen kann, so sende ich euch den meinigen. Möge er euerm

Herzen wohlthun und euren Eifer für die heilige Sache wecken.“

In einem andern Briefe vom 15. August 1912 schreibt er: „Ich stehe unter dem Eindruck der erschütternden Nachrichten, die ich von Ihnen über die Übergriffe der russischen Duma bezüglich der polnischen Angelegenheiten erhalte. Gern möchte ich meine Gefühle mit unsrer Öffentlichkeit durch Publikation ihres Briefes mit entsprechenden Kommentaren meinerseits teilen.

Jedoch wenn es schon seit langem bei uns schwer hält, über Polen zu reden, so ist dies heute direkt unmöglich. Kein Journalist wird es wagen, auch nur durch ein einziges Wort dem Herrn Poincaré seine Unterhaltung mit dem heil. Rußland zu erschweren.

Es ist daher Geduld nötig. Warten wir günstigere Tage ab.“ Stanislaus Skarzynski.

